

Die Reichsfinanzlage in offizieller Beleuchtung.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ beginnt in ihrer letzten Nummer tatsächlich damit, wie sie schon gestern ankündigte, die geplanten neuen Steuerentwürfe zu begründen, ehe diese bekannt gegeben sind. Ein etwas eigenartiges Verfahren, das in anderen Ländern, in denen die Minister noch nicht die Höhe der preussisch-deutschen Staatskunst erklommen haben, die Blätter zu herbem Spott herausfordern würde, an dem aber in Deutschland, wie es scheint, selbst die sogenannte entschieden liberale Presse keinen Anstoß nimmt, obgleich sie sicherlich, wenn morgen irgend ein Politiker aufstände und erklärte, er wolle etwas begründen, aber erst nach der Begründung sagen, was er eigentlich habe begründen wollen, diesen sonderbaren Kunstgriff kaum ernst nehmen würde. In die Regierung stellt man jedoch den Anspruch, logisch zu verfahren, allem Anschein nach nicht mehr; vielmehr, weil dort nach und nach das Unlogische zum Normalen geworden ist.

Zunächst beginnt, wie es sich laut Schema F geizt, das Kanzlerblatt mit der Begründung „in allg. gemein“, das heißt mit dem Nachweise, daß die Reichsfinanzen schlecht stehen und deshalb eine Sanierungskur notwendig ist. Im ganzen weiß man das schon, man kennt auch aus der Reichsstatistik die Zahlen; dennoch ist es ganz interessant, nochmals zu betrachten, wie traurig sich infolge der überhöhten Finanzwirtschaft der herrschenden Parteien die Finanzlage des Deutschen Reiches gestaltet hat. Das Kanzlerblatt berichtet darüber:

Das Mißverhältnis von Bedarf und Deckung gehört zu den charakteristischsten Erscheinungen der Finanzgeschichte des Deutschen Reiches. Bei ständig steigendem Bedarfe haben die dem Reiche erschlossenen Einnahmen nur eine geringe Entwicklungsfähigkeit gezeigt und das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Deckung erleidet in wachsendem Maße Störungen. Wie weit seit dem Beginn dieses Jahrhunderts die Einnahmen hinter dem jetzigen Gesamtbearde zurückgeblieben sind, zeigt die folgende Zusammenstellung.

Es betragen unter Abrechnung der Einnahmen aus Anleihe sowie einerseits der Matrilinearbeiträge, andererseits der Uebertreibungen in Tausenden Mark:

	Die Ausgaben (ordentliche und außerordentliche)	Die Einnahmen	Somit Mehrausgaben
1900	1 688 878	1 475 150	213 719
1901	1 708 755	1 512 686	256 069
1902	1 784 334	1 829 913	- 65 579
1903	1 815 768	1 612 407	203 366
1904	1 872 120	1 687 820	184 300
1905	2 008 089	1 839 250	168 839
1906	2 186 575	1 889 089	298 506
1907	2 614 824	2 269 565	345 259
Voranschlag 1908	2 589 116	2 218 688	370 430
Summe der Mehrausgaben 1900 bis 1908	18 306 454	16 828 545	1 977 909

Die Gesamtdifferenz zwischen Bedarf und Deckung beläuft sich somit für die letzten neun Jahre auf rund zwei Milliarden Mark.

Hieron dürfen in Abrechnung gebracht werden: 276 Millionen Mark, die die ostasiatische Expedition, und 400 Millionen Mark, die der südwestafrikanische Aufstand gekostet hat, da Kriegsausgaben nicht aus ordentlichen Einnahmen gedeckt werden können. Freilich verlangt die finanzielle Ordnung auch ihre alsbaldige Tilgung nach beendigten Kriegen; Großbritannien hat von den für den Krieg in Südafrika aufgenommenen Anleihen seit dem Ende des Jahres 1903 bis zum 1. April 1908 69,2 Millionen Pfund Sterling oder rund 1200 Millionen Mark abgetragen. Für die Kosten der ostasiatischen Expedition hat Deutschland im Laufe des nächsten Jahrzehntes zwar Rückzahlung aus den vom chinesischen Reiche übernommenen Entschädigungen, wenigstens nicht im vollen Maße, zu erhoffen, für die des südwestafrikanischen Aufstandes aber überhaupt nicht.

In Abrechnung gebracht werden können ferner von jener Summe 829 Millionen Mark, die in den Jahren seit 1900 für werbende Anlagen sowie für den Nordostseeanal und für Arbeiterwohnungen aus Anleihen aufgebracht sind, wenigstens auch diese einer größeren Abschreibung und Tilgung bedürftig hätten.

Zunehmend verbleibt selbst nach Aussonderung dieser Posten noch annähernd eine Milliarde Mark, für die es seit 1900 an Deckung gefehlt hat.

Die Folge dieses Mißverhältnisses ist die ständige starke Steigerung der Schuld, die im Verlaufe von nur 30 Jahren auf mehr als 4 1/2 Milliarden Mark aufgelaufen ist. Die erste Schuldbegebung fand im Jahre 1877 statt, seitdem ist die Begebene Schuld gewachsen:

im Jahre 1880	auf 267 786 500 M.
1885	444 000 000
1890	1 317 707 700
1895	2 125 255 100
1900	2 895 650 000
1905	3 543 500 000
1908	4 258 500 000

(einschließlich der langfristigen Schatzanweisungen, aber ohne Berücksichtigung der in Höhe von 147 Millionen Mark noch bestehenden Kredite). (Vgl. Denkschriftenband Teil I „Das Finanzwesen der öffentlichen Körperschaften Deutschlands“ A.)

Für den gegenwärtigen Stand der Verschuldung sind ferner die schon jetzt bekannten Zukunftsbelaufungen der Anleihe in Betracht zu ziehen. Es sind bereits durch Bewilligung erster Raten festgelegt:

In der Verwaltung	Summa	Schätzungsweise verteilt auf die Jahre				
		1909	1910	1911	1912	1913
I. Reichsamt des Innern	156 500	81 300	81 300	81 300	81 300	81 300
II. Reichswehr	44 120	18 041	12 080	10 000	8 000	1 000
III. Marine	92 020	24 829	19 800	16 700	18 000	15 000
Zuschuß zu den einmaligen Ausgaben im ordentl. Etat	877 710	82 600	82 380	90 490	89 710	42 480
V. Reichseisenbahnen	56 835	13 884	12 350	10 200	10 200	10 200
VII. Ostasiatische Expedition	15 250	8 050	8 050	8 050	8 050	8 050
Zusammen	1 741 944	172 604	170 970	161 740	133 260	102 980

Für spätere Jahre vorbehalten sind außerdem schon jetzt noch 142 470 000 M.

Den angegebenen Summen tritt jährlich zweifache Vermehrung der Anlagen für Fernsprechzwecke usw. ein Kostenanwand hinzu, der in den Jahren 1902 bis 1908 zwischen 20 und 60 Millionen geschwankt hat. Ferner sind selbst bei äußerster Beschränkung in allen Einrichtungen und Neubauten die auf Anleihe zu nehmenden anderweitigen Anlagen in nächsten Jahr fünf auf mindestens hundert Millionen oder durchschnittlich 30 Millionen Mark im Jahre anzusetzen. Sonach steht bereits jetzt die Vermehrung der Reichsschuld um eine Milliarde bis zum Jahre 1913 in sicherer Aussicht.

Diese Schuldenlast beeinträchtigt zunächst die Finanzen des Reiches in empfindlicher Weise. Allein der Zinsendienst erfordert zurzeit jährlich bis zu 180 Millionen Mark.

Ein höchst trauriges Bild der deutschen Finanzlage, das die „Nordb. Allg. Ztg.“ entrollt. Leider unterläßt es das Blatt, zu untersuchen, wie diese Lage entstanden ist, obgleich doch wohl, wenn künftig in die Bahnen einer solideren Finanzwirtschaft eingelenkt werden soll, zunächst festgestellt werden müßte, worin die Fehler der bisherigen Finanzpolitik bestanden und welche Ausgaben vornehmlich die heutige Schuldenlast herbeigeführt haben. Eine solche Untersuchung würde nämlich ergeben haben, daß vornehmlich die Heeres- und Flottenrüstungen und das ebenso bequeme wie gewissenlose Verfahren der herrschenden Parteien, die entstehenden Mehrausgaben durch Aufnahme neuer Anleihen zu decken, die Anhäufung der Schuldenlast bewirkt hat.

Statt die Entstehung der heutigen miserablen Reichsfinanzlage zu untersuchen, beschäftigt sich deshalb die „Nordb. Allg. Ztg.“ lieber mit allerlei nebensächlichen Erörterungen über das ständige Sinken des Kursstandes der Reichsanleihen, über die dadurch entstehende Minderung des Nettokapitalerlöses aus neuen Anleihen, über die Erhöhung des Zinsfußes usw. und stellt dann für die nötige neue Reichsfinanzreform folgende Forderungen auf:

1. Die Verhinderung weiterer Schuldenvermehrung sowie eine regelmäßige ausreichende Tilgung der vorhandenen und der zukünftig aufzunehmenden Anleihen;
2. Die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Bedarf und Deckung;
3. die Regelung des finanziellen Verhältnisses zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten.

Zwei Züchtigungen.

Die niedrige, nichtswürdige Handlungsweise, die in der persönlichen Beschmutzung des politischen Gegners besteht, die Kampfweise solcher ehrenwerter Institutionen und Organe, wie Reichstagenverband und „Post“, hat am Donnerstag im Schöffengerichtssaale zu Roabit eine verdiente Züchtigung erfahren. Herr Peterson, der Verantwortliche der Kronsbühnen „Post“, ist wegen Beleidigung des Genossen Richard Fischer zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Mit dreifacher Stimme hatte das Organ der Schatzmacher behauptet, daß Genosse Fischer sich im Jahre 1908 bei der Anschaffung von Maschinen für die „Vorwärts“-Druckerei Schmiergelder habe zahlen lassen. Zur Bekräftigung seines gemeinen Anwurfs gab das edle Blatt weiter an, daß diese Tatsache allgemein bekannt sei und daß Genosse Fischer selbst in einer Verammlung den Bezug der Schmiergelder eingestanden und ihre Annahme als etwas allgemein Uebliches hingestellt habe, worauf ihm die Genossen die Summen belassen hätten. Als Genosse Fischer darauf bekannt gab, daß er die „Post“ verklagen werde, antwortete die „Post“ mit einer nochmaligen dreifachen Wiederholung der Geschichte und fügte prozig hinzu, sie sehe dem Prozeß mit Zuversicht entgegen und werde den Beweis der Wahrheit erbringen.

Als aber der Juni ins Land rückte und vor dem Schöffengericht zu Roabit der Wahrheitsbeweis erbracht werden sollte, da war es mit der Zuversicht der „Post“ elend vorbei. Da hätte ihr Vertreter, der Herr Peterson, gern gesehen, wenn er, wie seine Mitangeklagten, die Vertreter der Blätter, die die „Post“-Lüge weiter getragen hatten, mit einer Ehrenerklärung für den Genossen Fischer um Verurteilung und Strafe herumgekommen wäre. Aber mit Recht lehnte Genosse Fischer es damals wie diesmal ab, mit einem Blatte wie die „Post“ einen Vergleich zu schließen. Aus Sozialdemokraten liegt absolut nichts an der Verurteilung unferer Beleidiger durch die Gerichte. (Genosse Fischer hat es zum Schluß der Verhandlung deutlich zu erkennen gegeben.) Wenn wir klagen, so bezwecken wir nichts weiter, als die zweifellose gerichtliche Feststellung, daß die Anwürfe, die gegen uns geschleudert worden, zu Unrecht erfolgt sind. Für diesen Zweck kann häufig die gerichtliche protokollierte Ehrenerklärung des Beleidigers genügen. Vorausgesetzt, daß er ein Gegner ist, der im allgemeinen einen wenigstens halbwegs anständigen Kampf gegen uns zu führen pflegt, der sich lediglich einmal in der Wahl der Mittel vergriffen hat. Einen nur halbwegs anständigen Kampf — wir sind in dieser Beziehung in Deutschland durch unsere Gegner wahrhaftig nicht verwöhnt worden, zumal seitdem der Reichstagenverband mit seiner unglücklich eitelhaften Kampfweise die politische Luft verpestet. Wer aber sachlichen politischen Kampf weder führen will noch kann mangels der dafür nötigen geistigen Qualitäten, wer grundsätzlich an die Stelle des Kampfes gegen die Ziele und Prinzipien der Sozialdemokratie die persönliche Beschmutzung ihrer Führer und Mitglieder setzt, mit dem ist ein Vergleich nicht möglich. Dem einem solchen Vergleich würden die Garantien fehlen, die einen Vergleich mit einem sachlich kämpfenden Gegner zu einer ebenso guten und sichersten Feststellung machen, wie das gerichtliche Urteil ist. Bei einem Blatte wie die „Post“ hätte Genosse Fischer freis davon gefast sein müssen, daß es ihm bei einer späteren Gelegenheit seine Bereitwilligkeit zum Vergleich als eine Scheu vor der vollen Aufrollung der Affäre ausgelegt hätte.

Trotz alledem hätte Genosse Fischer schließlich den Herrn Peterson noch laufen lassen, wenn dieser den dunklen Ehrenmann abgegeben hätte, der der „Post“ die Verleumdung geliefert hatte. Das aber wollte und durfte Herr Peterson nicht, offenbar, weil dann gar zu viel Licht über die Praktiken der „Post“ und über die Qualitäten ihrer sauberen Gewährsmänner verbreitet worden wären. Nicht, wie der Herr Vorsitzende meinte, weil die Verurteilung des Journalisten verbiete, den Gewährsmann zu nennen. In dieser Allgemeinheit gilt die Pflicht zur Wahrung des Redaktionsgeheimnisses nimmermehr. Jeder Redakteur ist berechtigt, einen Menschen, der ihn angeklagt hat, der ihm wissenlich falsche Mitteilungen gemacht hat, preiszugeben. Denn sonst wäre das Redaktionsgeheimnis ein Freibrief für gewissenlose Verleumdung. Herr Peterson hätte den feigen Schuft, der der „Post“ die Verleumdung Fischers gebracht hat, ruhig ausliefern können, ohne daß ihm irgend ein anständiger Journalist einen Vorwurf hätte machen können. Wenn er es nicht getan hat, so waren schwerwiegende Gründe für ihn maßgebend, die nicht allzu schwer zu erraten sind. Der feige Verleumder, der der „Post“ den Artikel gegen den Genossen Fischer geliefert hat, ist also nicht ermittelt. Aber ein Verleumdernebst ist ausgehoben worden, das nicht in der „Post“ zu suchen ist. Außer Herrn Peterson waren in dem geistigen Terrain noch drei andere angeklagt, wenn sie auch nicht auf den Klagen der Angeklagten saßen. Aber die Rolle, die sie in der

Verhandlung spielten, war um vieles trauriger, als die des „Post“-Redakteurs.

Herr Neghäuser, der Redakteur des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“, hat in einer seiner Polemiken gegen den Genossen Fischer einen Brief (von einem in der „Vorwärts“-Druckerei Angestellten, wie er sagt) abgedruckt, worin gegen einen Ungenannten, der mit E. P. J. bezeichnet wurde, der Vorwurf erhoben wurde, er lasse den Maschinenmeistern des „Vorwärts“ schlechtes Papier liefern und erhalte dann für guten Papierabfluß 1000 M. Jeder, der die Notiz gelesen hat, las heraus, daß hier dem Genossen Fischer, dem Geschäftsführer der Vorwärtsdruckerei, in verdeckter Weise, so daß der „Korrespondent“ strafrechtlich nicht zu fassen war, der Vorwurf gemacht wurde, er habe von Papierlieferanten Schmiergelder erhalten. Daß die Notiz allgemein so verstanden werden mußte, das war dem Herrn Neghäuser nie verborgen, zum Ueberflus hat er es aus dem Abwech der Genossen Fischer erfahren, die dieser im „Vorwärts“ veröffentlichte. Sie war in der schärfsten Form gehalten, sie brandmarkte Herrn Neghäuser als „literarischen Bravo“ und verfolgte den offensichtlichsten Zweck, ihn zu zwingen, heuchelich zu werden, damit ein Anhaltspunkt zur gerichtlichen Aufhellung der Sache gegeben sei. Aber Herr Neghäuser, der sonst so Gesprächige, der über die anderen in den betreffenden Polemiken behandelten Dinge soviel zu sagen wußte, über diesen Punkt schwieg er sich aus! Und als er gestern vor dem Gericht gefragt wurde, wen er gemeint habe mit dem bestechlichen E. P. J., da kam er mit der verblüffenden „Aufklärung“, daß er nicht Fischer damit gemeint habe und daß er überhaupt gar nicht den Vorwurf des Schmiergeldernehmens in der Notiz habe aussprechen wollen! Auf die erstaunte Frage des Vorsitzenden, weshalb er denn das nicht gleich damals erklärt habe, als er sah, daß die Notiz als eine Bezeichnung wider Fischer aufgefaßt worden war und daß Fischer sich gegen diese Bezeichnung wehrte, erklärte der Herr heute, daß er dazu keine Veranlassung gehabt habe!

Herr Neghäuser mußte sich von dem Vorsitzenden sagen lassen, daß es eines jeden anständigen Redakteurs Pflicht gewesen wäre, die falsche Deutung der Notiz sofort zu berichtigen. Herr Neghäuser hat diese Pflicht nicht empfunden und empfindet sie jetzt noch nicht, — denn es besteht eine tiefe Feindschaft zwischen ihm und Fischer und gegen seine Feinde hält Herr Neghäuser offenbar alle Mittel für erlaubt. Er sieht, daß Fischer auf Grund einer von ihm (N.) veröffentlichten Notiz einer ehrenrührigen Handlung zu Unrecht beschuldigt wird. Und Neghäuser rührt keinen Finger, um diesen ungerechten Verdacht zu zerstreuen. Ein Wort von ihm genügt, er hat es nicht gesprochen — denn der Verdächtige war ja sein Feind!

Es ist ein Tiefstand der Moral, der sich in diesem Verhalten Neghäusers zu erkennen gibt, den zu kennzeichnen und ein parlamentarischer Ausdruck fehlt. Und ein solcher Mensch darf das Blatt einer großen deutschen Gewerkschaft leiten! Nicht viel besser sieht es um die Herren Russial und Pahlö. Sie wußten, daß durch die Notiz Fischer in falschen ehrenrührigen Verdacht gebracht wurde, sie wußten, daß die Bezeichnung unmaß war. Sie zogen gegen Fischer vom Feder, weil er in anderen Dingen gegen Neghäuser Unrecht gehabt habe, sie erwiderten durch ihre Zustimmung zu diesen anderen, gleichzeitig mit der E. P. J.-Notiz erhobenen Angriffen Neghäusers auf Fischer den Anschein, als billigten sie die E. P. J.-Notiz; Herr Russial beweierte sogar noch den „schlechten Ton“, den Fischer in der Abwehr gegen diese infame Notiz wider Neghäuser angeschlagen habe, jammerte darüber, daß Fischer den Mann in dieser Abwehr einen „literarischen Bravo“ nannte, er verstärkte damit den Eindruck, daß er gegen die wider Fischer erhobene Bezeichnung nichts einzuwenden habe. Und er und Pahlö wußten, daß Fischer keine Schmiergelder empfangen hatte, daß niemand an die Lüge glaubte, aber die Verpfändung, das festzustellen, empfanden diese beiden Herren nicht! Sie sind ihres Mitstreiters Neghäuser in jeder Beziehung unwürdig!

Ein Verleumdernebst ist ausgenommen. Ein Urteil ist gefällig. Wir meinen nicht den verhältnismäßig milden Spruch des Gerichts wider den Postredakteur. (Wir gönnen ihm die milde Strafe und erwarten, daß Herr Amtsgerichtsrat Jodisch künftig auch bei sozialdemokratischen Presssündern die vielen Mißbräutigünde entdecken möge, die er hier gefunden hat.) Wir meinen, das Urteil aller anständigen Menschen über Herrn Neghäuser und seine Helfershelfer!

Wie das lautet, brauchen wir hier nicht herzuführen! Nur das eine sei uns noch gestattet zu sagen: Die Heimtücke, die Niederträchtigkeit des Verfahrens, das die Drei im Jahre 1908 eingeschlagen haben, wurde fast noch übertroffen durch die zynische Schamlosigkeit, mit der die Herren gestern im Gerichtssaal dies ihr Verhalten zu vertreten suchten. Was sie bei dem Urteil empfunden haben mögen, das sie an den Gesichtern der Anwesenden ablesen, das sie aus einigen Bemerkungen selbst des Vorsitzenden entnehmen konnten, wissen wir nicht. Aber das wissen wir, daß wir nicht an ihrer Stelle sein möchten, daß sie die empfindlichste Züchtigung empfangen haben, die einem Menschen mit gesundem Empfinden widerfahren kann — moralische Stümpfung!

Wie leichtfertig gewisse Blätter Gerichtsberichte herstellen, zeigt die „N. Z.“ am Mittag“ in ihrer Wiedergabe der Verhandlungen. Sie läßt Neghäuser den Vorwurf des Schmiergeldernehmens gegen den Genossen Kahn erheben, während Neghäuser ausdrücklich erklärt hat, daß die E. P. J.-Notiz einen solchen Vorwurf nicht enthalten sollte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Oktober 1908.

Der bekehrte Herr Arendt.

Herr Arendt hat sich bekehrt. Nicht zum Christentum, denn er ist ja schon längst — evangelisch. Aber Herr Arendt hat sich jetzt auch zum geheimen Wahlsrecht in Preußen bekehrt. Nicht etwa aus Prinzip, weil er die freie Abstimmung nunmehr schätzen will, sondern weil er befürchtet, daß der Terror der Reaktion vielsach an den Abwehrmaßnahmen der Sozialdemokratie scheitern würde. Er schreibt im „Tag“:

Trotzdem trete ich für das geheime Wahlsrecht zum Landtag ein. Ich halte es für unmöglich, daß neben dem geheimen Reichstagswahlrecht das öffentliche Landtagswahlrecht dauernd bestehen bleibt. Ich würde auch dem geheimen Wahlsrecht grundsätzlich den Vorzug geben, wenn die Sozialdemokratie nicht aus dessen Ausbeutung Vorteile ziehen könnte. Allein die Sozialdemokratie ist bereits so weit erkrankt, daß ihr das öffentliche Wahlsrecht nicht geringere Vorteile bietet. Wenn die Dinge so weiter gehen, wird das geheime Wahlsrecht zum Schutze gegen sozialdemokratischen Terror immer notwendiger.

Herr Arendt ist diesmal wenigstens ehrlich. Er gesteht, daß er dem Wahlsrecht des Terrors, dem öffentlichen Wahlsrecht, grundsätzlich den Vorzug geben werde, wenn

nicht die Sozialdemokratie (nach dem Muster der Junker und Scharfmacher!) die öffentliche Abstimmung ebenfalls zur Kontrolle der Abstimmung zu benutzen beginnen.

Die preussische Sozialdemokratie kann mit diesem Erfolge ihrer Tätigkeit vorläufig zufrieden sein. Sollte Herr Arendis Befehlung nur eine Ausnahme unter den Vertretern der Reaktion bilden, so müßten eben auch die nächsten Landtagswahlen zum eindringlichsten Beweis dafür dienen, daß die Sozialdemokratie sehr gelehrt ist und, wenn es denn sein muß, auf einen Schelmen jederzeit anderthalbe zu legen versteht!

Die Entschädigung für die abgehackte Hand

Ist jetzt endlich von der Breslauer 5. Zivilkammer ziffernmäßig festgelegt worden, nachdem der Prozeß bereits 2½ Jahre die Gerichte beschäftigt hatte. Bekanntlich war bei Gelegenheit der polizeilichen Ausschreitungen, die am 19. April 1906 in Breslau vorliefen, ein Polizist in ein Haus auf der Hildebrandstraße eingedrungen und hatte in diesem Hause wohnenden Vierfüßler Franz Viehwald, der ahnungslos die Treppe hinaufging, hinterwärts die auf dem Treppengeländer ruhende linke Hand mit dem Säbel abgehauen, worauf er sofort gestürzt war. Es ist bisher „nicht gelungen“, den Täter aus der Zahl der an den Ausschreitungen beteiligten Polizisten herauszufinden. Viehwald, der dem Handels- und Transportarbeiterverbande angehört, erhielt von diesem Rechtsschutz bewilligt und strengte auf Grund des preussischen Tumultgesetzes eine Entschädigungsklage an.

Da die Stadtwahlverwaltung die Breslauer Polizei zwar erhalten muß, aber sonst nichts zu sagen hat, wurden die erhobenen Ansprüche nicht anerkannt. Der Magistrat erklärte sich bereit, freiwillig die Zukunft Viehwalds sicher zu stellen, doch weigerte er sich im Prinzip, seine Rechtsansprüche anzuerkennen, um darzutun, daß für Ausschreitungen königlicher Polizisten richtiger der Staat verantwortlich zu machen ist.

Am 27. Oktober 1906 hat dann das Breslauer Landgericht im Prinzip entschieden, daß die Stadt Breslau zum Ersatz des durch den Polizisten verursachten Schadens verpflichtet ist, und das Reichsgericht hat die hiergegen eingelegte Revision verworfen.

Kunnehr handelte es sich um die Höhe der zu gewährenden Entschädigung. Viehwald erhob Ansprüche auf eine einmalige Entschädigung von 5000 M. für den erlittenen immateriellen Schaden, Lohnentschädigung für acht im Krankenhaus zugebrachte Wochen in Höhe von 168 M. und eine fortlaufende Rente von 219,75 M. für die ersten fünf Jahre nach dem Verlust der Hand und von da ab eine Rente von 307,50 M. pro Quartal und Ersatz aller entstehenden Reparaturkosten für die künstliche Hand, die er erhalten hat. Er berechnete dabei, daß seine Erwerbsfähigkeit durch den Verlust der Hand um 75 Proz. zurückgegangen sei und daß er, der erst 22 Jahre alt war, in fünf Jahren einen besseren Arbeitsverdienst gehabt haben würde als bisher.

Der Magistrat bestritt die Berechtigung eines Anspruches auf Ersatz des immateriellen Schadens vollständig. Er bestritt auch, daß die Erwerbsfähigkeit des Klägers um 75 Proz. zurückgegangen sei. Er ließ die Erwerbsfähigkeit durch den Vertrauensarzt der Versicherungsanstalt Schließen festlegen. Ferner hielt die Stadt sich nicht für verpflichtet, nach fünf Jahren eine höhere Rente zu zahlen.

Der Vertrauensarzt hat die verminderte Erwerbsfähigkeit für das erste Jahr auf 75 Proz. geschätzt. Dann kommt die übliche „Gewöhnung“, so daß die Erwerbsfähigkeit im zweiten Jahre nur noch 60 Proz. und von da ab gar nur noch 50 Proz. betragen soll. Das Gericht hat sich bei Festsetzung der Rente diesem Gutachten angeschlossen.

Das Urteil ging dahin, daß dem Kläger statt 5000 M. nur eine einmalige Entschädigung von 1500 M. zu zahlen ist. Für die acht Wochen Krankheit erhält Viehwald 142 M.; die Rente beträgt bis zum 31. Oktober 1906 pro Quartal 188,90 M., von da ab bis zum 15. Mai 1907 208,44 M., bis zum 15. Mai 1908 169,70 M., bis 15. April 1911 148,96 M. und von da ab bis zum Lebensende 157,25 M. pro Quartal. Die nötigen Reparaturen an der künstlichen Hand sind ihm zu vergüten.

Bürgerchaftswahlen in Bremen.

Im letzten Drittel des Monats November wird eine halbshäftige Erneuerung des 150 Mitglieder zählenden bremischen Staats- und Stadtparlamentes vorgenommen. Die bestehenden Klassen im „liberalen“ Bremen haben es stets verstanden, sich einen weit überwiegenden Einfluß in der Bürgerchaft zu sichern. Von den 75 zu wählenden Bürgerchaftsmitgliedern gehen 41 aus Privilegierertenwahlen hervor. Die Klasse der Gelehrten stellt hierzu 7, der Kaufleute 20, der Gewerbetreibenden 10 und der Großlandwirte 4 Vertreter. Für die verbleibenden 34 Vertreter sind allgemeine Wahlen vorgesehen. Die Stadt Bremen hat in dieser Gruppe 26, Bremerhaven 4, Vegesack 2 und das Landgebiet ebenfalls 2 Mandate zu begeben. Aber auch für die „allgemeinen Wahlen“ ist die Allgemeinheit im Grunde genommen ausgeschlossen, denn wahlberechtigt ist nur, wer das Bürgerrecht erworben hat, das man aber — um das Proletariat nach Möglichkeit auszuschließen — mit dem Stachelkrautzam einer sogenannten Bürgergeldgebühr in Höhe von 16,50 M. umgeben hat. Nur wer die 16½ M. zahlt, wird als wahlrechtlich anerkannt, das Wahlrecht auszuüben. Und der bremische Freisinn denkt nicht daran, an diesem mittelalterlichen Wahlrechtssystem zu rütteln. Daß unter solchen Umständen „der Geist des Liberalismus“ bei den Bürgerchaftswahlen den Sieg davontragen wird, ist nicht zu verwundern. Denn nur ungefähr die Hälfte der nach dem Reichstagswahlrecht wahlfähigen Bevölkerung ist im Besitze des Bürgerrechtes. So wurden im November 1902 21 406 Wähler zur bremischen Bürgerchaft gezählt, wohingegen bei der wenige Monate später — im Juni 1903 — erfolgten Wahl zum Reichstags 83 490 Wähler vorhanden waren.

Gegenwärtig hat unsere Partei in der Bremer Bürgerchaft 17 Mandate inne.

Der Streit im christlich-gewerkschaftlichen Lager.

Das Schlimmste, was einem Christenmenschen passieren kann, geschieht jetzt den christlichen Gewerkschaften: von kirchlicher Seite wird ihnen in Aussicht gestellt, daß sie über kurz oder lang bei der Sozialdemokratie im Lager des „Unsurges“ und des „Ungläubens“ landen werden. Der „Arbeiter“, das Blatt der Berliner Facharbeiter, weist hin auf das Schicksal der christlichen Demokraten in Italien, die auf ihrem jüngsten Kongreß eine Resolution „gegen die bischöflichen Autoritäten“ angenommen haben, was dann den Bischof von Mailand veranlaßt hat, auf die nahegelegene Möglichkeit hinzuweisen, daß die christlichen Demokraten sich über kurz oder lang mit den Sozialisten verschmelzen würden. Nach meiner Auffassung — sagte der Kirchenfürst — ist diese Verschmelzung eine mehr als natürliche Sache. Die christliche Demokratie Italiens wird verschlungen werden von dem reformistischen Flügel der Sozialdemokratie. Wir sehen sie ja jetzt schon in der bedenklichsten Weise sich der äußersten Linken nähern, wie sich eine stetig fortschreitende, aber durchdringende Veränderung in ihr vollzieht.

Das Blatt der Berliner Facharbeiter läßt keinen Zweifel darüber, daß es die christlichen Demokraten Italiens bezüglich ihres Wesens und ihres Schicksals mit den christlichen Gewerkschaften Deutschlands auf eine Stufe stellt. Und in Trier, wo unter Bischof Korums Gunst die katholischen Facharbeiter sich besonders wohlfühlen, hat denn ein Geistlicher nach dem Muster des Mailänder Bischofs den christlichen Gewerkschaften bereits den Weg ins sozialdemokratische Lager gewiesen. Auf dem Delegiertenkongreß der katholischen Arbeitervereine des Saarbezirks

hielt Dechant Hansen einen Vortrag über die Grundsätze der katholischen Arbeiterbewegung. Der Redner ging mit den christlichen Gewerkschaften wegen ihrer Stellung in Politik und Religion streng ins Gericht und meinte zum Schluß:

„Ich habe scharf gesprochen, um die Christlichen gleichsam zu zwingen, endlich auf unsere Beschwerden zu antworten und um weitere Kreise auf die Zustände in den christlichen Gewerkschaften aufmerksam zu machen. In Zürich haben die sich christlich nennenden Herren so scharf und deutlich gesprochen, daß ein Kommentar überflüssig ist. Jetzt wollen diese Herren sich rechtfertigen, aber sie rennen sich immer mehr hinein. Was sie in Zürich gesagt haben, das ist immer ihre Meinung gewesen, es ist ihnen das bitterer Ernst; es tut ihnen nur leid, daß sie jetzt bei vielen hohen Gönnern Anstoß erregt haben. Diese glaubten immer noch, daß die christlichen Gewerkschaftsführer so harmlos seien. Jetzt sind sie geradezu entsetzt über die rohe Sprache in Zürich. Deshalb haben die Züricher Redner die großen Versammlungen in Köln, München und Berlin abgehalten. Aber umsonst, in Zürich haben sie ihr Grab gegraben. Es muß eine Scheidung der Geister kommen. Alles sieht ein, daß es so nicht weiter gehen kann. Ein Teil geht zu den Sozialdemokraten, der andere wird sich einstweilen zurückziehen und dann später zu uns kommen. Wir arbeiten im Geiste der Kirche weiter, und dafür muß uns der Sieg werden.“

Es ist auch von sozialdemokratischer Seite aus schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die christlichen Gewerkschaften sich dadurch, daß sie ihre wirtschaftlichen Bestrebungen auf religiöse Grundlage zu stellen versuchen, in eine auf die Dauer unhaltbare Lage begeben haben. Auch wir sind der Meinung, daß dieser Widerstreit über kurz oder lang zu einer Entscheidung für die katholischen Arbeiter drängt. Die Führer werden es nicht auf einen Bruch mit der Kirche, der für sie auch einen Bruch mit ihrer Partei bedeutet, ankommen lassen wollen, aber die katholischen Arbeiter, die jetzt noch dem Zentrum und den von diesem begünstigten christlichen Gewerkschaften folgen, werden sich der Entscheidung nicht entziehen können, ob sie den gewaltigen sozialen Kampf, der ihnen wie der gesamten Arbeiterklasse bevorsteht, unter der Vormundschaft eines herrschsüchtigen und rückständigen Klerus oder Seite an Seite mit ihren Klassengenossen im sozialistischen Lager führen wollen. Das gegenwärtige Vorgehen der hohen und niederen Geistlichkeit gegen die christlichen Gewerkschaften wird diese Entscheidung beschleunigen.

Hafen in Hamburgs Staatsklosterfeldern.

Als vor einigen Jahren der hamburgische Staat zum Zweck der Vorortbahn eine große Häuserreihe erbauen mußte, stellte es sich heraus, daß „unregelmäßigkeiten“ vorgekommen waren, indem die Grundstückspekulanten von den Plänen Kenntnis erlangt und danach ihre Dispositionen getroffen hatten, wodurch der Staat gründlich über das Ohr gehauen wurde. Die feinerzeit berichtet wurde, hat dieser Skandal zur Einsetzung eines Parliamentsausschusses geführt, dessen Bericht vor einigen Wochen veröffentlicht wurde und großes Aufsehen erregte. Der Ausschussbericht, aus dem hervorgeht, daß manches faul in der Elbrepublik ist, wurde selbstverständlich auch in der Presse lebhaft erörtert. Da es sich nur um Einzelfälle handelt, das „Hamburger Echo“ aber derallgemeinert haben soll, was gar nicht der Fall ist, hat man gegen den Verantwortlichen unseres Parteiorgans das Verfahren wegen Verleumdung der — Polizeibehörde und deren Organe eingeleitet, die, obwohl sie doch mit Grundstückspekulationen nicht das mindeste zu tun hat, sich durch die „Echo“-Kritik beleidigt fühlt!

In der Sitzung der Bürgerchaft vom Mittwochabend gelangte der Ausschussbericht zur Debatte. Es wurde konstatiert, daß Verfehlungen von einer Reihe Subalternbeamten vorgekommen sind, daß Beamte geheimzuhaltende Pläne an sich zu bringen vermochten und Bürgern (Spekulanten) ausbändigten, daß Beamte in Grundstücken zum Nachteil des Staates speulierten haben in einer Form, die nicht von blanken Ehrenschlo an sich hat, daß Pläne frei umhergegeben haben, daß auf dem Grundbuchamt das Trümpfgeldwesen noch nicht ganz verschwunden ist, weil dortberalte, früher gefällige Ufus des Sportelwesens heute noch nachwirkt, usw. Die Herren Volksvertreter trösteten sich mit „Einzelfällen“, gegen die energisch vorgegangen werden müsse. Etwas kritischer behandelte Dr. Bradand diese „Einzelfälle“, die selbstredend nicht dem Beamtenstand zur Last gesetzt werden dürften. In der nächsten Sitzung gelangt ein Vertreter unserer Fraktion zum Wort.

Die Landtagswahlen in Hessen.

Unter sehr schwacher Beteiligung gingen gestern die hessischen Landtagswahlen vor sich. Genosse Ulrich wurde mit 4408 Stimmen (300 Stimmen Majorität) wiedergewählt, ebenso ist in Offenbach-Land Genosse Doh mit überwiegender Majorität wiedergewählt worden. Dagegen sind die Genossen David und Abelung, die die Stadt Mainz vertreten, unterlegen. Zentrum und Nationalliberale hatten hier ein Kartell geschlossen; auch der Umstand, daß die sehr wenig zahlreichen Demokraten und Freisinnigen für die Sozialdemokraten eingetreten beschloßen, konnte den Sieg des Kartells nicht verhindern. Der nationalliberale und der Zentrumskandidat wurden mit circa 500 Stimmen Mehrheit gewählt.

In der Vertretung der bürgerlichen Parteien haben sich wenig Veränderungen ergeben.

Der für die Sozialdemokratie verlustbringende Ausfall der Wahlen ist zum Teil auf die schlechte, wirtschaftliche Lage zurückzuführen, die es vielen Arbeitern unmöglich gemacht hat, sich an der Wahl zu beteiligen. So haben zum Beispiel in Offenbach 12 Proz. der Arbeiter aus diesem Grunde nicht wählen können. In Mainz verloren tausend Arbeiter ihr Wahlrecht durch die Gerichtsstandsklausel.

In der Kammer wird durch die Wahlen an dem Verhältnis der Parteien zu einander wenig geändert.

Das Debut der christlichen Internationale.

Anfang August dieses Jahres waren in Zürich die christlichen Gewerkschaftsführer von Deutschland, Oesterreich, Schweiz, Belgien, Holland und Rußland versammelt, um über einige das gemeinsame internationale Interesse betreffende Dinge zu beraten. Die Verhandlungen erhielten ihre Bedeutung durch eine Auseinandersetzung grundsätzlicher Art, ob nämlich die christlichen Arbeiter sich konfessionell oder interkonfessionell zu organisieren hätten, womit dann die Förderung der weiteren Frage verbunden war, ob und inwieweit der kirchlichen Autorität ein Einfluß auf die wirtschaftlichen Bestrebungen der katholischen Arbeiter zu gewähren sei.

In der Aussprache über diesen Punkt standen die deutschen Gewerkschaftsführer, die für die Interkonfessionalität sind, und die holländischen Gewerkschaftsführer, die nach der Anweisung ihrer Bischöfe die konfessionellen Gewerkschaften als die einzig berechnete Organisationsform propagieren, einander gegenüber. Die Deutschen verfolgten ihren Standpunkt mit großer Entschiedenheit. „Wo hierher und nicht weiter!“ — rief der Abgeordnete Schiffer als Vorsitzender des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften den Bischöfen zu, und ebenso energisch verteidigten die Herren Wieber, Wiedeberg und Stegerwald die christlichen Organisationen gegen die Eingriffe der kirchlichen Gewalt.

Nach Laufe zurückgekehrt, schlug den tapferen Christenmenschen denn doch das Herz, als sie in den Zentrumsblättern, die es mit den Fachabteilungen halten, lesen mußten, wie schwer sie sich gegen die bischöfliche Autorität mit ihren Reden in Zürich vergangen

hätten. Das Kölner Kartell der christlichen Gewerkschaften hielt eine Versammlung ab, um Herrn Stegerwald, dem Generalsekretär des Gesamtverbandes, Gelegenheit zu geben zu der Erklärung, daß die Züricher Reden nicht so schlimm gemeint gewesen seien, daß vieles auf Mißverständnissen beruhe usw. Dergleichen reisten die übrigen Herren Führer im Lande umher, um die Gemüter zu beruhigen und sich vor dem Verdacht zu wahren, daß sie ernstlich die Autorität der Bischöfe anzuzweifeln versucht hätten.

Das schönste aber leistet sich der Abgeordnete Schiffer, der in Zürich den Bischöfen gegenüber das Wort sagte: Bis hierher und nicht weiter! Er erklärt in der „Kölnischen Volkszeitung“ eine Erklärung, worin er mitteilt, daß er bereits „bei einem Teil der hochwürdigsten Herren Bischöfe“, so bei Kardinal Fischer von Köln und dem Erzbischof von Utrecht um „angemessene Entschuldigung“ gebeten habe. Sodann läßt der tapfere Arbeiterführer die Welt wissen, daß er in mehreren großen Versammlungen nach der Züricher Versammlung „anstandslos die in der Form zu weit gehenden Neuerungen einiger Redner und auch die eigene scharfe Neuerung bedauert“ habe.

Als ein Zurückweichen auf der ganzen christlichen Linie. Den Herren ist bange geworden vor den eigenen Worten. Jenwärts der Landesgrenzen spielen sie die Aufrechten und Zielbewußten und dabei, im Bereiche des Krummstabes, finden sie zusammen im Bedauern der eigenen Kühnheit und im Binseln um die Gnade der Bischöfe, denen gegenüber sie den Trevelmut bewiesen haben, die Selbständigkeit ihrer Organisation zu betonen.

Die töplichste Probe christlich-gewerkschaftlichen Besenmerktums gibt uns Herr Schiffer aber in dem Satz: „Die Debatte in Zürich war eigentlich nur für den internen Kreis der Versammelten, durchaus nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt; hätte ich eine Ahnung von dieser Art der öffentlichen Verbreitung der Diskussion gehabt, so würde die Debatte bestimmt in anderen Formen gehalten worden sein. Die Veröffentlichung ist ohne meine Kenntnis und gegen meinen Wunsch geschehen.“

Hinter verschlossenen Türen also würden die christlichen Führer den Mut haben, auch mal gegen die Bischöfe anzugehen; der Öffentlichkeit gegenüber aber wollen sie unter allen Umständen die ergebenden Gläubigen gelten. Man muß es den christlichen Gewerkschaftsführern lassen, daß sie es verstanden haben, ihr neuestes Unternehmen: die christliche Internationale, in recht würdiger Weise einzuführen.

Wenn Herr Schiffer am Schluß seines Schreibens „aus prinzipiellen Gründen“ erklärt, daß die christlichen Gewerkschaften „nach wie vor selbständige Organisationen“ seien, so weiß man nunmehr zu Genüge, daß diese „Selbständigkeit“ abhängt von der Gnade der Bischöfe.

Die Landtagswahl im Wahlkreise Germerheim-Bergzabern.

Die bekanntlich auf den 26. November festgesetzt ist, wird wieder zu einem heißen Ringen zwischen Zentrum und Nationalliberalen werden. Beide Parteien sind in dem rein ländlichen Kreise annähernd gleich stark vertreten. Es ist dies die dritte Wahl, die innerhalb der kurzen Frist von 1½ Jahren stattfindet. Bei den beiden vorhergehenden Wahlen siegte der nationalliberale Kandidat Lehrer Cronauer-Germerheim mit nur wenigen Stimmen Mehrheit über das Zentrum, aber jedesmal wurde von der Zentrumsmehrheit des bayerischen Landtages die Wahl für ungültig erklärt. Das letzte Mal war es die bekannte Wittgeheimer Stimmzettel-Fälschung-Affäre, die zur Annullierung des Mandats führte. Die Liberalen haben nun den Lehrer Cronauer wieder zum Kandidaten erkoren, während das Zentrum in einer in Landau abgehaltenen Konferenz wieder den Hofrat Zwisler-Speyer zum Kandidaten nominierte. Unsere Partei, die in dem Wahlkreise nur wenige Anhänger zählt, wird in einer am 8. November stattfindenden Wahlkreis-Konferenz zu der Wahl-Stellung nehmen; bei der letzten Wahl wurde von unserer Seite aus strikte Stimmenthaltung proklamiert.

Die Inferatensteuer.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ ist in der Lage, die hauptsächlichsten Punkte der geplanten Inferatensteuer zu veröffentlichen. Täglich erscheinende Blätter, mit einer Auflage bis 6000 Exemplaren, zahlen 2 Prozent ihrer Inferateneinnahme. Mit der Höhe der Auflage steigt die Steuer und erreicht bei Zeitungen mit über 100 000 Abonnenten 10 Prozent. Kleine Anzeigen, die sich auf Stellengesuche und bergleichen beziehen, und einen Umfang von fünf Druckseiten nicht überschreiten, bleiben steuerfrei. Für Zeitungsbeiträge steigt die Steuer bis auf 20 Prozent. Die Anzeigen in den seltener erscheinenden Fachblättern, die höher berechnet zu werden pflegen, sollen einem weit höheren Steuerfuß unterworfen werden. Die Absicht, den Verlegern für ihre Wühewaltung bei der Erhebung der Steuer eine Vergütung zu gewähren, hat man wieder fallen lassen. Bei Reklamen sollen besonders hoch versteuert werden solche, die sich an Mauern, Giebeln, Theatervorhängen befinden. Die Steuer richtet sich nach den Flächen und nach der Größe der Stadt. Geschäftsgilber sind nur dann von der Steuer befreit, wenn sie keinen reklamartigen Charakter tragen.

Die heilige Disziplin.

Der päpstliche Johann Oeder vom niederhessischen Jüßler-Regiment Nr. 89 (Düsseldorf) hatte bei der jüngsten Rekruteneinstellung einige Bekannten getroffen und mit ihnen in der Kantine über den Durst getrunken. Ein Unteroffizier schickte den J. dieserhalb auf die Mannschaftsstube, welchen Befehl Oeder auch befolgte. Als dann aber später ein anderer Unteroffizier nachschah, ob Oeder auch auf der Stube sei, warf der Betrunkene mit einem Schmel nach dem Unteroffizier und traf ihn am Bein. Oeder, der sein Zum mit sinnloser Trunkenheit entschuldigte, wurde vom Düsseldorfser Kriegsgericht — unter Umahme „mildernder Umstände“ — zu 2 Jahren 7 Monaten Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Der Verurteilte hat erst kürzlich eine dreimonatliche Gefängnisstrafe, die er wegen unerlaubter Entzerrung erhielt, verbüßt.

In derselben Sitzung wurde gegen den Reservisten Altmann verhandelt. Dieser soll im Wandel einer Bekannten mit Totschuß bedroht und einem Feldwebel den Gehorsam verweigert haben. Der jähronig veranlagte Angeklagte entschuldigte seine Tat mit Trunkenheit, erhielt aber auch neun Monate zwei Wochen Gefängnis.

Die Balkankrise.

Kreta. Der Text der Note, welche die vier Schutzmächte dem Exekutivkomitee der Insel unterbreiteten, hat folgenden Wortlaut: „Die Schutzmächte stehen auf dem Standpunkt, daß die Vereinigung Kretas mit Griechenland von der Zustimmung der Mächte abhängig ist, die der Türkei gegenüber gewisse Verpflichtungen eingegangen sind. Sie würden aber nichtsdestoweniger geneigt sein, an die Diskussion dieser Frage mit Wohlwollen heranzutreten, wenn die Ordnung auf der Insel aufrechterhalten bleibt und andererseits die Achorheit der muslimanischen Bevölkerung gewährleistet ist. Die Mitteilung

hat in Canea ebenso wie in Athen einen guten Eindruck gemacht, und man glaubt, daß die Mächte in der günstigen Aufnahme der freisinnigen Bestrebungen übereinstimmen, die Frage der Angliederung glatt geregelt werden wird.

Serbische Drohungen.

London, 23. Oktober. Der serbische Minister des Auswärtigen Milomanowitsch sagte in einer Unterredung: Wenn Serbien die Genugtuung nicht erhalte, die es als durchaus notwendig erachte, so werde es seine militärischen Vorbereitungen bis zum äußersten fortsetzen. Die Landesgrenze werde in ein verschanztes Lager umgewandelt werden; dem Serbien werde dann gezwungen sein, all seine Hoffnungen auf ein erfolgreiches militärisches Vorgehen zu setzen.

Ein Depeschensturm.

Belgrad, 29. Oktober. 2568 Telegramme sind aus Serbien in den Vorständen der russischen Duma gerichtet worden in Form eines Aufrufes an die brüderliche Gesinnung des russischen Schwesterlandes, um die serbischen Interessen in Schutz zu nehmen. Städte, Gemeinden und Gesellschaften usw. beteiligten sich an dieser Kundgebung.

Die Antwort Bulgariens.

Sofia, 29. Oktober. Auf den Kollektivschritt der Mächte wurde vom Minister des Auswärtigen Paprikow versichert, seitens der bulgarischen Regierung sei eine zufriedenstellende Antwort erteilt worden. Bulgarien würde trachten, alle zwischen ihm und der Türkei schwebenden Fragen auf friedlichem Wege zur Erledigung zu bringen, jedoch sich auf keinerlei Tributzahlung einlassen. Was andere Zahlungen anbetrifft, so würden vorerst die Gläubiger vor Anerkennung ihrer angeblichen Forderungen einer genauen Prüfung unterzogen werden.

Das Verhalten Bulgariens.

Sofia, 29. Oktober. Infolge gemeinsamer Vorstellungen Englands, Frankreichs und Russlands hat die bulgarische Regierung die Entlassung der Reservisten für nächsten Sonnabend angeordnet. Die Antwort auf die erwähnten Vorstellungen hat die Regierung heute Abend den Vertretern der Mächte zu stellen lassen. Die Antwort erklärt, daß die Regierung von friedlichen Absichten erfüllt sei und daß sie niemals aggressive Intentionen gegen die Türkei gehabt habe. Um einen Beweis ihrer friedlichen Gesinnung zu geben, würden die zu den Fahnen erufenen Reservisten entlassen und keine andere Heeresklasse erufen werden. Die Regierung habe auch ihre Geneigtheit erkennen lassen, sich mit der Türkei zu verständigen, indem sie zwei Delegierte entsandte, die die Aufgabe hätten, die Geneigtheit der Pforte zu ermitteln. Die Regierung werde ihr möglichstes tun, um zu einer direkten Verständigung mit Konstantinopel zu gelangen.

Oesterreich.

Die Demonstrationen in Prag.

Prag, am 27. Oktober 1908. (Eig. Ber.) Prag ist wieder einmal in Aufruhr. Der Landtag sollte eine Wahlreform verwirklichen, welche der rechtlosen Masse 43 Mandate unter 334 bringen sollte. Aber selbst diese Wahlreform wurde von den Deutschbürgerlichen verhorresziert, da ihre Verwirklichung gezeigt hätte, daß das deutsche Volk in Böhmen nicht hinter ihnen, sondern im Lager der deutschen Sozialdemokratie stehe. Um diesen Beweis zu verhindern, obstruieren sie die Verhandlungen im böhmischen Landtag. Sie riefen dadurch eine schwere Krise hervor, welche allen übrigen Deutschen in Oesterreich, vor allem aber der Regierung, unangenehm war, da sie mit den Balkanwirren zusammenfiel. Die Deutschbürgerlichen in Böhmen waren vollständig isoliert. Mit allen Mitteln strebten sie danach, diese nichts weniger als „glänzende Isolierung“ loszuwerden und das übrige Oesterreich für sich zu interessieren. So ein Mittel findet sich in Oesterreich und namentlich in Böhmen leider nur zu leicht.

Die Bevölkerung in Böhmen, sowohl die tschechische als auch die deutsche, war gegen die Obstruktion im Landtag empört. Es war nichts leichter, als dieser Empörung einen antideutschen Charakter aufzustempeln. Den äußeren Anreiz zu allen Exzessen in Prag geben seit Jahrzehnten die deutschen Couleurstudenten. Diese veranstalten immer, wenn die Bevölkerung aus irgendeinem Grunde erregt ist, auf der frequentesten Prager Straße, dem „Graben“, in voller Parade einen „Bummel“. Bisher ist es nicht gelungen, ihn in Prag, auf dem vulkanartigen Boden nationaler Kämpfe, abzuschaffen. Diesmal, eruchte die gegen die Arbeiterchaft mit großer Energie auftretende Polizei die Couleurstudenten sehr höflich, vom Bummel abzulassen. Das gerade Gegenteil kam zustande. Fast alle Couleurstudenten traten auf den Schauplatz, und der vorausgehende Erfolg trat ein: es kam zu antideutschen Demonstrationen, bei denen Fenster im deutschen Theater eingeschlagen und einige Couleurstudenten verwundet wurden. Das war Wasser auf die Mühlen der Deutschbürgerlichen. Sie rieten nicht vom Bummel ab, sondern riefen nach Militär. Dieses wurde bereitwillig zur Verfügung gestellt, und schon schickte sich die Regierung daran, über Prag den Ausnahmezustand zu verhängen, um den alten Cabourtschen Satz wieder einmal zu bewahrheiten, daß mit Ausnahmezustand ein jeder Esel eine Zeilang regieren könne.

Die Sozialdemokratie beider Nationen steht natürlich allem diesem Treiben fern. Sie verurteilt gerade so die Provokationen der Deutschbürgerlichen, wie sie die Exzesse der Tschechisch-nationalen verurteilt. Aber die Vorgänge in Prag, selbst wenn sie ihnen fernsteht, können ihr nicht gleichgültig sein. Denn es ist natürlich, daß sich die Prager Wirren auf das Parlament übertragen werden und daß die Verwirklichung der Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter verzögert wird. Die Sozialdemokratie muß daher im Interesse der Arbeiterchaft Ruhe in Prag verlangen. Wenn nun diese Ruhe durch die Bummel gestört wird — es ist tatsächlich lächerlich, aber es ist so —, so muß der Bummel der allgemeinen Not weichen. Schon verlangen selbst deutsche Geschäftstreibende in Prag, namentlich am „Graben“, die Abschaffung des Bummels; da sie hierdurch am meisten geschädigt werden. Aber die nationale Hetzpresse und die nationalen Sezessionisten könnten ihre Existenz nicht fristen, wenn es keinen Bummel gäbe. Und in dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten können wir sogar erwarten, daß dem Bummel der deutschen Couleurstudenten die Arbeiterversicherungsgefehrung wenigstens eine Zeilang geopfert werden wird!

Prag, 28. Oktober. Auch heute Abend fanden Ansammlungen auf dem Graben und dem Karlsplatz statt. Die Polizei und die Genarmee unterdrückten die Ausschreitungen im Keime.

Berontw. Redakt.: Oskar Davidsohn, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierau 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Es wurden heute über hundert Verhaftungen vorgenommen. In mehreren deutschen Städten Böhmens kam es zu Gegenkundgebungen gegen die Prager Vorgänge.

England.

Für das Frauenstimmrecht.

London, 28. Oktober. Der Sitzungssaal des Unterhauses war heute Abend wieder der Schauplatz einer von Anhängern des Frauenstimmrechts veranstalteten Kundgebung. Während der Beratung des Lizenz-Gesetzes riefen von der Dementribüne mehrere Frauen unvermittelt in den Saal hinein: „Wir verlangen das Stimmrecht für Frauen!“ Fast gleichzeitig erhob sich auf der öffentlichen Tribüne ein Mann und warf mit dem Rufe: „Ich fordere ebenfalls das Stimmrecht für Frauen“ einen Haufen Flugchriften in den Sitzungssaal. Er wurde sogleich hinausgeführt. Bei der Räumung der Dementribüne ergab sich, daß zwei von den Demonstrantinnen sich an der Brüstung festgebunden hatten, so daß ihre Entfernung mit einiger Schwierigkeit verknüpft war. Schließlich aber wurde die Ordnung wiederhergestellt. Der Saal war schwach besetzt, und der Zwischenfall verursachte daher nur geringe Aufregung. Auch außerhalb des Hauses fand eine Kundgebung zugunsten des Frauenstimmrechts statt.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung verlangte ein Mann mit lauter Stimme Gerechtigkeit für die Frauen und streute ebenfalls einen Haufen Flugchriften in den Sitzungssaal. Als Beamte des Hauses ihn zu entfernen versuchten, leistete er heftigen Widerstand, so daß er von vier Schließern buchstäblich weggetragen werden mußte. Infolge der heutigen Vorgänge teilte der Sprecher heute Abend mit, daß die Galerien für das Publikum auf einige Zeit geschlossen würden. Diese Ankündigung wurde mit lautem und allgemeinem Beifall aufgenommen.

Die Kundgebungen der Frauenrechtlerinnen wiederholten sich außerhalb des Hauses ebenfalls. Die daran teilnehmenden Frauen verhielten sich den Weg in den Vorraum des Unterhauses zu erzwingen; der Polizei gelang es aber leicht, dieses Vorhaben zu verhindern.

Eine Studienreise.

London, 29. Oktober. Das Parlamentarische Komitee des Kongresses der Trade Unions beschloß heute, eine Abordnung nach Deutschland zu entsenden, um über die Kranken- und Invaliditätsversicherung und über die von den deutschen Behörden der Frage der Arbeitslosigkeit gegenüber angewandten Maßnahmen Untersuchungen anzustellen.

Kanada.

Das Wahlergebnis.

New York, 29. Oktober. Die liberale Regierungspartei wird in der neuen Kammer über eine Mehrheit von 40 Sitzen verfügen. Die 7 noch stutzenden Stimmwähler sind in der Mehrzahl für die Unabhängigen günstig, welche gewöhnlich in der Kammer mit der Regierung gehen. Das amtliche Ergebnis ist folgendes: Liberale 127, Konservativ 88, Unabhängige 2, Sozialisten 2.

Gewerkschaftliches.

Der gelbe „Bund“.

„Der Bund“, Organ für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber, Charlottenburg, Rommsenstr. 47, versendet folgendes Rundschreiben:

An die Herren Arbeitgeber!
Ueberlassen Sie Ihre Arbeiter nicht schuldlos den Verführungskünsten der sozialdemokratischen Streikheer!

Helfen Sie Ihren Arbeitern, sich von den roten Hirngespinnsten zu befreien. Damit geben Sie nicht nur ihren Vertriebenen Frieden wieder, sondern Sie erweisen auch noch der Menschheit einen unerschätzbaren Dienst.

Das beste Schutzmittel gegen das sozialdemokratische Streikheer ist für die Arbeiter die gelbe Literatur. Sie wird von allen Arbeitern gern gelesen. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter greifen begierig danach.

Außer der gelben Arbeiterzeitung „Der Bund“ empfehlen wir Ihnen, nachstehende Broschüren unter Ihre Arbeiter zu verteilen. Die Zustellung übernimmt auf Wunsch auch der unterzeichnete Verlag und zwar zu Selbstkostenpreisen.

Hochachtung

Reformverlag „Der Bund“.

Charlottenburg, Rommsenstr. 47.

Broschüren von Rudolf Lebus: „Indiskrete Fragen an die Sozialdemokratie“, „Gelbe Gedanken“, „Die gelbe Arbeiterbewegung“, „Das falsche Ideal des Sozialismus“ und „Bemerkungen zu sozialdemokratischen Schlagworten“ von Jeremias Schneider.

Selber Arbeitsbund (Sib Berlin)

Bund der gelben Arbeitervereine Deutschlands.

Charlottenburg-Berlin, Rommsenstr. 47.

Es hat sich in Berlin ein Bund der gelben Arbeitervereine Deutschlands gebildet, der sich Selber Arbeitsbund (Sib Berlin) nennt und den Zweck hat, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu pflegen.

Wenn Sie den Wunsch hegen, dem Übermut der über Gebühr erstarrten Sozialdemokratie und der roten Gewerkschaften Ihre treue Abbruch zu tun, so bietet sich Ihnen dazu Gelegenheit, indem Sie dem Selben Arbeiterbunde eine Spende zukommen lassen oder die Mitgliedschaft des Selben Arbeitsbundes erwerben.

Die Bestimmung der Höhe der Spende oder des Beitrages überlassen wir Ihrem freien Ermessen. Alle Zahlungen bitten wir an die Dresdener Bank, Wechselstube U, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 181, zu leisten, wobei zu bemerken ist, daß das Geld für den Selben Arbeitsbund bestimmt ist.

Schon in einer ganzen Reihe von Betrieben sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften durch unsere gelben Vereine vollständig einflußlos geworden. Unserem Selben Arbeitsbund sind zurzeit etwa 40 000 Mitglieder angeschlossen. Es existieren gelbe Arbeitervereine in Berlin u. a. bei den Siemenswerken, Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Ludwig Löwe u. Co., Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, C. P. Börg (Optische Anstalt), Berliner Motorenwagenfabrik, Erdwerke usw., in Magdeburg bei Friedrich Krupp (Grusonwerk), R. Wolffsche Werke, Schäffer u. Pödenberg, Otto Gruson usw., in Brandenburg bei fünf Betrieben, in Augsburg 16 Vereine, in Dresden (1800 Mitglieder), in Hamburg bei der Hamburg-Amerika-Linie (4 Vereine), in Kiel bei den Howaldtwerken, in Offenbach, in Nürnberg usw.

Die uns übermittelte Unterstützung soll in erster Linie der gelben Arbeiterbewegung am Wohnort des Spenders zugute kommen. Wir bemerken übrigens, daß wir hier in Berlin unsere gelben Agitatoren ausbilden, die später in das ganze Deutsche Reich hinausgehen. Die Siege, die wir hier in Berlin auf literarischem und gewerkschaftlichem Gebiete erringen, kommen der gelben Arbeiterbewegung in ganz Deutschland zugute.

Inbem wir hoffen, daß Sie Ihre Sympathie für die gelbe Arbeiterbewegung durch die Tat bekräftigen werden, verbleiben wir mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorstand des Selben Arbeiterbundes (Sib Berlin).
R. Lebus, Vorsitzender. J. Baland, Dreher. Richard
Mud, Mechaniker. M. Schönecht, Schraubendreher.
J. Jäsche, Drechler. R. Kaymard, Dreher.

Im folgenden Schreiben des „Bundes“ wird zum Abonnement auf das gelbe Zentralblatt aufgefordert:

Auch Sie können aus der mächtig emporkommenden gelben Arbeiterbewegung Vorteil ziehen, wenn Sie dauernd für einen Teil Ihrer unorganisierten Arbeiter und für den Stamm Ihrer betriebsstreuen Arbeiter auf das einliegende gelbe Zentralblatt „Der Bund“ abonnieren. Sie können dadurch Ihren Vertrieb am besten gegen das sozialdemokratische Streikunwesen und den Streikterrorismus. „Der Bund“ ist ein rein gewerkschaftliches, kein politisches Blatt. Unser Blatt bezweckt unter Ausnutzung der in der Arbeiterchaft wachsenden Unzufriedenheit über das sozialdemokratische Streikunwesen den unorganisierten Arbeitern Courage zu machen, ihr Selbstvertrauen gegenüber der Sozialdemokratie zu stärken und ihnen bezüglich zu sein, sich auch innerlich von der Sozialdemokratie zu befreien. Redaktionsbeiträge sind sehr erwünscht. Die Jahresausgabe auf den Kopf Ihrer Arbeiterchaft ist sehr gering. Gestehe Referenzen stehen zur Verfügung. Zahlungen erbitten wir im Voraus.

Sie senden dem Verlag des „Bunds“ die Adressen der Arbeiter und wir schicken dann die Zeitungen direkt unter Kreuzband oder durch Ueberweisung nach den angegebenen Privatwohnungen. Preis vierteljährlich pro 1 Stück 80 Pf.

Diese Bezugsart hat den Vorzug, daß die Arbeiter nicht einmal wissen, wem sie die Zustellung des Blattes verdanken.

Aus diesen Dokumenten muß selbst der beschränkteste Arbeiter ersehen, daß die gelben Organisationen nur allein den Interessen der Unternehmer dienen.

Berlin und Umgegend.

Der Kustleapparat.

Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten (S. B.) hat am 28. Oktober ein Rundschreiben an seine Mitglieder gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Zimmer wieder machen wir unseren Mitgliedern die obligatorische Benutzung des Arbeitsnachweises zur strengsten Pflicht. Wir sind gewiß, daß alle unsere Mitglieder den besten Willen haben, die Beschlüsse des Verbandes bezüglich des Arbeitsnachweises innezuhalten, dürfen uns aber nicht verhehlen, daß den Anordnungen der Arbeitgeber seitens der Polizei bisweilen nicht genügend Folge geleistet wird. Hier muß die strengste Aufsicht geübt und den Polizisten klargemacht werden, daß sie ihre Entlassung zu gewärtigen haben, wenn sie nach alter Weise ihre guten Freunde einstellen.

Die Einwendungen der Polizei, daß sie die Gesellen vom Arbeitsnachweis nicht gebrauchen können, sind leere Redensarten, auf die absolut nichts zu geben ist. Der Arbeitsnachweis ist jetzt in der Lage, den Verbandsmitgliedern jede gewünschte Anzahl tüchtiger Gesellen und Arbeiter zu überweisen. Wir bitten demzufolge wiederholt darum, daß alle unsere Mitglieder sich persönlich davon überzeugen, daß in ihrem Betriebe nur Arbeitnehmer durch Vermittlung unseres Arbeitsnachweises eingestellt werden.

Eine große Anzahl von Affordmuretern und Puhern hat sich in unserem Geschäftsamt gemeldet. Alle diese Leute gehören Vereinen an, mit denen der Verband im Tarifverhältnis steht. Im Bedarfsfalle bitten wir dringend, diese Arbeitnehmer zu bevorzugen und das Geschäftsamt um Zufindung von Kolonnenführern zu ersuchen.

Der Verband glaubt wohl besonders klug zu handeln, indem er die Zeit der Krise dazu benützt, den Arbeitern die starke Faust spüren zu lassen. Druck erzeugt Gegendruck, das werden auch die Baugeschäfte noch erfahren.

Die Differenzen bei der Firma Fabian u. Grich sind erledigt; die Sperre wird hiermit aufgehoben.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Schneides- und Schneiderinnen, Filiale Berlin I.

Wächung, Mühenbranche! Wegen Differenzen, herborgerufen durch das unsolidarische Verhalten eines Kollegen, haben gestern zwei Kollegen und sieben Kolleginnen der Werkstatt Kranig, Meyer Straße 88, die Arbeit niedergelegt.

Die Werkstatt ist gesperrt. Wir ersuchen die Kollegen und Kolleginnen, sie streng zu meiden.

Deutscher Kürschnerverband, Filiale Berlin.
Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Erfolgreiche Streikbewegung im Steinschlaggewerbe.

Die Unternehmer des Steinschlagbaues im Lohngebiet Westens bezog. Regierungsbezirk Appeln waren von den organisierten Steinschlagern vor 1½ Jahren zum Tarifabschluß gezwungen worden. Dieses war den Unternehmern gegen den Strich und sie versuchten, den Tarif wieder abzuschütteln, damit sie zu ihrem Vorteil die Löhne wie früher festsetzen konnten. Zu diesem Zwecke gründeten sie eine Zwangsinnung für den Regierungsbezirk Appeln und setzten sogleich die Löhne bis zu 15 Pf. die Stunde herab, um nebstbei unorganisierte Steinschlagern zu juchen. Mehrfachen Vorstellungen der Arbeiter, den Tarif einzuhalten, schenkten die Unternehmer keine Beachtung, jeder zahlte nach Belieben. Endlich rief den Steinschlagern die Geduld; es fand eine große Versammlung statt, in welcher einstimmig beschlossen wurde, die Arbeit niederzulegen, was auch einmütig geschah. Darauf große Verwirrung in der Innung; die gerühmte Einigkeit ging in die Brüche und nun hieß es: sauve qui peut (rette sich, wer kann)! Nach fünfzigstägigem Streik war der Sieg der Arbeiter ein vollständiger, denn von 12 in Frage kommenden Unternehmern hatten neun den von der Organisation vorgelegten neuen Lohnvertrag unterzeichnet. Der Kampf wurde für beendet erklärt und über die drei Firmen, die sich ablehnend verhielten, die Sperre verhängt. — Dieser schöne Erfolg ist der starken Organisation zu verdanken!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Arbeiterrisiko.

Stuttgart, 29. Oktober. (B. H.) In Dettlingen wurden zwei Tagelöhner von einfallenden Erdmassen in einer Sandgrube verschüttet und getötet. Drei weitere Arbeiter blieben unverletzt.

Frankfurt a. M., 29. Oktober. (B. H.) Wie aus Heidelberg gemeldet wird, verunglückten auf dem Zementwerk „Reimen“ drei Arbeiter bei dem Dessinen eines Flugschiffkanals. Einer wurde lebensgefährlich verletzt.

Eisenbahn-Unfälle.

Frankfurt a. M., 29. Oktober. (B. H.) Wie die Wälder aus Fulda melden, fuhr gestern nachmittags 3 Uhr auf dem Bahnhof Gebra ein von Göttingen kommender Güterzug auf einen im Güterbahnhof stehenden Güterzug. Etwa 40 Wagen sind teils zertrümmert, teils stark beschädigt. Der Materialschaden ist bedeutend. Vom Zugpersonal wurde ein Mann schwer und drei leicht verletzt. Der Zusammenstoß erfolgte infolge irrtümlicher Freigabe der Einfahrt durch den Weichensteller.

München, 29. Oktober. (B. L. B.) Auf der Station Großrotensfeld überfuhr heute nachmittags ein Güterzug das Einfahrtsignal und stieß mit einem einfallenden Güterzug zusammen. Die Lokomotiven der beiden Züge entgleisten und wurden stark beschädigt, mehrere Güterwagen zertrümmert. Von dem Zugpersonal der beiden Züge wurden je zwei Personen verletzt. Das Doppelgleis ist voraussichtlich auf acht Stunden gesperrt.

Ein 16-jähriger Lustmörder.

Mannheim, 29. Oktober. (B. H.) Der 16-jährige Schlosserlehrling Morwether wurde wegen Lustmordes, begangen an einem dreijährigen Knaben, heute mittag zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung, Donnerstag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr.

Im Ministerbüro: Ministerialdirektor Schwarzkopff.

Die Beratung des Lehrerbeförderungs-Gesetzes

wird fortgesetzt.

Abg. Borgmann (Soz.):

Wenn man das Liebeswerben sämtlicher Parteien gestern gehört hat, so muß man gestehen, daß den Herren, die gestern so sehr gelobt und geehrt wurden, ein Orkuseln den Rücken hinunterlaufen konnte. (Heiterkeit.) Der alte Praktiker Freiherr von Redlich stand den Dingen mit leeren Händen gegenüber. Eine Vorsehung der Lehrer wird nicht erreicht werden, bis es gelingt, unser ganzes Schulwesen an Haupt und Gliedern zu reformieren. Es muß eine Einheitschule geschaffen werden, in der die Kinder der bestehenden Klassen auf derselben Bank zu sitzen haben wie die Kinder der Arbeiter. Eher wird es auch mit der Position der Lehrer nicht besser werden. Sie werden mir zugeben, daß hier im Hause sehr wenig Herren vorhanden sind, die ihre Kinder in die Volksschule schicken, und bei dem großen Egoismus der bestehenden Kreise ist eine Besserung der Volksschulverhältnisse schon aus diesem Grunde nicht so bald zu erwarten. Es handelt sich bei dieser Vorlage um die

Einlösung eines sehr alten, längst fälligen Wunsches, bei dem sich der Schuldner noch weigert, die Verzugszinsen zu zahlen. Der Gedanke einer gleichmäßigen Besoldung der Lehrer auf dem Lande und in den Städten ist durchaus gesund, weil er zu einem schaffsten Lehrerstand führen kann. Aber ich bezweifle, daß dies Ziel durch die Vorlage erreicht werden kann. Es sollte eine Ehrenpflicht der bestehenden Klassen sein, die Opfer auf sich zu nehmen, die zu einer Besserung unserer Volksschulverhältnisse nötig sind. Aber hier soll wieder den Großgrundbesitzern eine neue Liebesgabe zugewiesen werden. (Heiterkeit rechts.) Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Behauptung des Herrn v. Dittfurth, daß die Landgemeinden mehr für die Schulen aufbringen als die Städte, ist nicht richtig. Es wäre daher eine Ungeheuerlichkeit, wenn den leistungsfähigen Kreisen auf dem Lande durch die Vorlage wieder erhöhte Staatszuschüsse zugewiesen würden. Die Hauptwünsche der Lehrer auf Gleichstellung mit den Regierungsekretären sind der Regierung ja bekannt. Wenn es nicht gelingt, diese Wünsche zu erfüllen, ist Ruhe in den Kreisen der Lehrer nicht zu erwarten. Werden diese Wünsche aber erfüllt, werden sich auch eine Reihe größerer Intelligenzen dem Lehrerberufe zuwenden und das ganze Ansehen des Lehrerstandes wird dadurch gehoben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Entwurf bringt die

gesetzliche Festlegung des Stubischen Bremserlasses.

Dieser Bremserlass bedeutet eine Fessel, die die größten Härten mit sich bringen muß, weil damit die Erhöhung der Lehrergehälter abhängig gemacht wird von dem guten Willen der Bureaukratie. Dieser Eingriff in die Selbstverwaltung ist auch eine merkwürdige Feier des hundertjährigen Jubiläums der Städteordnung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Vorlage wird mit den Teuerungsverhältnissen begründet. Diese Teuerungsverhältnisse sind aber eine Folge der agrarischen Wirtschaftspolitik. Bei dieser Gelegenheit muß ich den außerordentlich rückständigen Standpunkt unseres Herrn Eisenbahnministers zurückweisen, der behauptet, bei der rüchläufigen Konjunktur hätten die Staatsarbeiter kein Recht auf Lohnzulagen. Wenn er weiter behauptet, daß wir gegen alle Regierungsvorlagen grundsätzlich Opposition machen, so beweist er damit nur, daß er sich, bevor er Minister wurde, um öffentliche Angelegenheiten wenig gekümmert hat. Ich verweise nur darauf, daß die Caprivischen Handelsverträge ohne unsere Zustimmung nicht zustande gekommen wären. — Man verteidigt die Lehrer darauf, daß sie infolge der Alterszulagen im mittleren Alter ein höheres Gehalt beziehen. Den Lehrern geht es da wie Kofes mit Kron, sie sehen das gelobte Land, kommen aber nicht hinein. Es handelt sich für die Lehrer auch durchaus nicht bloß um Gehaltserhöhungen, sie leiden unter ihrer gesellschaftlichen Stellung, unter den schlechten Wohnungsverhältnissen, unter Ueberlastung infolge der hohen Frequenz der Schulklassen und unter Nebenarbeiten und unter der

geistlichen Schulaufsicht.

(Lachen rechts.) Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In bezug auf die gesellschaftliche Stellung der Lehrer erinnere ich nur an die Vorkommnisse in Krefenken. Die Ueberfüllung der Schulklassen ist bekannt. Junge Lehrer von 20 Jahren müssen über 100 Kinder in einer Klasse unterrichten. In dieser Beziehung steht Preußen selbst hinter Galizien zurück. Vielfach sind die Schulräume derart verfallen, daß sie nicht ohne Gefahr bewohnt werden können. Ich könnte Ihnen hunderte solcher Fälle vorführen. Sie können den Lehrern ruhig 1500 Mark Gehalt geben, so würden sie doch nicht auf dem Lande bleiben, weil die Zustände dort derart verwerflich sind. (Unruhe rechts.) Prinz Albrecht von Preußen hat das Patronat über eine Schule, wo vier Lehrer 573 Kinder zu unterrichten haben. In einer Schule, deren Patron der Kronprinz des Deutschen Reiches ist — ich bedauere, daß ich das nicht gestern vorbringen konnte, als der Kronprinz an-

Kleines feuilleton.

Rechtungskästen bei Eisenbahnunfällen. Die Notwendigkeit, bei Eisenbahnunfällen unter Umständen einer großen Anzahl Verwundeter Hilfe bringen zu müssen, hat zur Einrichtung sehr reich ausgestatteter Rettungskästen geführt, die dazu bestimmt sind, auf den Hilfswagen möglichst rasch aufzuladen und an Ort und Stelle gebracht zu werden. Diese Kästen sind nun vielfach so schwer und unhandlich, daß eine Aenderung ihres Inhalts und Formats dringend geboten scheint. In der „Wiener klinischen Wochenschrift“ hat der Chirurg Dr. von Felsberg im Verein mit Dr. Rossmann gegen die schwerfälligen Rettungskästen auf den österreichischen Bahnen Stellung genommen. Aber auch die auf deutschen Bahnen vielfach in Verwendung stehende Heiderschrankähnliche Form mit ihrem unständlichen, bisweilen sogar durch Tragbahnen vervollständigten Material sind nach Ansicht der beiden Ärzte durchaus ungeeignet und veraltet. Der Inhalt derartiger Rettungskästen umfaßt immer noch Instrumente aller Art, Desinfektionsmittel mit voluminösen Reib- und Wischgefäßen, mächtige Waschapparate und andere nicht mehr gebrauchliche Dinge. Auch die Einrichtungen, die in der Ausstellung des Kongresses für Rettungswesen, der im Juni dieses Jahres in Frankfurt a. M. abgehalten wurde, zeigten kaum eine wesentliche Modernisierung, höchstens, daß die sogenannten aseptischen Schnellverbände reichlicher vertreten waren. Die beiden Wiener Gelehrten haben nun Modelle praktischer Rettungskästen entworfen, denen verschiedene allseitiger Aufmerksamkeit würdige Erwägungen zugrunde liegen. Zunächst sollen bei der Einrichtung von Rettungskästen für den Eisenbetrieb alle Instrumente und operativen Werkzeuge fortfallen, weil an der Unfallstelle selbst sowie im Rettungswagen so wenig als möglich operiert werden soll. Diesem Grundsatz ist in den neuen deutschen Rettungskästen im wesentlichen bereits Rechnung getragen. Die Amputationswerkzeuge sind in Fortfall gekommen. Jedoch sind Nägel und Unterbindungsinstrumente noch vielfach beibehalten worden. Die selteneren Fälle, wo Amputationen von Gliedern nötig

wesend war — unterrichten 2 Lehrer 199 Kinder. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Besonders die Schulverhältnisse in den polnischen Provinzen, wo

bis 245 Kinder in einer Klasse

unterrichtet werden, bilden eine schwere Last gegen die preussische Schulverwaltung. Und in solchen Kreisen wollen Sie Germanisationspolitik treiben! Es ist natürlich, daß dort die Lehrer mit den Eltern der Kinder, denen sie das Vaterunser mit dem Stod beibringen sollen, ständig in Konflikt kommen. Ich kenne einen Fall, in dem ein Lehrer gezwungen war, jeden Sonntag drei Stunden zu laufen — Fußwert bekam er nicht —, um sich für die ganze Woche zu verproviantieren, weil ihm am Orte nichts verkauft wurde. Das Geld für Germanisationszwecke hätte man für Verbesserung der Schulverhältnisse benutzen sollen, dann hätte man mehr Erfolge erzielt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter müssen die Lehrer auch von dem entwürdigenden Küsterdienst befreit werden. Eine Arbeitsordnung für die Küsterdienste in der Provinz Sachsen erinnert an die Vorschriften für Schenkerfrauen in Berliner Weiskontrakten. Wenn diese Verhältnisse noch immer fortbestehen, so trägt neben der Regierung auch die Mehrheit dieses Hauses daran die Hauptschuld. — Etwas unklar war die Haltung des Zentrum zu der Vorlage. Es scheint ihm an dem rechten Ernst zu fehlen, auf die Regierung energisch einzuwirken. Der national-liberale Redner sprach recht temperamentvoll, aber das Endergebnis seiner Rede war echt nationalliberal. (Heiterkeit.) Er stellte weitgehende Forderungen, meinte aber, die Mittel dazu fehlen. In der Tat wäre die Regierung in der Lage, an Hand der bereiteten Mittel alle berechtigten Forderungen der Lehrer und Beamten zu erfüllen. Es wäre nur nötig, daß die höheren Einkommen auch entsprechend höhere Steuern zahlten. Das ist leider nicht der Fall, weil Sie Ihre Majorität im Dreiklassenparlament rücksichtslos ausgenutzt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Lob der Selbstverwaltung aus dem Munde des Herrn Ministerialdirektors Schwarzkopff machte einen eigenartigen Eindruck. Trotz aller Lobeserhebungen der Selbstverwaltung auf dem Städtetage, dem ich als einziger Sozialdemokrat bewohnte, seitens der Regierungsvertreter, in denen nur Herr von Rheinbaben zurückhaltend gewesen ist, ist die Selbstverwaltung bei uns doch

nur ein Märchen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich erinnere daran, daß das Kultusministerium über den Kopf der Berliner Gemeindeverwaltung hinweg durch Vorschriften an Direktoren über städtische Schulgebäude verfügen wollte. Ich verweise weiter darauf, daß

über den Kopf der städtischen Verwaltung hinweg

zeitweise der Schulbetrieb ohne weiteres ausgesetzt wird, weil auf dem Tempelhofer Felde Parade stattfindet. (Lachen rechts.) Ich erinnere daran, daß man die städtischen Turnhallen einem Teile der Bürgerschaft zur Benutzung entzieht. Unter solchen Umständen kann von Selbstverwaltung keine Rede sein. Eine gute Volksschulbildung ist die Grundlage der Kultur. Alexander v. Humboldt hat gesagt: „Der Mensch kann auf die Natur nicht einwirken, sich keine ihrer Kräfte aneignen, wenn er nicht die Naturgesetze nach Maß und Zahlverhältnissen kennt. Auch hier liegt die Macht der vollständigen Intelligenz; sie steigt und sinkt mit dieser. Diejenigen Völker, welche in der allgemeinen industriellen Tätigkeit, in Anwendung der Mechanik, der technischen Chemie, in sorgfältiger Auswahl und Bearbeitung natürlicher Stoffe zurückstehen, bei denen die Achtung einer solchen Tätigkeit nicht alle Klassen durchdringt, werden unausbleiblich von ihrem Wohlstande herabfallen.“ Das sind prophetische Worte, erste Mahnungen. Ich befürchte, daß wir heute schon in bezug auf das Volksschulwesen von anderen Nationen überholt sind. Die Klassenfrequenz ist in Schweden und Norwegen, in Frankreich über die Hälfte geringer. Arbeiten Sie mit uns, einen Zustand herbeizuführen, der den vernünftigen Anforderungen des Volkes in bezug auf geistige Entwicklung entspricht. An unserer Hilfe soll es nicht fehlen, beweisen Sie, daß sie den ersten Willen dazu haben. (Wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoff (fr. Vg.): Die Leidensgeschichte der preussischen Volksschule ist mit dieser Vorlage noch nicht zu Ende. Mit ihr wird der Krebsgeschaden des Lehrermangels nicht beseitigt werden. Es ist ein dunkles Gebiet, wie in Preußen die Lehrerschaft rekrutiert werden muß. (Sehr richtig! links.) Unablässig rührt man die Werbetrommel, und trotzdem finden sich nicht genügende Kräfte für diesen Stand. Am schlimmsten wirkt der Bremserlass. Wir müssen für die Lehrer 1500 M. Grundgehalt und 250 M. Alterszulage fordern. Unsere entgeltliche Stellung behalten wir uns vor, bis die Arbeit der Kommission vorliegt. Wir wollen ein Kulturwerk haben ohne jedes reaktionäre Beiwerk. (Beifall links.)

Ministerialdirektor Schwarzkopff: Ich bin weit entfernt, die Schulverhältnisse in Preußen als absolut unverbesserlich hinzustellen. Aber wie es hier hingestellt wird, so liegen die Verhältnisse in Preußen doch nicht. Wenn noch Klassen mit 120 bis 150 Kindern vorkommen, so sind das Halbtagsschulen. Wir bemühen uns, deren Zahl möglichst zu vermindern. Lehrermangel und Besoldung haben nichts miteinander zu tun. Wir müssen heute sogar noch Antwärter zurückweisen. Von einer Kulturbremse kann bei der Vorlage nicht die Rede sein. Die preussische Lehrerschaft selbst hat noch vor gar nicht langer Zeit auf dem Lehrertage

in Magdeburg 1350 und 150 M. gefordert. Preußen marschiert an der Spitze von allen Bundesstaaten in bezug auf das Lehrergehalt. (Hört! hört! rechts.) Bayern hat ein Grundgehalt von 1200 M. und ein Höchstgehalt von 2800 M. Sachsen fängt zwar mit 1500 M. an, steigt aber nur bis 3000 M. In Baden erhalten die Lehrer 1500 bis 2500 M. Nur Hamburg hat größere Sätze von 2400 bis 4600 M. Es zählt aber nichts für Wohnung. Wir hoffen, daß das Haus in seiner Kommissionsberatung zu einem Ergebnis kommt, welches der Notlage der Lehrer, die vielfach vorhanden ist, Abhilfe schafft und uns hilft, unsere Volksschule vorwärts zu bringen.

Abg. Febr. v. Nichthofen (L.): Die Ausführungen des Herrn Borgmann haben mich eben so wenig imponiert wie die des Abg. Girsch. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Borgmann scheint gar nicht zu wissen, daß vor zwei Jahren das Schullastengesetz hier beschlossen ist. (Hört! hört! rechts.) Gerade das Schullastengesetz ist von uns gemacht worden, weil wir Ungerechtigkeiten in der Verteilung der Schullasten anerkennen mußten. Schulpatrone gibt es ja nach den neuesten Gesetzgebungen gar nicht mehr. Sie sind ja durch das Gesetz von 1906 aufgehoben, wissen Sie das gar nicht, Herr Borgmann? (Große Heiterkeit rechts.) Die Ausführungen des Herrn Caspel waren offenbar von der Kuratordiktatur, daß ein großer Teil der Lehrer in das konservative Lager abgewandert. (Lachen links.) Man behauptet, wir wollten keine Verbesserung der Volksschule. Gerade das Gegenteil ist richtig. Wenn die Landkinder von den tüchtigsten Volksschullehrern — evangelischen und katholischen — erzogen werden, werden sie nicht so leicht den Irrlehren der internationalen Sozialdemokratie verfallen, sondern Neutaten der christlichen Arbeitervereine bilden. (Wahr! rechts, Jurist bei den Sozialdemokraten: Viel Glück!) Wir haben den ersten Willen, den Wünschen der Lehrer soweit entgegenzukommen, wie es irgend mit der Finanzlage und den Interessen der Steuerzahler zu vereinigen ist. Wir hoffen, daß es in der Kommission gelingt, ein Gesetz zustande zu bringen, das für die Lehrerschaft ein schönes Weihnachtsgeschenk bildet. (Wahr! rechts.)

Abg. Dr. Hasenberg (natl.): Das Gesetz kommt am wenigsten den Verhältnissen im Westen entgegen. Es bleibt unter den Äugen, die dort heute bereits meist gezahlt werden, und müdet einzelnen Gemeinden sogar Rückschritte zu. Wenn die Erfüllung der berechtigten Wünsche der Lehrer größere Mittel erfordert, so sind meine Freunde bereit, diese notwendigen Mittel unter allen Umständen zu bewilligen. Die Verbesserungsbewilligung unserer Volksschulverhältnisse haben wir stets anerkannt, lange ehe Herr Borgmann und seine Freunde in dieses Haus eintraten. Ein unbilliger Zustand ist es, daß in fast allen ländlichen einklassigen Schulen im Westen junge, soeben vom Seminar kommende Lehrer angestellt werden. Und wenn auf die zweiklassigen Schulen zwei Lehrer kommen, die auf derselben Seminarbank gesessen haben, wie soll sich da einer am anderen halten? Gerade diese einklassigen Schulen verlangen die tüchtigsten, erfahrensten Kräfte. (Wahr! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Zberhoff (freil.) befragt nochmals die Vorschläge des Abg. v. Redlich.

Abg. Caspel (fr. Vg.) polemisiert gegen den Abg. v. Nichthofen. Wir haben ausdrücklich anerkannt, daß die Vorlage für die meisten Lehrer und Lehrerinnen auf dem Lande große Verbesserungen bringt; aber wir haben andererseits kritisiert, daß durch die Bremserbestimmung eine Verringerung in anderen Teilen des Landes für die Zukunft überhaupt verhindert wird. Diese Bremserbestimmung fehlt in den anderen deutschen Staaten, auf die der Herr Ministerialdirektor hinweist.

Abg. Ziesche (B.) fragt an, in welchem Gesetze die Verhältnisse der Mittelschullehrer geregelt wären. In der Besoldungsvorlage habe er sie nicht gefunden. Der Vorschlag des Freiherrn v. Redlich, im mittleren Alter, wo die Lehrer ihrer am meisten bedürften, die Alterszulagen zu erhöhen, ist uns sehr sympathisch.

Ministerialdirektor Schwarzkopff erwidert dem Wortredner, daß die Regierung den Interessen der Mittelschullehrer alle Aufmerksamkeit zuwenden, daß aber ihre Entscheidungen in dieser Beziehung noch nicht gefaßt wären.

Ein Schlußantrag wird hierauf angenommen.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. Borgmann (Soz.): Wenn der Herr Ministerialdirektor gesagt hat, ich hätte sehr wenig zum Lehrerbeförderungs-Gesetz gesprochen, so überlasse ich das Urteil darüber dem Hause und dem Lande. Herr v. Nichthofen sagte, ich hätte von Schulpatronen gesprochen, während dieselben durch das Schulunterhaltungs-Gesetz beseitigt worden wären. Ich konstatiere demgegenüber, daß nach § 70 des Schulunterhaltungs-Gesetzes auf die Provinzen Westpreußen und Posen überhaupt keine Anwendung findet.

Abg. Girsch (Soz.): Herr v. Nichthofen behauptet, ich hätte nicht gemerkt, welche Stellung der verstorbenen Abgeordnete Liebnicht zu § 82 der Reichsverfassung eingenommen habe. Nach dem stenographischen Bericht habe ich wörtlich gesagt: „Ich kenne die Anschauung des Abg. Liebnicht, aber ich billige sie nicht.“

Abg. v. Nichthofen (L.): Diese Bemerkung machte Herr Girsch erst in seiner zweiten Rede. Da mußte er die Stellung des verstorbenen Abgeordneten Liebnicht freilich kennen, weil sie in der Debatte mehrfach erwähnt war. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Hinweis des Herrn Borgmann auf § 70 des Schulunterhaltungs-Gesetzes trifft nicht zu, denn er hat von einem schlesischen Schulpatron gesprochen. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Girsch (Soz.): Wenn ich erklärt habe, ich kenne die Ansicht des verstorbenen Abg. Liebnicht, so muß ich Herrn von Nicht-

find, um eingeklemmte Personen freizubekommen, geben an sich eine sehr schlechte Prognose und werden wohl stets mit den von dem operierenden Chirurgen mitgebrachten Instrumenten ausgeführt werden können. Die Aufgabe der ersten Hilfe wird in fast allen Fällen sich auf die Anlegung eines aseptischen Nothverbandes beschränken, der den Verletzten so schnell wie möglich transportfähig macht. Aus den Rettungskästen sollen ferner alle Wasch- und Desinfektionsvorrichtungen fortbleiben. Die Wunden dürfen an Ort und Stelle weder gewaschen noch desinfiziert werden, da dies doch nicht in ausreichender Weise möglich wäre. Nur die Behelfe, die zu provisorischen Wund- und Schienenverbänden notwendig sind, sollen reichlich und in tadellosem Zustande vorhanden sein. Als Wundverband ist ausschließlich hydrophile Gaze zu verwenden, die sich leicht sterilisieren läßt. Antiseptische Zusätze sind nicht zweckmäßig. Die bisherigen schweren und unhandlichen Kästen aus massivem Holz sind als unpraktisch aufzugeben. Es ist an ihrer Stelle eine Mittelgröße, die ein Mann bequem fortbewegen kann, zu wählen. Bei größerem Bedarf sind mehrere solcher Kästen beizubringen. Ein geeignetes Material ist dünnes, wasserundurchlässiges Fournierholz, das aus drei in ihrer Hoherung sich durchkreuzenden, unter einem Druck von 250 Atmosphären mit Kasein zusammengeklebten Lagen besteht. Die best eingerichtete Form ist die des Koffers. Der Inhalt ist ohne weiteres zu übersehen. Die Rettungsapparate sollen nicht nur auf den Stationen vorhanden sein, sondern auch, wie dies in Deutschland der Fall ist, in den Zügen mitgeführt werden. Zu diesem Behufe ist ein kleineres Modell vorgesehen, dessen Einrichtung den größeren gleich; nur daß die Quantitäten der einzelnen Einrichtungsbestandteile geringere sind. Das Gewicht dieser Kästen in leerem Zustand beträgt 2,30 Kilogramm, gefüllt 8 Kilogramm. Sie wären auch ganz gut für kleinere Stationen, Haltestellen und Lokalbahnen geeignet und könnten mit Vorteil auch außerhalb des Eisenbahnbetriebes verwendet werden.

Notizen.

Theaternachrichten. Im Hebbel-Theater geht als nächste Novität Karl Schdnerr Bauernkomödie „Erde“

in Szene. — Das Friedrich Wilhelmstädtische Schauspielhaus kündigt für Dienstag die Premiere von Erich Korns Drama „Anteros“ an. — Am nächsten Sonnabend wird im Lessing-Theater Gerhart Hauptmanns „Michael Kramer“, mit Oscar Sauer in der Rolle, aufgeführt. Dasselbe Abende bringt Ende Dezember ein neues Stück von Richard Stowronnel und Richard Wilde „Grenenburg“ heraus. — Ein neuer Welschind „Ruffi“ (Sittendrama nennt der Autor sein Stück) gelangt in Kleines Theater morgen zur Aufführung. — Erfolg bei der Erstaufführung konnten verzeichnen: „Das kalte Herz“, eine Volksoper von Robert Kanta (Düsseldorfer Stadttheater), und „Das saße Gift“, ein musikalischer Einakter von Albert Goster (Wiener Hofoper).

— Ein Denkmal für den französischen Dichter Mistral wird im nächsten Mai in Arles enthüllt werden.

— Der inneren Ausgestaltung des Rembrandt-Hauses in Amsterdam ist man nunmehr nähergetreten. Ueber die Art dieser Einrichtung gibt ein in der „Kunstchronik“ ausgedehnt veröffentlichtes Rundschreiben der Stiftung „Het Rembrandt-Huis“ nähere Auskunft. Danach soll das Haus, in dem der Meister von 1639 bis 1668 wohnte und arbeitete, unter strenger Beobachtung alles dessen eingerichtet werden, was über seine Einstellung zu Lebzeiten Rembrandts bekannt ist.

— Die Stadt Florenz beabsichtigt eine moderne Gemäldesammlung zu gründen; sie soll im städtischen Hause in den Casinen untergebracht werden.

— Die neue Island-Expedition von Dr. Kläber, die in diesem Sommer unternommen wurde, hat, wie Hans Spethmann im „Globe“ mitteilt, wertvolle Ergebnisse gehabt. Die Route verlief von Esbjord zunächst nach Seddisjord an der Ostküste, von wo aus mit einem Klaffenampfer nach Akurechi gefahren wurde. Von dort aus wurde die große Thingenjarshola in mittleren Nordisland in einem dichten Waldgebiet von Wegen bewiesen.

hofen schon bitten, in meine Worte keinen Zweifel zu setzen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Borgmann: Der Form nach existieren die Schulpatrone nicht mehr, in Wahrheit aber sind sie doch vorhanden und wirken in derselben Weise wie vorher. (Lachen rechts. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es folgt die erste Beratung des Pfarrerbesoldungsgesetzes.

Abg. Winkler (L.) stimmt der Vorlage zu. Einzelne Wünsche Wünten in der Kommission zur Sprache gebracht werden.

Abg. Dr. Parsch (Z.): Unsere Geistlichen sind nicht Diener des Staates, sondern Diener der Kirche. Durch die Säkularisation sind jedoch der Kirche die Mittel genommen worden, in ausreichender Weise für die Geistlichen zu sorgen. Es befiugt daher zum mindesten ein moralischer Anspruch der Kirche an den Staat, sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gegenüber den Geistlichen zu unterstützen. Mit dem vorliegenden Entwurf können wir im allgemeinen einverstanden sein, wenn es auch nicht zu einer Gleichstellung der evangelischen und katholischen Geistlichen gekommen ist. Entschieden müssen wir dagegen die Bestimmungen ablehnen, wonach die Geistlichen in den Ostmarken widerrufliche Zulagen bekommen sollen. (Bravo! im Zentrum.)

Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Freitag 10 Uhr vertagt. (Außerdem: Steuergesetze und Mantelgesetz.)

Schluss: 1/4 Uhr.

Die Reform der Arbeiterversicherung.

Am 27. Okt. 1903 fand in dem großen Saale der ständigen Ausschussung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg unter dem Vorsitz des Staatsministers v. Bethmann-Hollweg und im Beisein einer sehr großen Zahl Regierungsvertreter eine Konferenz zur Beratung über die Reform der Unfall- und Invalidenversicherung statt.

Als Vertreter der beteiligten Reichs- und Bundesregierungen waren anwesend: Vom Reichsamt des Innern; der Unterstaatssekretär Wermuth, Ministerialdirektor Caspar, sowie die Geheimen Oberregierungsräte Dr. Wuermling, Spielhagen, Dr. Beckmann, Faust, Dr. Laß, Dr. Paehler und Verwaltungsgeordneter Dr. Wiedfeld; das Reichsmarineamt war durch zwei, das Reichspostamt durch einen Vertreter zur Stelle. Das Reichsversicherungsamt hatte seinen Präsidenten Dr. Kaufmann und die Geheimräte und Senatsvorsitzenden Wesseler, Witowski, Stolzmann, Hanow u. a. entsendet. Aus dem preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe war unter anderem der durch seine reaktionären Vorschläge zur Abänderung und Verschärfung des Krankenversicherungsgesetzes bekannte Geheimrat Dr. Hoffmann erschienen.

Von den beteiligten Landesversicherungsanstalten, den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, den Aufsichtsbehörden, den Landesversicherungsämtern und den Betriebs- und Ortskrankenkassen waren rund 70 Personen zu verzeichnen, darunter auch als Arbeitervertreter die Parteigenossen Frähdorf, Gutheit, Müller, Simanowski, Stägelmaier, Keller, Döbler, Wendler.

Zu seiner einleitenden Ansprache hob v. Bethmann-Hollweg hervor, daß die Erfahrung bei der Durchführung der bisherigen Arbeiterversicherungsgesetzgebung die Notwendigkeit einer etwas eingehenderen Reform ergeben hat. Der organische Zusammenhang der Arbeiterversicherung sei nicht mehr übersichtlich genug. Auch die Arbeiter, für welche doch die Versicherung geschaffen sei, haben wiederholt hierüber Klage geführt. Es müßte daher ein engerer, einheitlicher, organischer Zusammenhang und Unterbau für die Arbeiterversicherung geschaffen werden.

Es lagen den Versammelten eine Reihe Leitfäden vor, aus welchen folgende Hauptfragen hervorgehoben werden mögen:

- Wie ist der gemeinsame örtliche Unterbau (das „Versicherungsamt“) zu gestalten?
- Welche Aufgaben sind dem „Versicherungsamt“ zuzuwenden?
- Wie ist die mittlere Instanz (das „Oberversicherungsamt“) zu gestalten?
- Empfiehlt es sich, dem Ober-Versicherungsamt einen Teil derjenigen Verwaltungsaufgaben zu übertragen, für die gegenwärtig das Reichsversicherungsamt zuständig ist?
- Wie kann bei rechtlich erzwingbaren Ansprüchen der Versicherten unter Wahrung des Rechtes des Versicherungsträgers, zu solchen Ansprüchen an sein Vermögen zunächst selbständige Stellung zu nehmen, dem Akte der Rentenfestsetzung mehr als bisher der Charakter einer wirklichen ersten Instanz gegeben werden?
- Wie ist der Instanzenzug für das Rentenfestsetzungsverfahren zu gestalten?

Die letzte Frage ist für die Arbeiter eine der wichtigsten. Seit länger als 15 Jahren fordert die Arbeiterklasse, und dieses wurde auch auf dieser Konferenz ganz besonders betont, daß sie bei den Rentensetzungen und Rentenzuziehungen mitwirke. Aber die Berufsgenossenschaften bezeichnen diese Forderung der Arbeiter als eine Annäherung und eine Ungerechtigkeit und behaupten, dadurch werde ihnen ihre Selbstverwaltung genommen. Diese Frage nahm die meiste Zeit des Tages in Anspruch. Die berühmten Scharfmacher zogen gegen die Forderung der versicherten Arbeiter mit Vehemenz zu Felde.

Den Meisten eröffnete hierbei der auf diesem Gebiete rühmlich bekannte Anwalt Felsch, der da behauptete, daß ein neuer Unterbau für die Berufsgenossenschaften nicht nötig sei. Wenn sich dieses vielleicht für die Kranken-, Invaliden- und der zukünftigen Witwen- und Waisenversicherung als notwendig erweise, so habe er nichts dagegen einzuwenden, wenn dort ein einheitlicher organischer Zusammenhang hergestellt werde. Bei den Berufsgenossenschaften erübrige es sich aber durchaus. Es würden durch die organische Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung auch größere Kosten entstehen. Die Berufsgenossenschaften dürften aber nicht noch mehr belastet werden. Es müßten dann die Arbeiter die Mehrkosten tragen, welche hierzu auch in der Lage sind, da nach einer von seiner Berufsgenossenschaft aufgenommenen Statistik ein sehr großer Teil der Versicherten bedeutend höher im Einkommen stehen als die Arbeitgeber!

Dann rief der Sozialistenführer, Rittergutsbesitzer Freiherr v. Thüngen, eine schneidige Attacke gegen die Regierung und die Sozialdemokratie. Er malte das rote Wespen an die Wand. Die Regierung sei zu ängstlich vor der Sozialdemokratie und gebe derselben viel zu viel nach, sie trage sehr viel dazu bei, daß die Sozialdemokratie immer mehr ans Ruder komme. Er stehe auf dem Standpunkt von Felsch und ist der Ansicht, daß, wenn die Arbeiter mitreden wollen, sie auch mitreden müssen. Der Regierung rufe er aber zu, man soll die Mittel nicht schlachten, die die goldenen Eier legt.

Zu gleichem Sinne sprachen noch als Vertreter von Berufsgenossenschaften u. a. die Herren Wenzel für die Chemische, Popelius von der Glas-, Krabler von der Knappschaf-Verfälschungsgenossenschaft.

Die Forderungen der Versicherten wurden von den oben genannten Arbeitervertretern eingehend begründet und verteidigt.

Es wurde dargelegt, daß im dringenden Interesse der Versicherten liegt: eine Vereinheitlichung und Verschmelzung der gesamten Arbeiterversicherung, die Ausdehnung

der Versicherung auf das gesamte Handwerk, die Erhöhung der Versicherungsgrenze, die Einsetzung von Kommissions- zur Festsetzung der Renten, sowie einheitliche Ueberwachungs- und Rechtsprechungsgesetze mit dem Reichsversicherungsamt als Rechtsinstanz an der Spitze, unter gleichmäßiger Befolgung und Mitwirkung der Arbeitgeber und der Versicherten.

Aber nicht nur die Vertreter der Berufsgenossenschaften, sondern auch einige Vorstehende von Landesversicherungsanstalten wollten von einer derartigen Vereinheitlichung und Reform der Arbeiterversicherung nichts wissen. Man darf sagen, daß jeder dieser Herren, die das Wort ergriffen, die Reform der Arbeiterversicherung in einem anderen Sinne wünschte.

Der Minister von Bethmann-Hollweg wies nun darauf hin, daß, falls ein einheitlicher Unterbau in Form von Versicherungsämtern geschaffen werde, diese über den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde hinaus sich auf größere wirtschaftliche Gebiete erstrecken müßten. Die Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten sollten hierdurch aber nicht degradiert werden. Die Rentenfestsetzung soll von Arbeitgebern und Versicherten der Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten gemeinsam unter Vorsitz eines Unparteiischen stattfinden. Das würde von sehr hohem politischen Wert sein. Wenn etwas einheitlich Gutes geschaffen werden soll, dürften die einzelnen Parteien auch nicht davor zurückschrecken, von ihrer bisherigen umfangreichen Tätigkeit etwas abzulassen.

Seitens der Scharfmacher wurde eine Verschlechterung der Rechtsprechung nach altem Recht angeregt. Es solle das Reichsversicherungsamt nur für höhere Renten Rechtsinstanz sein. In den Fällen, in denen es sich um Renten bis zu 20 Proz. handelt, solle das Oberversicherungsamt endgültig entscheiden. Auch brauchte das Reichsversicherungsamt nicht mehr in der Befolgung von sieben, sondern von nur fünf Personen entscheiden. Ferner sollte im Gesetz vorgesehen werden, daß beim Prozeß um die Rente die verlorene Partei die Kosten des Verfahrens zu tragen habe u. a. m.

Die Debatte über diesen Verschlechterungsvorschlag zog sich bis abends 7 Uhr hin. Die Scharfmacher der Berufsgenossenschaften beharrten starrköpfig auf ihrem bisherigen verflissenen Herrenstandpunkt.

Die Arbeitervertreter, welche an dieser Beratung teilgenommen haben, haben sie sehr enttäuscht und unbefriedigt verlassen. Ihnen ist von neuem die Ueberzeugung aufgebrochen, daß auf gutlichem Wege vom Unternehmertum nichts zu erreichen ist.

Es bleibt abzuwarten, welche Art Gesetzesvorlage die Regierung bringen wird. Wird sie sich geduldig den Wünschen des Unternehmertums beugen oder eine Vorlage anarbeiten die endlich den vollberechtigten, durchaus ausführbaren Wünschen der Arbeiter entgegenkommt? Die Arbeiterklasse hat alle Ursache, jetzt mehr als je gegen die Regierung der Unternehmerklasse auf der Hut zu sein.

Arbeiterinnenchutz in der Gewerbeordnungs-novelle.

Die Reichstagskommission zur Beratung der Gewerbeordnungs-novelle legte gestern ihre Beratungen über das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause für die Arbeiterinnen fort. Abg. Hise (Z.) schlug zur Regelung dieser Frage einen neuen § 137a vor, der prinzipiell die Mitgabe von Arbeit für unzulässig erklärt, sie aber in dem Umfange zuläßt, in welchem Durchschnittsarbeiter die Arbeit voraussichtlich in dem Betriebe während des Restes der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit herstellen würden (vorausgesetzt also, daß sie in der Fabrik nicht die volle gesetzlich zulässige Arbeitszeit verbraucht haben). Zur Durchführung der Bestimmungen soll die Polizeibehörde auf Antrag des Gewerbeaufsichtsbeamten Verfügungen für die einzelnen Betriebe treffen können. Für die Zuwiderhandlung gegen die zugelassenen Ausnahmefälle soll eine Strafe überhaupt nicht erfolgen. Genosse Stadthagen erklärte diesen Antrag Hise für gänzlich ungenügend. Insehr Antrag: „Als Arbeitszeit gilt auch die Zeit, die zur Herstellung solcher gewerblichen Arbeit erforderlich ist, welche von den Arbeitern außerhalb der Betriebsstätten für den Arbeitgeber zu verrichten ist“, ergebe klar und deutlich den Zweck, der verfolgt werden sollte. Die Befugnis, die der Antrag Hise der Polizei übertragen wolle, werde diese schon deshalb nicht ausfüllen können, weil sie gar nicht die erforderlichen Kenntnisse besitze. Höchstens die Gewerbeinspektion könne diese Aufgaben übernehmen. Ein weiterer Fehler des Antrages Hise sei, daß die Polizei in den einzelnen Bezirken einen ganz verschiedenen weitgehenden Gebrauch von ihren Befugnissen machen könne; es sei daher eine große Ungleichheit in der Durchführung der Bestimmungen vorzusehen. Nur damit keine Lücke entstehe, würden unsere Genossen dem Antrage Hise eventuell zustimmen, falls der weitergehende sozialdemokratische keine Zustimmung finde. Den gleichen Standpunkt vertrat Genosse Wollensbaur, der eingehend nachwies, wie wenig die Polizei schon jetzt von den Befugnissen Gebrauch macht, die ihr die Gewerbeordnung zum Zweck des Arbeiterschutzes gegeben hat. Abg. Trimborn (Z.) verteidigte den Zentrumsantrag: Der Gesetzgeber müsse auch Vorzüge dafür treffen, die Uebertretung der Bestimmungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen und Jugendlichen zu verhindern. Deshalb müsse der Möglichkeit vorgebeugt werden, übermäßig viel Arbeit nach Hause mitzugeben. So weit aber die gesetzliche Arbeitszeit noch nicht erschöpft sei, könne die häusliche Arbeit auch nicht verboten werden. Abg. Schmidt-Altenburg (L.) griff den schon wiederholt angeregten Gedanken wieder auf, nicht die tägliche Arbeitszeit, sondern die zulässige wöchentliche Arbeitszeit der Berechnung zu Grunde zu legen. Ein Antrag Wang (fr. Vv.) will die Mitnahme von Arbeit nach Hause bei regelmäßiger Beschäftigungsdauer in der Fabrik verbieten. Bei gekürzter Arbeitszeit in der Fabrik könne so viel Arbeit nach Hause mitgegeben werden, als in der regelmäßigen Arbeitszeit in der Fabrik hätte erledigt werden können. Gegenüber dem Rationalisten, die allerdings Bedenken gegen das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause äußerten, berief sich Abgeordneter Hise (Z.) sehr energisch auf die früheren Anträge des Abgeordneten Hehl zu Herrnsheim, der stets nachdrücklich die Forderung vertreten habe, daß die Mitgabe von Arbeit nach Hause für Fabrikarbeiterinnen verboten werden müsse. Vor der Abstimmung wurden an dem Antrag Hise verschiedene Änderungen vorgenommen und dann der Antrag in seinen wesentlichsten Abschnitten einstimmig in folgender Fassung angenommen:

„Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern darf für die Tage, an welchen sie in dem Betriebe die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch beschäftigt waren, Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebes vom Arbeitgeber überhaupt nicht übertragen oder für Rechnung Dritter überwiesen werden.“

Für die Tage, an welchen die Arbeiterinnen oder jugendlichen Arbeiter in dem Betriebe kürzere Zeit beschäftigt waren, ist diese Uebertragung oder Ueberweisung annähernd nur in dem Umfange

zulässig, in welchem Durchschnittsarbeiter ihrer Art die Arbeit voraussichtlich in dem Betriebe während des Restes der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit herstellen können, für Sonn- und Feiertage aber überhaupt nicht.

Bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Absatzes 2 kann die zuständige Polizeibehörde auf Antrag oder nach Anhörung des zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten im Wege der Verfügung für einzelne Betriebe die Uebertragung oder Ueberweisung solcher Arbeit entsprechend den Bestimmungen des Absatzes 2 beschränken oder von besonderen Bedingungen abhängig machen. Vor Erlass der Verfügung ist den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich gutachtlich zu äußern. Gegen die Verfügung der Polizeibehörde stellt dem Gewerbeunternehmer binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zu. Gegen die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde ist binnen vier Wochen die Beschwerde an die Zentralbehörde zulässig. Diese entscheidet endgültig.

Es folgte dann die Beratung des § 138a, der die Ausnahmen von den Bestimmungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen für den Fall der Arbeitsüberhäufung regelt. Dazu beantragten unsere Genossen, die sechzig Tage, an denen nach der Regierungsvorlage eine Ueberfreisetzung der Arbeitszeit zulässig ist, auf dreißig, eventuell auf vierzig Tage zu beschränken. Der Schluß der Arbeitszeit soll nach Anträgen unserer Genossen spätestens um 8, eventuell um 9 Uhr erfolgen, während die Regierungsvorlage die bisherige Bestimmung, daß die Arbeitszeit bis 9 Uhr angehebt werden kann, unberührt läßt. Ferner beantragten unsere Genossen, daß an den Ausnahmetagen höchstens elf Stunden gearbeitet werden darf und die Ruhezeit von elf Stunden eingehalten werden muß. Die Vorlage läßt hier eine Ueberfreisetzung der Arbeitszeit bis zu 12 Stunden zu und beschränkt die Ruhezeit auf zehn Stunden. Sodann soll die Befugnis der unteren Verwaltungsbehörde für Arbeiterinnen, die kein Hauswesen zu besorgen haben, die Beschäftigung an den Tagen vor den Sonn- und Feiertagen bis 8 1/2 Uhr abends zu gestatten, aufgehoben werden. In der Begründung dieser Anträge wies Genosse Stadthagen darauf hin, daß die Behörden in der Gewöhnung von Ausnahmen viel zu freigebig seien. Die vielen Ausnahmen führten dazu, den Jehnstundentag für die Arbeiterinnen überhaupt profitlos zu machen. Wenn statt bisher 40 Ausnahmetage jetzt 60 Ausnahmetage zugelassen würden, so bedeutete das eine erhebliche Verschlechterung, wenngleich die Befugnis der höheren Verwaltungsbehörden fortfällt, über 40 Tage hinaus zu gehen, die Gewerbeinspektionsberichte ergeben, daß die Ueberarbeitszeit in dem Maße nicht erforderlich ist. Ein Regierungsvertreter bekämpfte unsere Anträge und berief sich für den Regierungsvorschlag auf ein angebliches Bedürfnis der Industrie. Für das Zentrum suchte der Abgeordnete Erzberger wieder, unsere Anträge wenigstens abzuschwächen. Er schlug als Schluß der Ausnahmetage vor, 40 Ausnahmetage im Jahre genügen, die Erhöhung der Zahl auf 60 sei unndt. Auch der „freisinnige“ Wang glaubte, mit 40 Tagen auskommen zu können. Geringer hielt er eine Ausdehnung der Arbeitszeit bis zu 10 Uhr für notwendig, weil einige Gewerbe sie gebrauchten. Am arbeiterfeindlichsten benahmen sich wie stets die Rationalisten. Ihr Vertreter, Abg. Wahn, forderte mit Rücksicht auf die Textilindustrie 60 Tage. Es sei für die Industrie ein Kreuz geworden, immer so unter Polizeiaufsicht zu stehen. Nicht die Genehmigung der Ueberstunden solle nachgesucht werden müssen, sondern es solle gestattet sein, die Arbeitszeit frei zu überschreiten, nach dem Bedürfnis jedes einzelnen Unternehmers, und nur nachher der Behörde Anzeige zu machen. Genosse Stadthagen erwiderte dem Regierungsvertreter, daß schon 1891 die Regierung nur an vierzig Tagen im Jahre Ueberarbeit gestatten wollte. Um so merkwürdiger sei jetzt ihre Verleibung weitergehender Ausnahmestimmungen. Nur auf ausdrücklichen Wunsch der Industrie wurde damals der höheren Verwaltungsbehörde die Befugnis erteilt, über 40 Stunden hinaus Ueberarbeit zu gestatten. Inzwischen habe sich aber die Industrie an die gesetzliche Arbeitszeit so gewöhnt, daß die Ausnahmetage wohl eingeschränkt werden könnten. Auch die australische Gesetzgebung lasse nur 30 Ausnahmetage zu und sei damit gut angekommen.

In der Abstimmung wurde zunächst der Antrag einstimmig angenommen, daß an den Ausnahmetagen die Arbeitszeit spätestens um 9 Uhr abends beendet sein muß. Die zulässige Dauer der Arbeitszeit an den Ausnahmetagen wurde jedoch auf 12 Stunden verlängert, die Mindestruhezeit soll nach wie vor 11 Stunden dauern. Die Zahl der Tage im Jahre, an denen von der unteren Verwaltungsbehörde Ausnahmen gestattet werden dürfen, wurde nach dem Eventualantrage unserer Genossen mit 13 gegen 8 Stimmen auf 40 Tage festgesetzt. Ausnahme fand auch ein weiterer Antrag unserer Partei, für den Fall, daß am Sonnabend Ueberarbeit gestattet sei, Sonntagsarbeit nicht zuzulassen. Alle übrigen Anträge waren dadurch erledigt. Die Beratung der Novelle wird heute fortgesetzt.

Aus der Partei.

Die Budgetbewilligung und unser Programm.

Der „Vorwärts“ vom 29. Oktober berichtet über eine Versammlung im 2. Wahlkreis, in der über unser Programm diskutiert wurde. Es heißt da:

„Genosse Rapp warf die Frage auf, wieso die Frage der Budgetbewilligung eine grundsätzliche Frage des Programms sei. In den Erörterungen Schoenlant-Rausch zur Forderung „Jährliche Steuerbewilligung“ (zweiter Programmpunkt) sei ausdrücklich gesagt, daß einer vollständigen Regierung Zug um Zug die Mittel zu bewilligen seien. Das stehe mit der Resolution des Parteitages in Widerspruch. — In der Diskussion wurde von mehreren Genossen darauf Bezug genommen. Genosse Werner verwies darauf, daß ein sozialdemokratischer Grundsatz durchaus nicht wörtlich im Programm stehen drünke. Die grundsätzliche Ablehnung des Budgets entspreche unserer grundsätzlichen Stellung gegenüber kapitalistischen Regierungen.“

Weder in unserem Programm noch in dessen Erörterungen durch Schoenlant steht ein Wort, das mit der Resolution des Räteberger Parteitages unvereinbar wäre. Schoenlant sagt in unserer gemeinsamen Broschüre über „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“, Seite 37:

„Zum Regieren so gut wie zum Kriegsführen gehört Geld, Geld und nochmals Geld. Wie es regiert sein will, darüber verfährt das Volk; aber seine Verfügungsfreiheit ist ihm geraubt, öffnet es anderen ohne Kontrolle seine Taschen. Den Daumen auf den Beutel, das ist die Lösung jeder Forderung. Uebernahme der Lasten nur auf ein Steuerjahr, keine neuen Steuern ohne dringenden Bedarf, Steuerbewilligung und gute, d. h. vollständige Regierung Zug um Zug. Die jährliche Steuerbewilligung ist ein wirtschaftliches Nacdmittel, das unangreifbar ist und unfehlbar wirkt, wenn hinter ihm das arbeitende Volk steht, zielbewußt und auf die Entlohnung seines Rechtsmittels als Trumpf lehend die schlagfertige Abwehr.“

Hier wird deutlich gesagt, einmal, daß die Budgetbewilligung keine leere Formalität ist, sondern ein „Wachtmittel“, dann, daß das Budget nicht bloß nach seinen Einzelpositionen zu beurteilen ist, ohne Hinblick auf die Regierung, sondern

daß es jeder Regierung verteidigt werden muß, die nicht eine „gute, d. h. vollständige“ ist. Also mit anderen Worten, daß die Budgetbewilligung ein Vertrauensvotum darstellt.

Das entspricht vollkommen der Münchener Resolution, die besagt, daß jeder „gegnerischen Regierung“ das Staatsbudget zu verteidigen ist. Ein Widerspruch läge nur dann vor, wenn wir gegnerische Regierungen für gute und vollständige hielten.

R. KAUSCH.

Die genaugeführte Polizei zu Hannover.

Hannover, 29. Oktober.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Einen neuen launigen Streich spielten die hannoverschen Genossen der Polizei. Als diese wieder in der Wahlvereinsversammlung erschienen, wurde diese geschlossen. Die Genossen zogen in zerstreuten Gruppen auf Umwegen zu einem anderen Lokal und erledigten die Tagesordnung. Die Versammlung wurde gerade geschlossen, als unter fürchterlicher Heiterkeit der Versammlung zu spät die überzumpelte Polizei erschien.

Parteiliteratur.

Im Verlage von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen:

Volkswirtschaftliche Grundbegriffe mit besonderer Berücksichtigung der ökonomischen Grundlehren von Karl Marx. Als Leitfaden für Unterrichtskurse von Dr. Hermann Dunder. 60 Seiten. Preis gut gebunden 40 Pf.

Ueber die Gründe, die ihn zur Abfassung des Leitfadens veranlaßten, schreibt der Verfasser in seinem Vorwort unter anderem folgendes: „Mehrere teilten mir meine Hörer und Schüler den Wunsch mit, ein Vahlein zu besitzen, das den Gedankengang der acht Vorträge meines Unterrichtsurses „Volkswirtschaftliche Grundbegriffe“ wiedergibt und sie gleichzeitig in den Stand setze, an der Hand wichtiger Zitate und Hinweise das Gehörte privatim oder in kleineren Vese- und Diskussionsclubs — zu denen erfreulicherweise vielerorts die Schüler zusammengetreten sind — zu befestigen und zu ergänzen. Die meinen Schülern möchte das Vahlein auch den Benutzern ähnlicher Kurse kurzgefaßtes Material und einige Fingerzeige geben.“

Im Strom der Zeit, Gedichte von Ernst Freygang. 168 S. Preis gut kartoniert 1,50 M., elegant gebunden 2 M.

Der in weiten Parteilreisen bekannte Genosse Freygang gibt unter obigem Titel zum erstenmal eine Sammlung Gedichte heraus; es sind sorgfältig gewählte Ergänzungen seiner Muse, vorzugsweise Lyrik und rein lyrische Gedichte, die in fünf Abteilungen gegliedert sind: Soziale Gedichte — Aus Natur und Wanderlust — Liebe — Lieber vom Meer — Vermischte Gedichte.

Gedenkfeyer für einen Genossen.

Rom, 27. Oktober. (Fig. Ver.) Am 25. d. M. hat die sozialistische Stadtverwaltung von Borgo San Domino einen Gedenkstein am Rathaus eingeweiht, zum Andenken an den Genossen Dr. Luigi Rusini, einen der ältesten Vorkämpfer der Sozialismus in Italien.

Luigi Rusini hat als Republikaner begonnen und unter Garibaldi bei der Villa Clori, Mentana und Dijon gekämpft. Seine soziale Erfahrungen als Landarzt und die Enttäuschungen, die die italienische Einigung brachten, führten ihn zum Sozialismus. Im Jahre 1884 wurde er zum erstenmal von den Landarbeitern des Tiefsands von Parma in das Parlament gewählt, wo er mit den Genossen Costa und Bussardi die Parteilinie bildete. Im Jahre 1889, als er den Wahlkreis von Imola vertrat, legte er sein Mandat zugunsten Andrea Cossas, der im Gefängnis war, nieder. Rusini ist sehr arm gestorben, nachdem er zweimal mit nicht unbedeutendem Vermögen, das er als Arzt erworben hatte, aus Amerika zurückgekehrt war. Seine Patienten unter dem Landvolk von Parma wissen, wo das „amerikanische Geld“ unseres Genossen sein Ende fand.

Personalien. An Stelle des zum Zentralarbeitersekretariat in Berlin abgehenden Genossen R. Wiesel wählte das Gewerkschafts-kartell zu Lübeck den Genossen Fritz Mehrlein — Breslau zum Arbeitersekretär.

Soziales.

Blutergiftungen.

Das Arbeiten mit Bleistoffen, Bleiweiß und anderen bleihaltigen Farben, Anstrichmitteln, Glasuren, zieht vielfach schwere Gesundheitsschädigungen nach sich. Darauf ist von uns wiederholt hingewiesen und dargelegt, daß die zum Schutz gegen diese Gefahr angeordneten Vorsorge-maßnahmen vielfach ungenügend sind, oft aber auch diese nicht einmal befolgt werden. Es muß dringend verlangt werden, daß die Verwendung von Blei- und Bleisulfid, wo sie durch andere Stoffe ersetzt werden können, ganz verboten werden. Anderwärts, z. B. in Oesterreich und der Schweiz bestehen schon mehrfach solche Verbote.

Blei- und bleihaltige Stoffe und Farben rufen aber nicht nur bei der Verarbeitung, sondern auch bei Benutzung von mit ihnen hergestellten Verbrauchsgegenständen Blutergiftung hervor. Solche Fälle sind durchaus nicht selten. Wir wollen heute nur auf einige wenige Vergiftungsfälle dieser Art hinweisen. Medizinalrat Dr. Becker in Hildesheim berichtet in Nr. 11 der „Zeitschrift für Medizinalebeamte“ von 1903, daß drei Personen, Vater und zwei erwachsene Kinder, unter dem typischen Bilde der Blutergiftung erkrankten. Trotz allen Nachforschens war zunächst eine Quelle der Vergiftung nicht zu finden. Schließlich kam man auf die Vermutung, daß vielleicht die vor kurzem neu aufgestellten Tapeten bleifarbenhaltig sein könnten. Im Schlafzimmer des Sohnes, der auch am stärksten erkrankt war, wurde in der Tapete der höchste Weigehalt gefunden. Hier wurden auf einem Quadratmeter Tapete 1,4 Gramm Bleichromat oder chromsaures Blei nachgewiesen. Nach Entfernung der Tapete besserte sich das Befinden der Bewohner wieder. Die Entstehung der Vergiftung war durch Berühren der Hände mit den Händen, Versanden und Festhaften an den Kleidungsstücken zu erklären. Durch andauernde Zuführung kleiner Mengen des kumulativen Giftes war es zu den gefährlichsten Erscheinungen gekommen. Das von der Staats-anwalt-schaft gegen die Tapetenfirma eingeleitete Verfahren mußte eingestellt werden, da eine Fabrikfähigkeit bei der Herstellung der Tapeten nicht vorlag und ein Verbot der Verwendung von Bleichromat zu diesem Zwecke bisher nicht besteht. Bleichromat sollte zur Herstellung von Tapeten überhaupt nicht verwendet werden dürfen, wenn nicht durch einen Leberzug über die Farbe ein Abwaschen desselben sicher verhindert wird. Da dieser Schutz aber kaum durchgeführt werden würde, so sollte dessen Verwendung hierzu ganz verboten werden, wie dies betreffs des Schweinfurter Grün geschehen ist, das früher auch viel zur Tapetenbedruckung gebraucht wurde. Chromgelb oder Bleichromat können sehr gut durch andere unschädliche Farben ersetzt werden.

Chromgelb wird aber nicht nur zum Bedrucken von Tapeten, sondern auch zur Herstellung von Chromolithographien, Abziehbildern und dergleichen vielfach verwendet. Auf der im vorigen Jahre im Reichstage in Berlin abgehaltenen hygienischen Ausstellung war vom Reichsgesundheitsamte und vom hygienischen Institute der Universität Würzburg eine Anzahl solcher Bildchen, mit denen vielfach die Kinder spielen, und daneben die von den Kindern leicht abgelesenen Mengen von Bleichromat ausgegeben, die zum Teil recht bedeutend waren. Daraus ließ sich die Gefahr erkennen, die das Abwischen solcher Bildchen zur Folge haben kann. Diese Verwendung von Chromgelb sollte

daher gleichfalls verboten werden. Selbst das unvorsichtige Hantieren mit metallischem Blei ist nicht ungefährlich, wie folgender Fall beweist: In die chirurgische Klinik in Prag wurde ein Mann eingeliefert, bei dem man zunächst eine Darmverschlingung vermutete, bei dem aber dann Bleivergiftung festgestellt wurde. Die Ausfrage des Patienten ergab, daß er seit 10 Jahren bei der Bahn angestellt war und während der letzten fünf Jahre beinahe täglich bis 20 Waggons mit Blei-Lötlöten versehen und diese wieder abgenommen hatte. Außerdem trug er die nötigen Klomben tagsüber in seiner Rocktasche, in die er öfter seine Hand steckte, und mit der er zuweilen frühstückte, ohne sich vorher die Hände gewaschen zu haben. Eine andere Entstehungsweise der Erkrankung war nicht nachzuweisen.

Die Blutergiftungen sind bei Handwerkern, Malern usw. am häufigsten. Sie sind aber auch bei anderen Personen, wenn sie auf irgend eine Weise öfter mit Blei oder Bleipräparaten in Berührung kommen, durchaus nicht selten. Auch zur Verhütung solcher Vergiftungen sollten entsprechende behördliche Maßnahmen getroffen werden und Aufklärungen erfolgen.

Aus Industrie und Handel.

Streitlichter auf die Krise.

Die Lage hat sich nicht gebessert. Die Zurückhaltung der europäischen Exporteure hat die Kreditverhältnisse der Uebersee erschüttert, so daß der Mangel an eingehenden Rimessen zusammen mit dem abnehmenden Konsum die Geschäfte auf ein seit Jahren nicht dagewesenes Minimum beschränkte.

Südamerika. Am besten befindet sich Südbrasilien und auch Pernambuco, wo infolge besserer Zuckerpriese die Krise nicht so hart gefühlt wird; in Rio und Nordbrasilien liegt das Geschäft im argen, und Berichte von maßgebenden brasilianischen Bankhäusern veranlassen zu einer sehr pessimistischen Auffassung der dortigen Lage.

Chile. Kleine Anzeichen der Besserung zeigen sich. Es wurden einige Warenquantitäten nach Chile verschifft, doch von den vor Jahresfrist suspendierten Orders liegen noch große Quantitäten zur Verfügung der Käufer in Europa. In den übrigen Republiken hat die Lage sich nicht wesentlich geändert. Die meisten Länder leiden unter den unglücklichen Geldverhältnissen und dem Mangel einer ordentlichen Währung. In Haiti zum Beispiel ist der Kurs auf 900 Proz. gestiegen, mit anderen Worten: auf einen Dollar Gold neun Dollar Papier.

Argentinien. In den letzten Monaten sind die Zahlungseinstellungen bedeutend geringer geworden und man kann im allgemeinen dort einen frischen Zug in den Geschäften konstatieren.

Peru. Das Geschäft hat sich weiter verschlechtert und sind mehrere Zahlungseinstellungen von kleineren Firmen, die zum Teil auch direkt mit Europa arbeiten, zu verzeichnen. Es scheint einsehellen keine Aussicht auf baldige Besserung zu sein.

Indien. Das Geschäft liegt recht schwach, und wenn man auch infolge des reichlich gefallenen Monsunregens im allgemeinen eine Besserung erwartet, so wird doch noch einige Zeit vergehen müssen, bis man die Lage als nur annähernd befriedigend wird bezeichnen können. In Kalkutta wurde die Depression durch das Kalisement zweier bedeutender Manufakturfirmen verschärft; die Abnahme der vorhandenen Stocks war sehr gering.

Siam. Bangkong leidet ebenfalls unter übergroßen Vorräten. Die eigentliche Kauflation beginnt dort — ebenso wie in Indien — erst im Oktober/November.

China. Hier haben sich die Verhältnisse noch weiter verschlechtert und man beobachtet nach wie vor in der Ausführung von Orders Zurückhaltung.

Japan. Das Geschäft dort hat sich zwar etwas belebt, jedoch kann man noch lange nicht von einem befriedigenden Verkehr sprechen.

Persien. Das Geschäft hat sich seit dem letzten Berichte entschieden verschlechtert, daselbst leidet sehr stark unter den politischen Verhältnissen.

Südamerika. Es hat den Anschein, als ob das Geschäft nach Südamerika sich ein wenig bessern würde und man ist der Ansicht, daß das Exportgeschäft dort sich nun allmählich heben wird. Die von drauhen hereingekommenen Anfragen waren lebhafter und auch Abschlüsse sind etwas reger gelangt worden; in verschiedenen Artikeln, wie Porzellan, Emailwaren, Glaswaren, wurden bereits zufriedenstellende Abschlüsse gemacht, ebenso in Düngemitteln, Salz usw.

Australien. Auch nach diesem Kunde ist das Geschäft etwas besser geworden, speziell Düngemittel, Salz und Chemikalien gingen in befriedigenden Mengen, auch leere Glasflaschen wurden in großen Quantitäten exportiert. Besonders wurden gekauft Porzellanwaren, Emailwaren, Hohlglas usw.

Feindliche Liebesgabe.

Preußen befindet sich zwar im Falle, aber trotzdem ist es generös — den Preußen gegenüber! Den Auswärtigen der Wodenschätze, den Kohlenmagazinen hat Preußen die Entrichtung der Vergewerkssteuer erlassen. Die Steuer ist nicht aufgehoben, sie wird von Preußen als Vergeltung nur nicht eingefordert. Außer dem Staats haben wir in Preußen aber noch mehrere Vergeltungen: die ehemaligen Reichsumittelbaren! Diese verzichten natürlich nicht auf die Vergewerkssteuer. So hat zum Beispiel die Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft an den Herzog von Arenberg für das letzte Geschäftsjahr die Kleinigkeit von 181 745,81 M. Vergewerkssteuer zu zahlen, während andererseits die gesamte Staatssteuer (Einkommensteuer), die die Gesellschaft aufzubringen hat, sich auf nur 189 560,45 M. beläuft. So gibt es für die Hochbeden der Nation überall reichlich fließende Liebesgabenquellen.

Attentat gegen die Konsumvereine.

Nach dem Entwurf des preussischen Gesellschaftssteuergesetzes sollen der Gesellschaftssteuer unterliegen die Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, Vergewerkschaften, diejenigen eingetragenen Genossenschaften deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus geht und Vereine, einschließlich eingetragener Genossenschaften, zum gemeinsamen Einlaufe von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im großen und Abmaß im kleinen, auch wenn ihr Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, sofern diese Vereinigungen in Preußen ihren Sitz haben oder Grundeigentum besitzen, oder Gewerbe- oder Handelsanlagen oder sonstige gewerbliche Betriebsstätten unterhalten.

Steuerpflichtig ist der Betriebsgewinn, der sich aus den Jahresabschlüssen ergibt, mit der Maßgabe, daß mit dem sich steigenden Betriebsgewinn der Steuerbetrag steigt von 2 Proz. bei einem Gewinn von nicht mehr als 1 Proz. bis 7,4 Proz. bei einem Betriebsgewinn von 18 Proz. und mehr. Bei den steuerpflichtigen Genossenschaften beträgt die Steuer höchstens fünf Prozent. Weiterhin sind eine Anzahl Mittelsingen in dem Entwurf enthalten, die feststellen, was als nicht steuerpflichtiger Gewinn angesehen werden soll. Es sind dadurch den Aktiengesellschaften eine nette Auswahl von Mitteln an die Hand gegeben, sich um die Steuer zu nicht unerheblichen Zeiten zu drücken. Wie will die Steuerbehörde z. B. feststellen, ob eine Kapitalerhöhung nicht den Zweck hat, das Grundkapital zu vergrößern und die Dividende künstlich niedrig zu halten? Oder will die Steuerbehörde der Wohlhabenspflege Riegel anlegen, wenn von dem Reingewinn Summen zu Unterhaltungs- oder ähnlichen Zwecken reserviert werden, natürlich unter Verwaltung der Gesellschaft, und so steuerfrei werden. Und wenn die großen Gesellschaften den Großaktionären Repräsentationskosten anweisen, die erklärlich hoch befördert werden, wie wollen man an solcher indirekten Dividende die Steuerwäude ansetzen? Die Großindustriellen scheinen die Steuer ansetzend auch wenig zu fürchten. Trotzdem reizt die Frage: weshalb greift die Regierung nur diese eine Form des Kapitals an und läßt das übrige ungehört? Daß die Regierung dies nicht un-

überlegt und zufällig getan hat, erfleht man daraus, daß die agrarischen Kredit- und Darlehensgenossenschaften, die Raiffeisen-genossenschaften usw. durch die Gesellschaftssteuer nicht mit betroffen werden. Dagegen gehören die Konsumgenossenschaften, welche sich die Arbeiter geschaffen haben, mit zu den Genossenschaften, die der Besteuerung unterliegen. Für die Konsumvereine sind in der Begründung des Gewinn für das laufende Jahr auf Grund der Einkommensteuererklärung 12 Millionen angegeben. Da für sie im Höchstfall bei 5 bis 6 Proz. Gewinn 5 Proz. als Steuer erhoben werden kann, die Konsumgenossenschaften in ihrer überwiegenden Mehrheit eine Dividende von 5 bis 6 Proz. zahlen, so kommt auf sie eine Summe von 600 000 M. Gesellschaftssteuer. Die Berliner Konsumgenossenschaft zahlt für das abgelaufene Geschäftsjahr bei ungefähr 62 000 M. Gewinn 5 Proz. Dividende, sie müßte circa 3100 M. an Steuer entrichten!

Lage verschlechtert.

In der Generalversammlung der Aktiengesellschaft Eisen- und Stahlwerke Hösch äußerte die Verwaltung sich über die Lage der Industrie wie folgt: Die Verhältnisse haben sich auf dem Eisenmarkt seit Erstattung unseres Berichtes nicht gebessert. Im Gegenteil kann man eher von einer Verschlechterung reden, da infolge der Kündigung des Rohisenhandels und angesichts der immer noch zweifelhaften politischen Lage die Käufer sich die äußerste Zurückhaltung auferlegen. Hieraus sind weitere Preisrückgänge eingetreten, da die Werke darauf bedacht sind, sich Arbeit für den Winter zu sichern. Ebenso wie zur Zeit der aufsteigenden Konjunktur die Preise der im freien Verkehr gehandelten Produkte B denen der vom Stahlwerkverbände veräußerten Produkte A voranziehen, sind die Preise der Produkte B jetzt im raschen Tempo gefallen und nehmen gegenwärtig einen Stand ein, der die Selbstkosten vielfach nicht erreicht.

Bodenwucher.

Ueber große Terrainkäufe in der Gegend hinter Spandau wird berichtet:

Neuerdings sind ausgedehnte Ländereien der Dörfer Staaken und Falkenhagen aus den Händen bäuerlicher Besitzer in das Eigentum von Kapitalisten aus Berlin übergegangen. Wärdhäuser, die vor mehreren Jahren noch 800—400 M. für den Morgen kosteten, sind mit 2000—4000 M. bezahlt worden; verschiedenes Besitz haben 100 000 M. und darüber erhalten. Mehrere Wirtschaften stellen infolge des Verkaufs der Ländereien ihren Betrieb ein, und die Inhaber sehen sich zur Ruhe.

Was haben die Besitzer geleistet, daß sie plötzlich Rentner werden können? Nichts! Der Reichtum, der ihnen nun in den Schoß fällt, der manchen von ihnen und deren Nachkommen ein arbeitsloses und dabei sorgenfreies Leben garantiert, sowie auch die Gewinne, die die jetzigen Käufer nachher einstreichen, müssen von denen bezahlt werden, die das Land später für Wohnungen in Anspruch nehmen.

Gerichts-Zeitung.

Ist eine Blumenauflösung an Sonntagen zulässig?

Wir berichteten neulich (Nr. 28) über eine Kammergerichtsentcheidung, wonach das Auswärtsgehen von Blumen- und Taschentuchhändlern (das in zwei Sommerlokalen vorgenommen worden war) als Lustbarkeit gemäß § 106i der Gewerbeordnung anzusehen sei und deshalb nicht unter die Bestimmungen über die Sonntagsruhe falle. Jetzt hatte sich das Kammergericht mit einem ähnlichen Streitfall zu beschäftigen. Dabei stand aber im Vordergrund die Frage, ob die Blumenverlosung in einem großen Gartenrestaurant nicht auch als Teil des Schankwirtschaftsgewerbes gelten und schon deshalb unter § 106i der Gewerbeordnung fallen könne. Im Reinhardtischen Gartenlokal hatte der Angeklagte Freitag einen Stand gepachtet, von dem aus er in der bekannten Weise Blumen verlorste. Das Geschäft natürlich vor allem an den Feiertagen und an Sonntagmorgens. Er wurde deshalb auf Grund des § 105b Absatz 3 der Gewerbeordnung und der Polizeivorschriften über den Sonntagsruhe der offenen Verkaufsstellen angeklagt. Das Landgericht verurteilte ihn auch. Das Kammergericht gab jedoch am 26. Oktober der Revision halt und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Indem § 106i der Gewerbeordnung das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe von der Anwendung der Sonntagsbestimmungen des § 105a Abs. 1 und der §§ 105b bis 105g befreit, gelte er auch zugunsten des Gastwirts, wenn dieser ein zum Schankwirtschaftsgewerbe gehöriges Nebengewerbe nicht selbst ausübe, sondern durch andere ausüben lasse. Es sei deshalb zu prüfen, ob diese Art des Blumenverkaufs (Verlosung) in einem öffentlichen Garten, die der Pächter Freitag ausübte, als Teil des Schankwirtschaftsbetriebes anzusehen sei. Maßgebend seien die Umstände des Falles, hier die des Berliner Verkehrs. Eine solche Blumenverlosung sei aber in Berliner Restaurants üblich. Schon deshalb solle Angeklagter unter § 106i der Gewerbeordnung und sei straflos. Es komme darum hier nicht mehr darauf an, zu untersuchen, ob die Blumenverlosung als Lustbarkeit anzusehen sei und wiederum durch § 106i gedeckt werde, was wahrscheinlich sei.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 2. November, 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses: Vortrag. Dr. Leopold Hirshberg: „Das deutsche Volksthum“. Mit instrumentalen und gesanglichen Erläuterungen. Gäste, besonders auch Jugendliche, willkommen. Jugendabteilung. Sonntag, den 1. November, abends 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15: Vorlesung. Nachdem gefälliges Beisammensein.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sachkunde Ander Lindenstraße Nr. 3, Weißen Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1. Stockwerk, 7 Uhr wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Jeden Freitag ist ein Besuchs- und ein Zahl als Briefkasten betriebligen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Veranstaltung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte fragen Sie was in der Sachkunde vor.

Adam und Eva. 1. Reklamieren Sie und teilen Sie der Kirchengemeinde mit, wann und bei welchem Gericht Sie auftreten sind. 2. Das genügt nicht. 3. Warten Sie den Verlust einer Privatbesitzveräußerung ab und erhalten Sie erst. Strafanzüge. — V. 2. 27. 1. 2. 2. Reim. — V. 2. Der Gegenstand ist dem Reichstage noch nicht vorgelegt. Im übrigen werden Sie sich an die Reichstagsaktion. — V. 2. 28. 1. Da Sie im Jahre 1907 aus der Kirche ausgestiegen sind, haben Sie nur die bis zum Schluß des Jahres 1908 fällige Kirchensteuer zu zahlen, nicht aber die auf das erste Quartal 1909 entfallende Rate. — Zeitschrift. Die Gerichtsurteile lauten verschieden. Das Reichsgericht hat je nach der Feststellung des Landgerichts, ob eine besondere Geschäftsfähigkeit ein wesentliches Merkmal der Person ist, freisprechende und verurteilende Erkenntnisse bestätigt. Uebereinstimmend wird angenommen, daß die Aufhebung von sogenannten Jigaren- und Selbstautomaten als verbotenes Glücksspiel zu betrachten ist. — S. 2. 76. Das ist möglich, jedenfalls machen Sie den Versuch. — S. 2. 360. Da. — V. 2. 5. 1. Die vorgelegte Urkunde erteilt in der Regel keine solche Urkunde. Ansonsten die Rechte aus dem Verlöbnißvertrag gehen, ist ohne Einfluß in denselben nicht zu dramatisieren. — V. 2. 90. Der Gehalt ist in Recht. — V. 2. 275. Nach der Kündigung eines dauernden Arbeitsverhältnisses hat der Arbeitgeber auf Verlangen angemessene Zeit zum Auffuchen eines anderen Arbeitsverhältnisses zu gewähren. Ein Vertrag vom Lohn findet nicht statt. Kommt eine Vereinbarung über die Frage der Ungemeinheit nicht zustande, so entscheidet auf Wunsch das Gericht.

Preiswerte, warme
Knaben-Kleidung



Marineblaue Anzüge v. M. **2²⁵**
Kammgarnart. Anzüge v. M. **5⁵⁰**
Loden-Joppen gefüttert v. M. **3⁷⁵**
Blaue Pyjacks . . . von M. **4²⁵**
Winter-Paletots . . . von M. **5⁵⁰**
Loden-Pelerinen . . . von M. **5⁵⁰**
Beinkleider 90 P. | Blaue Leibchenhosen gestärkt M. 1⁷⁰ | Farbige Blusen M. 1⁰⁰

Rodler-Jacken, Rodler-Mützen, Rodler-Schals und Handschuhe sehr billig

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestraße 29/30 ■ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20
Der Hauptkatalog No. 32 (Neueste Knaben-Moden) auf Wunsch kostenlos u. portofrei.

Um vielseitigen Wünschen Rechnung zu tragen, werden die allgemein beliebten VERA-CIGARETTEN neuerdings auch mit Mundstück hergestellt.

JOSETTI VERA

m. Mundstück
CIGARETTEN

enthalten dieselbe köstliche Mischung wie Vera ohne Mundstück, die stets bei allen urteilsfähigen Rauchern in bestem Ruf gestanden.

Joseppi-Vera m/M.
10 St. 30 Pfg.

Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!
Die bestsortierte und billigste **Einkaufsquelle**
in Zigaretten, Zigarren und Tabaken
sämtlicher eingeführter Fabrikate ist
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 18, Keibelstr. 20, Alexanderplatz.
Telefon: Amt VII, 4730.

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung daß ich im Hause
Schönleinstr. 34 ein Zigarrengeschäft
eröffnet habe. Um gütigen Zuspruch bitte
Fritz Schwemke.

Partei-Expeditionen:

- Zentrum I: Fritz Finke, Bauerstr. 89.
Zentrum II: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, Ost: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Postbureau.
Süd und Südwest: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Brinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengel, Räderdorferstr. 8, am Räderplatz. — Wilhelm Rann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufingerplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Buch, Immanuelstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Weihe, Bagatellstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Kaste, Kiderstr. 32, Eingang Anflamerstraße.
Gesundbrunn: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Vodenstr. 123.
Alt-Glienke: Wilhelm Dürr, Rudowstr. 83 II.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Selenheimerstraße 1, Ecke Gieselerstraße, Laden.
Wilmersdorf-Halensee: Tillie, Eglaringsstr. 5.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seidel, Strompferingstraße 4, I.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
Grünau: Franz Klein, Bahnhofstr. 6 III.
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeiffer, Bohnsdorf, Gensersdorfstr. 10.
Rixdorf: R. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Gurostraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Sämler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Tempelhofer: R. Müller, Berlinerstr. 41/42.
Ober-Schöneweide: Julius Grunow, Edisonstr. 10, I.
Nieder-Schöneweide: Sonafossig, Haffelverderstr. 8.
Johannisthal: Helde, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Adlershof: Erich Steuer, Hadenbergstr. 5, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Amtsgarten 3.
Köpenick: Friedrich Bold, Kiekerstr. 6, Laden.
Friedrichshagen: Reinhold Schmidt, Wilhelmstr. 52.
Friedenau-Sieglitz-Südende: H. Bernsee, Schloßstr. 119, Hof I, in Sieglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Sieglitz: H. Roth, Duppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Khorstr. 15a.
Mariendorf: August Leid, Chausseestr. 298, Hof.
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
Treptow: Rob. Gramann, Nießholzstraße 412, Laden.
Neu-Weißensee: Kurt Burmann, Schanstr. 105, Partee.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: V. Gursch, Ramelestr. 12, I.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Mühlstraße 10.
Pankow-Niederschönhausen: Mühlstr. 73.
Bernau-Röntgenal: Heinrich Brose, Hohenstr. 74, part.
Eichwalde, Zeuthen, Hiersdorf und Hanks Ablage: Erich Simonsmann, Eichwalde, Kaiser-Friedrich-Straße 8.
Teltow: Wilhelm Heiler, Gohelsteinweg 7.
Nowawes: Wilhelm Dappe, Pfeiferstr. 46.
Spandau: Köppen, Bagatellstr. 9.
Mahlisdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Mahldorf, Waldseeferstr. 14.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.
Bitte ausschneiden. 2451*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Die allerbeste Puppe
erhält man, wie seit Jahren bekannt, in der
Puppen-Fabrik Otto Kreysig
83 Brunnenstr. 83,
Reparaturen erbitte schon jetzt, **gratis!**

Fleisch-Zentrale Groß-Berlin
Berliner Str. 1 Rixdorf Rollring
Neu eröffnet!
Nur Prima-Waren zu Marktpreisen!
Jeden Freitag abend meine bekannte frische Blut- und Lebertourist.

Goldblondes Haar
erhält jede Dame mit
Haarblondin
entwirdell beim Waschen
Sauerstoff,
d. h. die Lebenskraft aller Organismen, also auch der Haare.
Haarblondin entfernt jede Spur von Schweißablagerung, Schuppen und Schindeln, öffnet die Poren, erweitert die Kopfhaut und befördert das Wachstum der Haare. Soll Haarblondin die Haare reinigen, die Haare aber nicht verändern, so wäscht man nur 5 bis 10 Minuten. Wünscht man dagegen seinen Haaren einen helleren Farbton zu geben, so wäscht man dieselben mindestens 1/2 Stunde lang und wiederholt dies, bis der gewünschte Farbton erreicht ist.
Haarblondin macht die Haare glänzend und seidenschweich; es verhindert das Splatten und Brechen der Haare und ist garantiert unschädlich.
Zu haben in Parfüm- u. Drogerien.
Falls dort nicht zu haben, schreiben Sie nach an den Fabrikanten:
Berlin N., Reinickendorferstr. 11, 2831.
Fritz Kratz Drogenhaus, Reinickendorferstraße 119.

Zentral-Pfandleihe
Prinzenstr. 86, I. Etage.
Nach der letzten Auktion
verfallene Pfänder
Herren-Garderobe, für jede Figur dastand, Monats-Garderobe, große Sofas, Winterpaletots u. Joppen, einzelne Hosen, Betten, Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Freischwinger, Steppdecken, Tischdecken ufm.
spottbillig.
Nur Einzahlung, Fahrgehalt wird vergütet. Geöffnet bis 9 Uhr abends.
14 Tage auf Probe
versende a. meine Gefährderraffin
H. Harzer
Kanarienvogel
sowie Vogelfutter
u. Einsatz-Bauer.
Bestellungen Sie
Preisliste kostenfrei
von
**L. G. Müller, Vogelzuchterei,
Nordhausen 10 a. H.**

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, den 1. November:
1. Abt. 1 Uhr: Völkchenwerder (Strom). Start: Bölowstr. 58.
2. Abt. 1^{1/2} Uhr: Kartoffel- und Heringsstour nach Marienfelde (Oberschmidt). Start: Fontane-Broms-nabe 15.
3. Abt. 1^{1/2} Uhr: Kartoffel- und Heringsstour nach Hirschgarten. Start: Mariannenplatz.
4. Abt. 1^{1/2} Uhr: Kriedrichsbogen (Strom). Start: Rühlener Platz.
5. Abt. 1 Uhr: Räderdorfer Kalfberge (Greine). Start: Glastum.
6. Abt. 1 Uhr: Maßldorf-Eld (Hedeburg). Start: Oberberger Straße 28.
7. Abt. 2 Uhr: Nichtenrade (Deier). Start: Grenzstr. 21.
8. Abt. 2 Uhr: Spandau (Kumle). Start: Bremer Str. 44.
9. Abt. 1 Uhr: Adlershof. Start: Seilingstr. 15/16.
10. Abt. 1 Uhr: Johannisthal (Schulz). Start: Weberstr. 17.
11. Abt. Dienstag, d. 3. November, früh 8 Uhr: Oberwalde. Start: Gr. Hamburger Str. 18/19. (13/15)

Billigste Bezugsquelle für
Hygienische
Bedarfs-Artikel
Drogerie Zaremba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
Ein Versuch
führt zu dauernder Kundenschaft.

Heute abend:
Fahrt-Sitzung.
Charlottenburg.
Solide Uhren, moderner Ketten, Reparaturen an Uhren u. Goldwaren preiswert u. gut.
Friedrich Stabenow, (am Rathaus).

Begründet 1873 **Hut-Salinger** Begründet 1873
Engros Spezialhaus für Neuheiten Export
in Filzhüten, weich und steif, Zylinderhüten, Chap. claque usw.
Einzelverkauf
zu sehr billigen
u. streng festen Preisen.
Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.
Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Arbeiter-
Bekleidung — Berufskleidung.
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Haupt- Alexanderstr. 12.
Filialen: Landsberger Allee 148.
Neu eröffnet! am
Rixdorf: Bergstraße 66 Ringbahnhof.

Die „Post“ und ihre Hintermänner vor Gericht.

Im Dezember vorigen Jahres brachte die „Post“ einen Artikel, worin behauptet wurde, Genosse Richard Fischer habe als Geschäftsführer des „Vorwärts“ bei Anschaffung neuer Maschinen im Jahre 1903 Schmiegelder von den Maschinenfabrikanten erhalten und angenommen. Die Sache sei — so behauptete die „Post“ weiter — in einer Versammlung des zweiten Wahlkreises zur Sprache gekommen, Fischer habe dort die Tatsache selbst zugegeben und erklärt, es sei allgemein üblich, derartige Provisionen anzunehmen, darauf habe man ihm die Schmiegelder belassen. — Nachdem Genosse Fischer im „Vorwärts“ diese Behauptungen der „Post“ als elenden Schwindel gekennzeichnet und die Klage angeklagt hatte, wiederholte die „Post“ in einem zweiten Artikel den Anwurf gegen Fischer und setzte hinzu, die Sache sei ja in den Kreisen unserer Partei allgemein bekannt. — Mehrere Blätter druckten die unwahren Angaben der „Post“ mit Verhagen nach. — Genosse Fischer stellte Strafverfolgung bei der Staatsanwaltschaft, dieselbe lehnte aber die Verfolgung der Verleumdung ab, weil — kein öffentliches Interesse vorliege. — Fischer forderte dann im Wege der Privatklage die Redaktion der „Post“, welche den Anwurf verbreitet hatten, vor Gericht. Die Angeklagten nahmen in der Gerichtsverhandlung ihre Angaben zurück und gaben eine rückhaltlose Ehrenklärung für Fischer ab, worauf dieser die Klagen zurückzog. Nur gegen die „Post“ hielt Fischer die Klage aufrecht. Zwar war auch der angeklagte „Post“-Redakteur Petersen bereit, dem Genossen Fischer eine Ehrenklärung zu geben. Aber damit konnte sich Fischer nicht zufriedengeben, weil die „Post“ kein Blatt ist, mit dem man einen Vergleich schließen kann.

Gestern fand nun vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ein erneuter Termin statt. Obgleich der Angeklagte bereits im vorigen Termin zugegeben hatte, daß der Inhalt seiner Artikel nicht wahr ist, wollte er doch im gegenwärtigen Termin den Wahrheitsbeweis antreten. Zu diesem Zweck hatte der angeklagte „Post“-Redakteur einen umfangreichen Zeugenapparat aufgebaut, eine große Zahl von Personen, die leitende Stellen im Buchdruckerberuf und in der Partei einnehmen, sollten zugunsten der „Post“ als Zeugen auftreten. Neben Reichhäuser, Döblin, Rastin, Schliebs waren die Mitglieder der Reichskommission des „Vorwärts“, der Reinerkommission und die Firmenträger des „Vorwärts“-Geschäftes geladen. Es war eine stattliche Versammlung von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, welche die „Post“ als Zeugen vor Gericht zitiert hatte.

Den Vorsitz im Gerichtshof führte Amtsgerichtsrat Jodisch. — Der Kläger Fischer war durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine, der Beklagte Petersen durch die Rechtsanwälte Hercher und Müller vertreten. — Vor Eintritt in die Verhandlung regte der Vorsitzende einen Vergleich an. Fischer erklärte, warum er sich im vorigen Termin nicht mit dem Angeklagten verglichen habe. Rechtsanwalt Heine bemerkte: Wir sind zum Vergleich bereit, wenn und die Person genannt wird, von der die „Post“ ihre „gute Information“ hat. — Der Angeklagte lehnte es ab, seinen Gewährsmann zu nennen, und der Vorsitzende verwies darauf, daß es doch allgemein Brauch sei, daß ein angeklagter Redakteur den Verfasser des unter Anklage stehenden Artikels nicht nenne. — Rechtsanwalt Heine: Das trifft zu und ist berechtigt, soweit es sich um anständige Journalisten handelt. Hier handelt es sich aber um einen gewissenlosen Verleumder. Wenn ein solcher einen Redakteur anklagt und ihn dadurch auf die Anklagebank bringt, so ist der Redakteur durchaus berechtigt, ihn zu nennen. Das verstößt in keiner Weise gegen die Pflicht zur Wahrung des Redaktionsgeheimnisses.

Darauf trat das Gericht in die Verhandlung der Sache selbst ein. Der Angeklagte erhob

Widerklage

und stützte dieselbe auf drei Artikel des „Vorwärts“, welche in scharfen Worten gegen die Lügen der „Post“ polemisierten. Die Widerklage hätte natürlich nur dann Aussicht auf Erfolg haben können, wenn Fischer die betreffenden Artikel entweder verfaßt, veranlaßt oder sonst beeinflusst hätte. Um nach dieser Richtung Feststellungen zu machen, werden zunächst die Genossen Vebel und Singer sowie Davidsohn und Weber vernommen. Diese vier Zeugen bekundeten übereinstimmend, daß Fischer in keiner Beziehung zu den für die Widerklage herangezogenen Artikeln steht. Neben den „Post“-Artikeln spielte auch ein Artikel des

„Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker

eine erhebliche Rolle in der Verhandlung. Etwa ein Jahr vor dem Erscheinen der „Post“-Artikel brachte der „Korrespondent“ eine Notiz des Inhalts, den Maschinenmeistern des „Vorwärts“ werde schlechtes Papier geliefert und A. B. erhalte 1000 M. für guten Papierabschluß. „Ja Vater, das ist ganz was anderes“, hieß es am Schluß der Notiz. — Diese Notiz ist allgemein als eine gegen Fischer gerichtete Verleumdung aufgefaßt worden, als der Vorwurf, er laufe schlechtes Papier und erhalte dafür 1000 M. Schmiegeld vom Fabrikanten. — Fischer hat seinerzeit die in der „Korrespondent“-Notiz enthaltene Verleumdung im „Vorwärts“ mit sehr scharfen Worten gegen Urheber und Verbreiter derselben zurückgewiesen. — Fischer hat Reichhäuser nicht wegen dieser Angelegenheit verklagt, weil die Handhabe dazu fehlte, denn Fischer war nicht so deutlich in der „Korrespondent“-Notiz bezeichnet, daß er hätte klagen können.

Jetzt sagt der angeklagte „Post“-Redakteur, er habe glauben können, daß Fischer bei der Maschinenanschaffung Schmiegelder erhalten habe, denn Fischer habe ja nicht gegen den „Korrespondent“ geklagt, der ja auch den Vorwurf erhoben habe, Fischer lasse sich sämieren.

Die Beweisaufnahme hatte hiernach sowohl den Inhalt der „Korrespondent“-Notiz als auch der „Post“-Artikel zum Gegenstand. Es handelte sich also um die Feststellung, ob Fischer jemals Schmiegelder erhalten habe.

Genosse Vebel, der als erster Zeuge zu diesem Punkt vernommen wurde, sagte aus, ihm sei nichts davon bekannt, daß Fischer jemals Schmiegelder erhalten habe. Wenn das der Fall gewesen wäre, würde er, der Zeuge, als einer der Firmenträger des „Vorwärts“, sofort die Abiegung Fischers veranlaßt haben. Fischer verwarf das „Vorwärts“-Geschäft in jeder Hinsicht so gut, als ob es sein eigenes wäre. Es liege nicht der geringste Anlaß vor, an der Redlichkeit Fischers zu zweifeln. Genosse Vebel ist überzeugt, daß die Behauptung, Fischer habe Schmiegelder angenommen, eine Verleumdung ist.

Singer sagte als Zeuge in demselben Sinne aus. Wenn Fischer Schmiegelder bekommen hätte, dann würde es der Geschäftsleitung des „Vorwärts“ bekannt geworden sein. Es sei sicher, daß Fischer nichts Derartiges erhalten habe. — Redakteur Ströbel war als Zeuge geladen, weil die „Post“ behauptet hatte, in der Redaktion des „Vorwärts“ und in Parteikreisen sei bekannt geworden und habe deshalb großes Aufsehen erregt, daß Fischer Schmiegelder bekommen habe. — Ströbel bekundete, daß davon nichts bekannt war und vor dem Erscheinen des „Post“-Artikels auch nicht über derartige Sachen gesprochen worden ist.

Reichhäuser,

Redakteur des „Korrespondent“. Auf die Frage, ob er wisse, wer in der von ihm veröffentlichten Notiz mit dem A. B. gemeint sei, der für guten Papierabschluß 1000 M. bekommen haben solle, antwortete Reichhäuser: Fischer ist nicht damit gemeint. Ueberhaupt sei die Notiz falsch aufgefaßt

worden, sie sei nicht so gemeint, als ob die 1000 M. Schmiegelder wären, sondern es sei so zu verstehen, daß derjenige, der durch Verwendung von schlechtem Papier den Geschäftsgewinn vergrößern helfe, vom Geschäft 1000 M. als Anerkennung bekommen habe. — Auf wiederholte Fragen des Vorsitzenden und des Rechtsanwalts Heine: Wer denn die 1000 M. bekommen haben solle, gab Reichhäuser nach mehrfachem Ausweichen die Antwort: Herr Rahn, der Oberfaktor des „Vorw.“, ist damit gemeint.

Rechtsanwalt Heine: Der ganze Artikel, in dem von der Papiergeschichte die Rede ist, ist eine Polemik gegen Fischer. Wie können Sie denn Rahn in diese Angelegenheit hineinbringen?

Reichhäuser: Ich habe Fischer nicht gemeint. — Heine: Aber Sie haben doch gesehen, daß die Notiz als eine Verleumdung Fischers aufgefaßt wurde, Fischer hat sich doch in hahnbedäuernder Weise dagegen gewehrt. Er hat den Urheber der Notiz einen Schuft genannt und geschrieben: Schlimmer wie dieser Schuft ist der literarische Travo, der diese Behauptung verbreitete. Das richtete sich gegen Sie! Warum haben Sie nicht darauf geantwortet. Warum haben Sie nicht erklärt, daß Sie Fischer in jener Notiz nicht gemeint hätten? — Reichhäuser: Aber ich bitte, Fischer hätte mich doch verklagen können. — Vorsitzender: Warum haben Sie nicht auf Fischers Abwehr geantwortet? — Reichhäuser: Ich habe ja im „Korrespondent“ geantwortet. — Heine: Auf diesen Artikel Fischers haben Sie nicht geantwortet. — Also auf Rahn soll sich Ihre Notiz beziehen. Wissen Sie nicht, daß es Fischer ist, der die Abschlüsse über Papierlieferung zu machen hat? — Reichhäuser: Es ist ja gar keine Rede von Anschaffung von Papier, sondern von Lieferung an die Maschinenmeister. — Heine: In der Notiz heißt es: Papierabschluß. Damit kann doch nur der Einkauf von Papier gemeint sein. — Auf weitere Fragen antwortet Reichhäuser, er wisse nichts davon, daß Fischer bei Papierkäufen Schmiegelder erhalten habe. — Heine: Fischer hat doch die Angaben Ihrer Notiz als infame Verleumdung bezeichnet. Warum schreiben Sie nichts dagegen? — Reichhäuser: Ich habe keine Veranlassung gegen Fischer zu polemisieren.

Vorl.: Nach der Entgegnung Fischers auf den Artikel im „Korrespondent“ ist damals geschrieben worden: Unsere Behauptungen hat er nicht widerlegt. — Reichhäuser: Niemand hat im „Korr.“ behauptet, daß die Notiz nicht widerlegt ist. — Vorl.: Dann hätten Sie erklären müssen, daß Fischer mit der Notiz nicht gemeint sei. — Reichhäuser: Nach der Art und Weise, wie ich von Fischer angegriffen bin, hatte ich keine Veranlassung, diese Behauptung zu widerrufen. — Vorl.: Das hatte jeder anständige Redakteur nach meiner Meinung in diesem Falle! — Reichhäuser: Eine tiefe Feindschaft gegen Fischer hinderte mich, zu schreiben, daß nicht er, sondern Rahn gemeint ist. — Vorl.: Ist Ihnen irgendwie das geringste bekannt, daß Herr Fischer sich irgend welche unerlaubte persönliche Vorteile verschafft hat? — Reichhäuser: Nichts!

Russial,

Schriftleiter in der „Vorwärts“-Druckerei, hat auf den Artikel, den Fischer zur Abwehr der 1000 M.-Geschichte im „Vorwärts“ veröffentlichte, eine Entgegnung im „Korrespondent“ unter seinem Namen veröffentlicht. Als Zeuge gab Russial an, er habe sich durch eine Wendung in Fischers Artikel persönlich getroffen gefühlt und deshalb dem „Korrespondent“ eine Entgegnung eingeschickt. Auf die 1000 M.-Angelegenheit selber habe sich seine Entgegnung nicht bezogen. — Vorsitzender: Sie wußten doch, daß sich Fischer durch die 1000 M.-Notiz getroffen fühlte. — Russial: Das wußte ich nicht. — Vorl.: Davon wollen Sie nichts gewußt haben? Sie polemisierten doch gegen Fischers Artikel? — Russial: Nein, nur gegen die Wendung, die sich auf mich bezog. Das andere ging mich gar nichts an. — Heine: Es ging Sie nichts an, wenn behauptet wird, daß solche Schweinereien vorkommen in dem Geschäft, wo Sie tätig sind? — Russial: Nein. Die Schmiegeldernotiz ging mich nichts an. — Vorsitzender: Sie nennen das eine Schmiegeldernotiz. Reichhäuser hat und aber gesagt, er habe nicht Schmiegelder gemeint. Wie kommen Sie zu der Ansicht, daß doch Schmiegelder gemeint sind? — Russial: Wir haben uns im Vorwärts darüber unterhalten. Wir waren der Meinung, daß Fischer gemeint sei und daß ihm vorgeworfen werden solle, er habe Schmiegelder angenommen. Keiner von uns hat aber daran geglaubt, daß Fischer überhaupt Schmiegelder angenommen hat. — Heine: Nach Reichhäuser Angabe ist ihm die Mitteilung über die 1000 M. von einem im „Vorwärts“ Beschäftigten zugegangen. Wenn Sie nun über diese Angelegenheit an den „Korrespondent“ geschrieben, lag es da nicht nahe, daß Sie Fischer und das Geschäft von dem Vorwurf zu reinigen suchten und daß Sie dem „Korrespondent“ mitteilten, wir alle im Geschäft hätten diese Notiz für eine Verleumdung? — Russial: Wir wußten, daß Fischer das nicht auf sich sitzen lassen werde. — Heine: Also Sie wehren sich in Ihrem Artikel dagegen, daß der arme Reichhäuser, der eine Unwahrheit verbreitet, ein literarischer Travo genannt wird, Sie sagen aber nichts davon, daß Sie alle die Verleumdung Fischers für unbegründet halten. — Russial: Reichhäuser war doch durch Fischer ungerecht angegriffen. — Vorsitzender: Reichhäuser hat doch eine halbtote Verleumdung verbreitet, und da sagen Sie noch, Reichhäuser war ungerecht angegriffen? Reichhäuser bekommt eine falsche Nachricht, er verbreitet sie, Fischer wehrt sich dagegen, und das soll ein ungerechter Angriff auf Reichhäuser sein? Sie sind der Meinung, daß Reichhäuser Angabe unwahr ist und sagen trotzdem, Reichhäuser ist ungerecht angegriffen! — Heine: Sie wußten doch der Wahrheit die Ehre geben und in Ihrem Artikel sagen: Allerdings hat Reichhäuser etwas behauptet, was bei uns kein Mensch glaubt. — Auf weitere Fragen antwortet der Zeuge Russial: Er wisse nichts davon, daß Fischer jemals Schmiegelder erhalten habe; er, Zeuge, habe die 1000 M.-Notiz nicht verfaßt, er kenne auch den Verfasser nicht. — Vorsitzender: Was ging Sie denn Reichhäuser an, daß Sie ihn verteidigt haben? — Russial: Das ist meine Privatangelegenheit.

Eugen Ernst sagt aus, er wisse nichts davon, daß Fischer Schmiegelder erhalten habe, auch sei eine derartige Anschuldigung gegen Fischer in Parteikreisen nicht erhoben worden, auch ist es nicht wahr, daß Fischer, wie es in der „Post“ heißt, den Empfang der Provisionen zugelassen haben soll. — In demselben Sinne betrugte sich die Angabe des Zeugen Oberfaktor Rahn. Auf die Frage, ob er den Verfasser der 1000 M.-Notiz kenne, der im „Vorwärts“-Geschäft tätig sein solle, antwortete der Zeuge, er kenne den Verfasser nicht. — Vorl.: Wenn ein Angestellter so etwas gegen das Geschäft schreibt, dann liegt es doch nahe, daß man den betreffenden ausfindig zu machen sucht und ihn rauschmeißelt. — Fischer: Es ist mein Grundgesetz, daß wegen Verleumdung meiner Person niemand aus Arbeit und Brot gebracht wird. Aus diesem Grund sind auch die Herren Russial und Mahlo noch heute im „Vorwärts“ beschäftigt.

Zeuge

Mahlo,

Schriftleiter im „Vorwärts“, gibt an, er habe die 1000 M.-Notiz weder verfaßt noch sie veranlaßt. Er halte den Verfasser für einen Kollegen aus dem Maschinenbau. — Rechtsanwalt Heine hält auch diesem Zeugen vor, daß er sich im „Korrespondent“ zu der in Rede stehenden Angelegenheit geäußert, daß er gewußt habe, der Vorwurf der Verleumdung werde auf Fischer bezogen, daß er ferner gewußt habe, dieser Vorwurf sei unbegründet, und daß er trotzdem nicht die Gelegenheit benutzte, um zu sagen, daß er die

1000 M.-Geschichte für unwahr halte. — Mahlo: Ich bin doch nicht der Verteidiger Fischers. — Heine: Aber Sie lassen den Vorwurf, den Sie selbst für unberechtigt halten, auf sich sitzen. — Auf weitere Fragen antwortet Mahlo: Kein Mensch im Geschäft habe geglaubt, daß Fischer Schmiegelder nehme, es sei auch davon nicht im Geschäft gesprochen worden. — Heine: Wissen Sie, wer von den Angestellten des „Vorwärts“ der „Post“ Mitteilungen gegen Fischer zugestellt? — Mahlo: Nein. — Heine: Die „Post“ hat nämlich auch ihren Vertrauensmann im „Vorwärts“.

Die vom Angeklagten vorgeschlagenen Zeugen Raffini, Schliebs und Döblin, sowie die weiteren Zeugen Piepmann und Rautmann wissen nichts davon, daß Fischer Schmiegelder erhalten oder daß gar in Parteikreisen dergleichen bekannt gewesen sein soll.

Dr. Eduard Göy (Herausgeber der Korrespondenz „Information“) ist als Zeuge dafür benannt, daß die Redaktion der „Post“ wußte, die Behauptungen gegen Fischer seien unwahr, daß sie dieselben aber trotzdem verbreitet habe. Zeuge Göy gibt an, er gebe eine Korrespondenz heraus, die an etwa hundert Zeitungen vertriebt wird und vorwiegend Material gegen die Sozialdemokratie verbreitet. Er wisse nicht, was er in dieser Sache auslegen solle. — Vorsitzender: Es wird behauptet, der Artikel der „Post“ rühre vom Polizeirat Dr. Henninger her. Herr Dr. Henninger hat sein Zeugnis darüber verweigert, beziehungsweise gesagt, er habe den Artikel nicht veranlaßt. — Zeuge Göy gibt zu, daß er mit dem Polizeirat Dr. Henninger, dem Chef der politischen Polizei, in Verbindung stehe, von diesem Informationen, auch solche gegen die Sozialdemokratie erhält, aber den fraglichen „Post“-Artikel habe er nicht verfaßt, auch keine Informationen dazu geliefert; auch habe er der „Post“ nicht mitgeteilt, daß die Behauptungen gegen Fischer nicht zutreffen. — Rechtsanwalt Heine: Dieser Artikel ist nur ein Teil aus einer Reihe von Artikeln, in denen die Rede ist von sozialdemokratischen Verschönerungen, Waffenfunden in der Panzstraße und dergleichen. Rühren die Informationen zu diesen Artikeln vom Polizeirat Dr. Henninger her? — Die Anwälte des Angeklagten schellen von ihren Seiten und protestieren gegen diese Frage. — Rechtsanwalt Heine begründet die Berechtigung dieser Frage. — Der Vorsitzende erklärt die Frage für nicht zur Sache gehörig.

Auf die Vernehmung der übrigen Zeugen verzichtete der Angeklagte.

Ebenso wird auf die nochmalige Verlesung der im vorigen Termin verlesenen, in kommissarischer Vernehmung erfolgten Aussagen der Maschinenlieferanten der „Vorwärts“-Buchdruckerei verzichtet, die allesamt erklärt haben, daß Fischer keinerlei Provision von den Lieferungen bezogen hat.

Die Beweisaufnahme ist also geschlossen.

Die Plädoyers.

Rechtsanwalt Heine gab in seinem Plädoyer eine Darstellung des Inhalts der beiden „Post“-Artikel und führte dann ungefähr aus: Alles, was in diesen Artikeln über den Kläger behauptet worden, ist nicht nur nicht erwiesen, sondern durch die Beweisaufnahme vollständig widerlegt. Der Gegner hat nicht einmal den Versuch machen können, seine Behauptungen als wahr zu erweisen. Auch die weitergehende Behauptung der Artikel, daß es in Parteikreisen längst bekannt war, daß Fischer Schmiegelder nehme, ist durch Vernehmung aller Zeugen, die etwas davon wissen mußten, widerlegt worden. Die Artikel, für die der Angeklagte verantwortlich ist, kennzeichnen sich als eine ganz triviale Verleumdung eines seit langer Zeit im öffentlichen Leben stehenden ehrenhaften Mannes. Die Redaktion der „Post“ hätte sich sagen können, daß ihre Angaben unmöglich wahr sein können, denn in einer Partei, die mit 100 000 Augen auf die Handlungen ihrer Führer sieht, hätten solche Dinge, wenn sie passiert wären, nicht unbekannt und nicht ungeahndet bleiben können. Das hätte die Redaktion der „Post“ wissen müssen, wenn sie die Verhältnisse in der Partei so kennen würde, wie sie vorgibt, sie zu kennen. Seit Jahren sollten, nach der Behauptung der „Post“, diese Dinge bekannt sein. Wenn das wahr wäre, dann hätte doch die „Post“, die nur von Skandalaffären lebt, und die schwersten Angriffe gegen die Führer der Partei zu führen pflegt, diese Dinge längst in ihrem Sinne ausgenutzt. Die Behauptungen der „Post“ grenzen an verleumderische Verleumdung, sie sind ein Ausfluß der nichts würdigen Kampfesweise, die darin besteht, daß man dem politischen Gegner die persönliche Ehre abzuschneiden sucht. Der Angeklagte hat sich zur Rechtfertigung seines Verhaltens auf einen Artikel des „Korrespondent“ bezogen. Dadurch ist uns nun Gelegenheit gegeben worden, noch ein zweites Verleumderstück auszunehmen. Reichhäuser reproduziert die ihm zugegangene Notiz über 1000 M. für guten Papierabschluß in einem längeren Artikel, der sich ausschließlich gegen Fischer wendet und heute sagt er, diese Notiz bezieht sich nicht auf Fischer, sondern auf Rahn. Wir haben hier gehört, daß alle anderen Leute, auch die, welche Herrn Reichhäuser nahe stehen, die Notiz anders aufgefaßt haben, als er sie ausgelegt haben will. Russial und Mahlo sind es, die diesen Feldzug Schulter an Schulter mit Reichhäuser gegen Fischer geführt haben. Sie sind in den Verdacht geraten, daß sie die Notiz an Reichhäuser gegeben haben. Mahlo hat diesen Vorwurf von sich abgewieken. Russial ist noch weiter gegangen. Er hat Fischer den Stoff gewaschen, weil dieser seinen (Russials) Freund einen literarischen Travo genannt hat. Beide Herren, Mahlo und Russial, haben gewünscht, daß die Notiz als Vorwurf der Verleumdung Fischers ausgelegt wird. Sie haben gewünscht, daß der Vorwurf keine Spur von Berechtigung hat. Keiner von beiden hat es aber für nötig gehalten, diesem Verdacht, der auf die Ehre Fischers und des ganzen Geschäftes gemorsen war, entgegen zu treten. Russial und Mahlo würden sich selber geacht haben, wenn sie gesagt hätten, daß der Vorwurf unberechtigt ist. Das haben sie aber nicht getan. Als die Notiz im „Korrespondent“ erschien, habe ich mit Fischer darüber gesprochen, ob es nicht angebracht sei, Reichhäuser zu verklagen. Ich war aber der Meinung, Reichhäuser würde sagen, die 1000 M. sollten nicht auf Schmiegelder hindeuten, sondern auf die Gehaltsverhöhung, welche Fischer kurz vor dem bekommen hatte. Heute sagt uns Reichhäuser, Fischer sei überhaupt nicht gemeint. Eine Klage gegen Reichhäuser hätte also keinen Erfolg gehabt, und deshalb ist sie gar nicht erst erhoben worden. Wenn die „Post“ das als ein Jugendverbrechen Fischers ansieht, so ist das eine merkwürdige Ansicht. Die „Post“ wußte doch, daß sich Fischer gegen die Notiz Reichhäuser gewehrt und daß er nicht zu dem Vorwurf geschwiegen hat. Dieser Fall kann also der „Post“ nicht als Entschuldigung dienen. —

An einer hohen Bestrafung Petersens liegt dem Kläger nichts. Im würde es genügen, wenn Petersen nur mit drei Mark bestraft würde, denn es kommt dem Kläger nur darauf an, daß die Unwahrheit der gegen ihn gerichteten Verleumdungen erwiesen wird. Ich siehe in dieser Hinsicht auf einem anderen Standpunkt. Als Anwalt bin ich zur Teilnahme an der Rechtspflege berufen. Im Interesse der Justiz selbst beantrage ich deshalb eine erhebliche Freiheitsstrafe. Petersen als Mensch tut mir ja leid, daß ihn eine solche Strafe trifft, denn er ist ja nur ein Werkzeug der Verleumder, die anderswo sitzen. Im Interesse der Justiz also beantrage ich eine erhebliche

Freiheitsstrafe damit nicht dem Verdacht Raum gegeben wird, die schwere Beleidigung, begangen gegen einen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, werde milder bestraft als die Beleidigung anderer Leute, beispielsweise die eines Leitenden, die kürzlich an einem Redakteur von einem hiesigen Gericht mit 1 1/2 Jahren Gefängnis gesühnt wurde. Die Abmessung der Strafe lege ich in die Hände des Gerichts.

Rechtsanwalt Herger führte aus, es müsse zugegeben werden, daß der Wahrheitsbeweis nicht gelungen ist und daß der Kläger niemals Schmiergelder empfangen habe. Aber es diene zur Entschuldigung des Angeklagten, daß er von einer Seite informiert worden sei, die er als zuverlässig kannte. Der Angeklagte sei ja zu weit gegangen, aber der „Vorwärts“ brauche doch auch scharfe Ausdrücke gegen die „Post“. Er bitte um eine milde Strafe.

Rechtsanwalt Müller suchte die Widerlage zu begründen und den Angeklagten mit ähnlichen Argumenten, wie sie sein Mitverteidiger gebrauchte, zu entschuldigen. Auch Rechtsanwalt Müller verwies auf scharfe Ausdrücke des „Vorwärts“ und hob besonders hervor, daß die Redakteure der „Post“ vom „Vorwärts“ „Postesel“ genannt werden.

Hierzu bemerkte Rechtsanwalt Heine: Dieser Ausdruck stamme daher, daß der verstorbene Freiher von Stumm als Geldgeber der „Post“ vor etwa 13 Jahren mit Bezug auf einen Artikel der „Post“ in einem Briefe schrieb: „Welcher Esel hat denn das wieder geschrieben.“ Er, Heine, halte es nicht für geschmackvoll, wenn diese Bezeichnung jetzt, nach 13 Jahren immer wieder im „Vorwärts“ gebraucht wird. Aber deswegen müsse sich Herr Petersen mit den Redakteuren des „Vorwärts“ auseinandersetzen. Der Kläger Fischer habe damit nichts zu tun. Wenn Fischer Redakteur des „Vorwärts“ wäre, würde er diesen Ausdruck nicht gebrauchen.

Fischer: Ich sehe hinsichtlich der Klage auf einem anderen Standpunkt wie mein Verteidiger. Ich habe geklagt, weil mir unehrenhafte Handlungen dargebracht werden und ich meinen Wählern und meinen Parteigenossen gegenüber den Nachweis führen muß, daß an den mir gemachten Vorwürfen kein wahres Wort ist. Eine hohe Bestrafung des Beklagten fordere ich nicht. Einer seiner Verteidiger hat die Angriffe Rechhäusers auf mich als aus der Partei kommend bezeichnet. Das ist ganz unbillig. Rechhäuser will als Sozialdemokrat nicht anerkannt und will keiner sein. Er ist ein Feind der Sozialdemokratie wie die „Post“!

Das Urteil

des Gerichts erging dahin: Der Angeklagte Petersen wird wegen öffentlicher Beleidigung zu 200 M. Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis und zur Ertragung der Kosten verurteilt. Der Widerbeklagte wird freigesprochen. Dem Kläger wird das Recht zugesprochen, das Urteil im „Vorwärts“ und in der „Post“ auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen. — In der Begründung des Urteils sagte der Vorsitzende unter anderem: Der Wahrheitsbeweis ist nicht erbracht. Der dem Kläger gemachte Vorwurf ist widerlegt und es ist festgestellt worden, daß dem Kläger Fischer absolut kein Vorwurf gemacht werden kann. Das hat auch der Angeklagte nicht bestritten. Hinsichtlich des Strafmaßes ist zu berücksichtigen, daß Petersen nicht Täter im gewöhnlichen Sinne, sondern nur der juristisch verantwortliche Angeklagte ist. Er hat den Artikel nicht selbst geschrieben, er stützt sich auf die Information eines Kammerboten, den er als zuverlässig kennt, er war auch schon im vorigen Termin bereit, seine Behauptung zurückzunehmen. Auch der Fall Rechhäuser ist für den Angeklagten nicht ohne Bedeutung. Fischer hätte wohl die Möglichkeit gehabt, gegen Rechhäuser zu klagen. Daß er es nicht getan hat, ist kein Vorwurf für ihn. Aber dieser Umstand konnte doch den Angeklagten Petersen in der Annahme bestärken, daß seine Information zutreffend sei. Das alles kommt strafmildernd in Betracht. Wäre Petersen der Verfasser des Artikels, dann hätte ihn eine Freiheitsstrafe treffen müssen. — Für die Widerlage ist kein Beweis erbracht, deshalb mußte der Widerbeklagte freigesprochen werden.

Verfammlungen.

Ueber die Reichsfinanzreform

sprach der Landtagsabgeordnete Ströbel am Dienstag in einer zahlreich besuchten Versammlung, die den großen Saal der Brauerei Großerhof samt den Nebenzimmern füllte. Der Redner erinnerte zunächst an die Reichsfinanzreform vom Jahre 1906, jene große Schöpfung des deutschen Volkes, deren Erlang nach den bewilligten neuen Steuern auf 180 Millionen berechnet war, die allerdings nur 15 Millionen ergeben hat, die aber weit übertroffen wird von der nun vorgeschlagenen Finanzreform. Mit Recht bezeichnete der Redner diesen Plan als ein neues unehöchstes Auentat auf die Taschen des arbeitenden Volkes. Hiesigen doch die Reichseinkünfte fast ganz aus indirekten Steuern, die schwer auf der Arbeiterschaft lasten und andererseits einen Tribut an die Agrarier und Industriellen bilden. Der Redner erwähnt hier namentlich die durch

den Jollouch herbeigeführte ungeheure Steigerung der Fleischpreise, die so hoch sind, daß sogar ein Oberpostassistent mit über 2800 M. Gehalt das Fleisch als einen seltenen Luxusartikel ansehen muß. In diesem Zusammenhang ließ Genosse Ströbel treffende Schlaglichter auf die Vorlage zu einem neuen preussischen Beamtenbesoldungsgesetz fallen, die er am selben Tage im Landtage gründlich kritisiert hatte, und verurteilte scharf die Benachteiligung und elende Bezahlung, namentlich der Unterbeamten wie der Staatsarbeiter. Ferner wies der Redner, gestützt auf ein reiches Zahlenmaterial, nach, daß das immer mehr anschwellende Reichsdefizit, die grenzenlose Schuldenwirtschaft, Folgen des Militarismus und Marinsimus sowie der Kolonialpolitik sind, die weit davon entfernt, echte Kultur zu verbreiten oder dem deutschen Volk Nutzen zu bringen, nur zur Bereicherung einzelner Kapitalisten dient und Greuelthaten wie die des Bringen Arenalberg und seinesgleichen zur Folge hat. Nun sollen ja in Deutsch-Südwestafrika Diamanten gefunden worden sein; man wird aber gut tun, erst einmal abzuwarten, ob es wahr ist. Denn es wirklich der Fall ist, was haben die deutschen Proletarier davon? Ebenfalls wie die in Massen hungernden englischen Proletarier von den Diamanten in Britisch-Ostafrika. Im weiteren Verlauf seines Vortrages schilderte der Redner die neuen Steuerpläne der Reichsregierung und ihres Anhängers. Er erwähnte die Wertschsteuer oder Krüppelsteuer, die Erbschaften der Bier- und der Branntweinsteuer, der Tabaksteuer, die Vandalensteuer für Zigaretten sowie schließlich die Gas- und Elektrizitätssteuer, dieses geheim gehaltene Projekt, das der „Vorwärts“ an die Öffentlichkeit gebracht hat, und wies nach, daß alle diese Steuern einen durchaus volkshemmlichen Charakter tragen, daß aber die notwendigen Mittel leicht durch eine verhältnismäßig geringe Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer von den bestehenden Klassen aufgebracht werden könnten. Aber die herrschenden Klassen wollen die Lasten auf das arbeitende Volk abwälzen und handeln nach dem Satz: Nehmen ist seliger denn geben. Das entspricht dem Charakter des Klassenstaates. Darum müssen wir den Kampf führen gegen diesen Klassenstaat mit aller Tatkraft. Da genügt es nicht, Versammlungen abzuhalten und Protestresolutionen anzunehmen. Wir müssen vielmehr alle Arbeiter organisieren, und alle müssen die Parteipresse abonnieren. Es ist eine traurige Tatsache, daß selbst in Berlin noch so viele Proletarier die gegenwärtige Presse unterstützen, daß ein Blatt wie die „Morgenpost“, als es jüngst um Ueberweisung sozialdemokratischer Versammlungsanzeigen nachsuchte, erklären konnte, bei dem hohen Abonnentenstande liege dies wohl im eigenen Interesse der sozialdemokratischen Partei. Nur wenn die Arbeiterschaft ihre eigene Presse liebt, wenn sich jeder Genosse zum Agitator ausbildet, werden wir in der Lage sein, die Kämpfe, die uns bevorstehen, wie auch den Wahlrechtskampf energisch zu führen. Wenn wir stolz sein können auf die Kämpfe unserer Genossen unter dem Sozialistengesetz, so sollen wir auch dafür sorgen, daß unsere Nachkommen einmal stolz sein können auf die Kämpfe, die wir führen, schloß der Redner. Der inhaltreiche Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Zur Diskussion meldete sich niemand. Nachdem der Vorsitzende im Sinne der Schlussworte des Referenten zu energischer Tätigkeit für die Partei und für die politische wie gewerkschaftliche Organisation aufgefordert hatte, wurde die Versammlung mit brausenden Hochrufen auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die politische Situation in Nord- und Süddeutschland

laute das Thema eines Vortrages, den Genosse Eichhorn am Dienstag im sozialdemokratischen Verein des fünften Wahlkreises hielt. Einleitend sagte der Redner, er wolle nicht über die in letzter Zeit diskutierten partipolitischen Gegensätze sprechen, welche zwischen den nord- und den süddeutschen Genossen bestehen. Die wirtschaftlichen und allgemeinpolitischen Verhältnisse in Nord- und Süddeutschland, aus denen sich die verschiedene Auffassung unseres Verhältnisses zu den bürgerlichen Parteien erkläre, sollen Gegenstand der heutigen Erörterungen sein. — Den interessantesten Ausführungen, die der Redner in dieser Hinsicht machte, lag ungeliebt folgender Gedankengang zugrunde: Der Süden Deutschlands rühmt sich, liberaler zu sein als der Norden. Diese Meinung herrscht nicht nur in bürgerlichen Kreisen, sondern bis weit in unsere Reihen hinein. Vom bürgerlichen Standpunkt aus betrachtet, hat die Politik in den süddeutschen Staaten auf den ersten Blick wirklich einen liberaleren Anstrich als wie die Politik in Norddeutschland. Allerdings schwindet auch der süddeutsche Liberalismus in nichts, wenn man ihn vom Standpunkt des sozialdemokratischen Programms betrachtet. Diese liberalere Strömung im Süden hat ihre Ursache in den dort herrschenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Die süddeutschen Staaten, welche durch Napoleon I. als neue Gebilde aus einer Anzahl kleiner und kleiner Staaten geschaffen wurden, konnten sich nach Napoleons Sturz nur dadurch in ihrer derzeitigen Gestalt erhalten, daß sie dem Volke gewisse, wenn auch nur geringe, liberale Konzessionen machten. So kamen die süddeutschen Staaten schon im zweiten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts zu Verfassungen, während zu jener Zeit in Norddeutschland an ein Verfassungsweesen noch gar nicht zu denken war. Auch der geistige Einfluß der großen französischen Revolution machte sich in Süddeutschland in viel höherem Maße geltend als in Norddeutschland. Aus diesen Gründen konnte sich in Süddeutschland ein politisch selbständiges

Bürgerium herausbilden und so entstanden im Süden gewisse liberale Einrichtungen, die allerdings auch in den wirtschaftlichen Verhältnissen mitbegründet sind. Im Norden, besonders in den agrarischen Gegenden, besteht schon seit längerer Zeit ein scharfer Gegensatz zwischen der kleinen Zahl der Besitzenden und der großen Zahl der Nichtbesitzenden. Im Süden dagegen herrscht in den ländlichen Gegenden der Kleinbesitz vor, es besteht eine viel größere Gleichmäßigkeit der Besitzverhältnisse wie im Norden. Wo die scharfen wirtschaftlichen Gegensätze nicht vorhanden sind, da ziehen die Menschen sich natürlich auch gesellschaftlich näher als unter anderen Verhältnissen und die gesellschaftlichen Beziehungen wirken wieder auf die politischen Verhältnisse ein. — In den großen Städten und den Industriegegenden des Nordens häuften sich große Arbeitermassen an. Sie bildeten naturgemäß einen günstigen Boden für das starke Wachstum der Sozialdemokratie. Die scharfe, feindselige Haltung, welche die Besitzenden und Herrschenden, ja fast das ganze Bürgerium in Norddeutschland seit jeher gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung eingenommen hat, verschärfte die Gegensätze zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien noch. Unter solchen Umständen konnte natürlich die Sozialdemokratie nicht in enger Fühlung mit dem Bürgerium heranwachsen. Anders in Süddeutschland. Während die norddeutschen Arbeiter, angewachsen in der strengen Klassencheidung, die sich hier längst vollzogen hat, in ihrem natürlichen Klaffengefühl gewissermaßen geborene Sozialdemokraten sind, mußten in Süddeutschland, wo die Klaffengegensätze bei weitem nicht so stark ausgebildet waren, die sozialdemokratischen Gedanken lediglich durch Propaganda verbreitet werden. Viele, die bei den Wahlen für uns stimmten, sahen in dem Sozialdemokraten nicht den Vertreter der Arbeiterklasse, sondern nur den Mann der entschiedenen politischen Opposition. Lediglich waren die Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Bürgerium in den süddeutschen Städten seit je scharfer wie auf dem Lande, wo die Gegensätze infolge gleichmäßigerer wirtschaftlicher Verhältnisse und gesellschaftlicher Beziehungen nicht so stark in die Erscheinung getreten sind.

Es ist also richtig, daß vom bürgerlichen Standpunkt aus betrachtet, in gewisser Hinsicht im Süden ein liberalerer Geist herrscht als im Norden. Aber das, was man den preussischen Geist nennt, macht sich auch im Süden in der Verwaltung und Rechtsprechung mehr und mehr bemerkbar. In prinzipieller Hinsicht ist die Scheidung zwischen Sozialdemokratie und Bürgerium im Süden ebenso groß wie im Norden, wenn auch die Formen, in denen die Gegensätze zum Ausdruck kommen, im Süden milder sind als im Norden. Der einzige Vorteil, den wir uns etwa von einer Unterstützung der liberaleren süddeutschen Politik versprechen könnten, wäre der, daß es gelänge, den liberalen Geist zu stärken, damit die süddeutschen Staaten als Sturmboden gegen die preussische Reaktion dienen können. Daran aber ist gar nicht zu denken. Das Reichsvereinsgesetz hat uns gezeigt — und an der Eisenbahn- und der Finanzreform sehen wir es ebenfalls —, daß das Ungeheuer der Fall ist. Nicht der süddeutsche Liberalismus überwindet die preussische Reaktion, sondern der Süden wird vom preussischen Geist beeinflusst, um so mehr, als auch im Süden die wirtschaftliche Entwicklung denselben Weg geht wie im Norden und infolge dessen auch die Klassencheidung eine immer schärfere wird. Wir haben also nicht Rücksicht zu nehmen auf das liberale Bürgerium, sondern aus eigener Kraft unsere eigene Sache zu führen, bis wir zum Siege kommen.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Zur Diskussion meldete sich niemand.

Es folgte eine längere Besprechung über die letzte Flugblattverbreitung. — Zum Schluß erinnerte der Vorsitzende Friedländer an die bevorstehenden Gewerkegerichtswahlen und forderte die Genossen auf, dahin zu wirken, daß sie auf unserem Standpunkt stehenden wahlberechtigten Arbeiter in Massen an der Wahl teilnehmen.

Die Dachbeder hielten am Sonntag ihre Mitgliederbesprechung ab. Stolzenhain gab den Rechenbericht vom 3. Quartal. Danach belief sich die Einnahme auf 8886,80 M., die Ausgabe auf 6196,50 M., bleibt ein Bestand von 1640,21 M. Der Vorstand beantragte, Neubacher aus der Organisation auszuscheiden, weil er unter dem tarifmäßigen Lohn von 82 1/2 Pf. gearbeitet und, trotzdem er entlassen war, sich wieder bei der Firma Otto angeboten hatte, wobei er äußerte, mit dem Verband wolle er nichts mehr zu tun haben. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Auch Kille hatte für 80 Pf. gearbeitet, aber auf Vorhalt der Kollegen aus der Werkstelle die Arbeit eingestellt, als ihm die 82 1/2 Pf. nicht bewilligt wurden. Ihm wird eine Rüge erteilt. Ödrnich wies darauf hin, daß laut Tarif vom 18. Oktober an 8 Stunden gearbeitet werden muß und macht es jedem zur Pflicht, danach zu handeln. Dann erinnerte er an die im November stattfindenden Gewerkegerichtswahlen, die nimmehr eine weit stärkere Beteiligung erfordern, als es bisher der Fall war. Des weiteren freiste er die Leipziger Angelegenheit. Dort haben mehrere Kollegen sich abgesondert und einen Lokverband gegründet. Ueber die näheren Umstände verläutet nichts Näheres. Man habe aber ein Recht, zu verlangen, über die dortigen Vorgänge in Kenntnis gesetzt zu werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 30. Oktober. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Radama.
Königl. Schauspielhaus. Wie die Alten sangen.
Deutsches Theater. Kammerstücke. Eine Heirat. Geschichte. (Anfang 8 Uhr.)
Neues königl. Opernhaus. Der Herrgottsdiener von Ammergau.
Neues Schauspielhaus. Das Bräutlein in Schwyz.
Berliner. Der Traum ein Leben.
Welfen. Der ideale Bauer.
Vestung. Der Hund der Sabinerinnen.
Kleines. Lady Frederick.
Königliche Oper. Die kleine Schwester.
Hedden. Rühmte dich um Amelie.
Schiller O. (Wagner-Theater.) Der Familienrat.
Schiller Charlottenburg. Julius César.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die jählichen Verwandten.
Thalia. Bruder Straubinger.
Luisen. Stolz der Stadt.
Vernhard Rose. Philippine Weller.
Bürger. Schauspielhaus. Unsere Frauen.
Trianon. Die Liebe macht.
Königliche Oper. Die Tür ins Freie.
Neues Operetten-Theater. Die Dollarsprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Havana.

Gebrüder Heerfeld. Die beiden Hündelbände. Vortier: Antien. Künstler-Leil.
Apotheke. Eine lustige Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Metropol. Donnerweiser — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vahage. Spezialitäten.
Kaffee. Familie August Knoch. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Lindenstraße 45/49. 8 Uhr: Der Montblanc. 8 1/2 Uhr: Dr. P. Schwahn: Die Bewegungen der Weltkörper. Sternwarte, Buchdruck. 57/62.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Der deutsche Graf. Schauspiel in 5 Akten v. Vollmoeller. Morgen und folgende Tage:
Der deutsche Graf.
Kleines Theater. Abends 8 Uhr:
Lady Frederick. Sonnabend: Musik. Sonntag: Musik.
Theater des Westens. Abends 8 Uhr:
Der ideale Bauer. Sonntag nachm. 7 1/2 Uhr zu halben Preisen: Die lustige Witwe.
Fröhels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148.
Konzert, Theater und Spezialitäten.

Schiller-Theater.

O. (Wagner-Theater.) Freitag, abends 8 Uhr: Der Familienrat. Lustspiel in 3 Akten v. Gustav Radcliff. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Zwillingsschwester. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der rote Leutnant. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Zwillingsschwester. Montag, abends 8 Uhr: Die Zwillingsschwester.
Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: Julius César. Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Graf von Charolais. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Götz von Berlichingen. Sonntag, abends 8 Uhr: Der Graf von Charolais. Montag, abends 8 Uhr: Der Graf von Charolais.

Zirkus Schumann.

Heute Freitag, den 30. Oktober, abends präzis 7 1/2 Uhr: Vorwiegend humoristisches Programm. Achtung! Sonnabend wiederum sensation. neue Debuts! U. a.: Zum erstenmal in Europa: Nons. Mennere, direkt aus Amerika. Nons. Macaritas Baboons. U. a. noch nie dagewesen! Affen als Kunstradfahrer, Chauffeurs, Jongleure und Schellenspieler. Absolute Novität! Panamahüte- und Kouloujongleure The Mc. Sans. Sonntag in beiden Vorst. nachm. ein Kind frei.
Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Die Tür ins Freie.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Freitag, 30. Okt., abends 8 Uhr: Die jählichen Verwandten. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dornröschen. Abends: Wilhelm Tell. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Ariadne auf Naxos.
Stolz der Stadt. Romödie in 5 Akten von Gustav Wed. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Die sieben Raben. Abends: Eine tolle Nacht. Sonntag nachm. 3 Uhr: Ausgetrieben. Abends: Stolz der Stadt. Montag: Eine tolle Nacht.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 45/49. Abends 8 Uhr:
Der Montblanc. Invalidenstr. 57/62, im großen Auditorium. 8 Uhr: Dr. P. Schwahn: Die Bewegungen der Weltkörper.
Residenz-Theater. Abends 8 Uhr:
„Kümmere dich um Amelie.“ Schwanf in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feytaud. Morgen u. folg. Tage: Kümmere dich um Amelie.

Rixdorfer Theater

Bergstraße 147. Sonntag, den 1. November 1908: Alt-Heidelberg. Schauspiel in 4 Akten v. Feytaud. Anfang 7 1/2 Uhr.
Grand-Hotel-Festsäle. Am Alexanderplatz. 8. Jährlich. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Wilh. Wolffs Hamburger Sänger. Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr. Eintritt 30 Pfennig. 2161* Vorkarten haben wochentags Gültigkeit.

XIV. Saison!

Zirkus Busch. Freitag, den 30. Oktober 1908, abends präzis 7 1/2 Uhr: Gala-Abend. Letztes Auftreten von Mr. Houdini. Morgen Sonnabend: Die Ussems! Gebr. Saxons. Herrn Ernst Schumanns Neubress. Um 10 Uhr: Barbarossa!!
Hebbel-Theater. Königsgräber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr: Der Liebhaber.
DERNHARD ROSE THEATER. Dr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Philippine Weller. Schauspiel in 5 Akten von Max v. Redwitz. Anfang 8 Uhr. Wochenlagpreis.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadello!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie
Direktor Schultz.

WINTERGARTEN
7 6 5

Letzte Vorstellungen.
Anne Danerey

Schwester Merkel, Kontorsionist.
Tortola Valencia, spanische Tänzerin.
De Onzo Broihers, Flaschen-
springer. Die zwölf Tiller Girls,
engl. Gesangs- und Tanzgruppe.
Philliparts, Diabolospieler.
Die drei Morrills, komische Rad-
fahrer. Agost Familie, Jongleure.
Cliffa Berzac, komischer Dressur-
akt. Emma Francis, Exzentrik-
Tänzerin mit ihren zwei Araber-
jungen. Fuller's Serpentinanzierin.
Biograph.

Apollo Theater

9.30 Heute 9.30
unter persönlicher Leitung des
Komponisten!
Eine lustige Spreewaldfahrt.
Bulleste von Alfred Schmasow.
Musik von Paul Lincke.
Vorher ab 8 Uhr:
Das Attraktions-Prgr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Sonnenstr. 16.
Gr. Erfolg! Spannende Handlung!
Frau Zoës Nache.
Sensations-Schauspiel in 5 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Sonntags, 31. Oktober: **Von
Stufe zu Stufe.**

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7-9.
Zum 1. Male:
Unsere Frauen.
Lustp. in 5 Akten v. Moser u. Schönhan.
Anfang 8 Uhr.
Woh! Mittwoch, 4. Novbr.: **Opern-
abend: Der Troubadour.**

**Walhalla-
Variete Theater**
Weinbergsweg 10/20, Rosenthal. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue gr. Oktober-Prgr.
Im Tunnel: Regimentskapelle etc.
Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria - Rustikana und
die urkomische Burleske
„Berlin steht Kopf“.
Anfang Sonnt. 8. wochent. 8 1/2 Uhr.

Theater Folies Caprice
Vintenzstr. 102.
Durchschlagender Erfolg!
**Die lästige Witwe,
Die Brautscha.**
Reiz: Grünocker als Vorkämpfer
in Strafsachen. Vorverf. v. 10-2a. b.
Halle, h. Wei Selmu. Anwaltsband

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direktion: Willy Voigt.
Freitag, den 30. Oktober 1908:
Der Goldbauer.
Schauspiel in 4 Akten von Charlotte
Stolz-Welcker.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 48.
Größter und vornehmster Theater-
saal Moabits.
Freitag, den 30. Oktober 1908:
Auf Strafurlaub.
Lustspiel in 4 Akten v. G. v. Moser.
Vorv. d. Borst. 8. Aufführung 7 Uhr.
Konzert 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Ball.**

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Lene Land
Paul Schneider-Duncker
und das großartige
Oktober-Programm

**14 neue Variété-
Spezialitäten.**

**Gebrüder
Herrnfeld-**
Theater. Vorverk.
8 Uhr. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Den Gipfel des Erfolges
bildet der
**größte Herrnfeld-Schlager
Die beiden Bindelbands!!**
Komödie in 2 Akten mit
Anton Herrnfeld als Germand-
lungsführer „Monsieur Canivet“
und Donat Herrnfeld als „Böndi
Bindelband“.
Vorher: Künstlertrif. U. a.
D'Ormay's Ballettessen - Sextett.
Roisers Original-Bauern-Ensemble
Saraff, Russentrio, Lena Nansen.

Benjamin Eis-Palast
Lutherstr. 22/24. Ständige Eisbahn.
Von morgens 10 bis nachts 12 Uhr
geöffnet. Großes Konzert. Abends
9 Uhr: Auftreten erster Kunst-
läufer und Künstlerinnen. Am
1. November: Meisterläuferpaar Alfred
und Sigrid Naeb. — 3., 4. u. 5. No-
vember: Großes Internationales
Eis-Wettlaufen d. besten Meister
der Welt.

Kreuzberg-Festsäle.
Besitzer Otto Ernst.
SW, Kreuzbergstraße 48.
Jeden Montag:
Max Eichler-Sänger.
Nachher: **Frei-Tanz-
Kränchen.**
Passpartouts gültig.
Jeden Freitag:
Gr. Frei-Tanz.
Sonntags an Vereine
zu vergeben.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Hpt. Börse
**Größtes
Spezialitäten-Theater Berlins**
3000 Personen fassend! 3000!
Direktion: G. Milan u. G. Ritter.

Antonie Gates.
Ycotha & Kapt. Grade
Ling Ling Comp.
und 12 Attraktionen.
Kugenspieler und amüsante Aufent-
halt für Familienpublikum.
Entree 2, 1.50, 1 R., 75, 50 Pf.
Vorzugskarten, halbe Preise, überall
gratis.

Dritter Wahlkreis!
Sonntag, den 1. November, abends 6 1/2 Uhr:
**Oeffentliche Versammlung für Männer
und Frauen**
im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Egel-Hfer 15.
Tagesordnung:
Vortrag des Genossen Emil Dittmer über „Darwinismus“.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.
Entree inklusive Garderobe 20 Pf. Lang frei.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
Der Guberner: August Böhl, Raumbstr. 30. 218/15

Passage-Panoptikum.
**Der Mann mit dem
eisernen Schlund!**
Lahovary,
der Fürst der Fesselsprenger.
Ohne Extra-Entree.
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.



**Ausstellungs-Hallen
am Zoo.**
24. Oktober bis 3. November.
Geöffnet 10-10 Uhr. 4-10 Uhr Konzert.

**Reichshallen-Theater
Stettiner
Sänger**
Unter anderem:
Das
versiegelte Brautpaar.
Urkomische Burleske.
Anf. wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant:
Großes Militär-Konzert.

Casino-Theater
Reifinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
**Nur noch bis 5. November
Familie August Knoche.**
Freitag, den 6. November Premiere:
Die Dianabäder.
Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Königstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 73.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Franz Sobanski,
Emmy Lyon, Mr. Ferry, Les Forrés,
Mr. Boston u. Stella, Nanto Pahl-
mann, Eva Wagner, Anita u. Stefan
Komaromy.
Der arme Casimir. Schwan mit
Gesang von Schmidt Hanfisch.
Nach der Vorstellung:
Rittm., Connab., Sonntag: **Tanz-
Kottbusor**

Sanssouci, Straße 6
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Gr. Elite-Soiree Tanz-
Kränzchen
von
**Hoffmanns
Norddeutsch. Sänger**
Gr. Erfolg aller Nummern!
Beg. Sonnt. 8. wochent. 8 1/2

**Gustav
Behrens-
Theater.**
Goltzstr. 9.
Edzte Spreatheuer.
Volksstück mit Gesang und Tanz
von Walther Gericke.
Heinz Heilig, Hausdiener: Dir. Gustav
Behrens, Wilhelm Demichel, Arbeiter:
Regist. Bernh. Lange.
Kuzerdem die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Duskes Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 8 Uhr.

**IV. Abänderung des Statuts der
Ortskrankenkasse der Maler
und verwandten Gewerbe.**
8 28.
Die wöchentlichen Kassendeckelungen be-
tragen 4 Proz. des durchschnittlichen
Tagelohnes und zwar
1. für Malergehilfen . . . 96 Pf.
2. für ungelernete Arbeiter . . . 72 „
3. für Bedienten, sowie männ-
liche Kassemitglieder unter
16 Jahren . . . 35 „
4. für weibl. Kassemitglieder
über 16 Jahre . . . 48 „
5. für weibl. Kassemitglieder
unter 16 Jahren . . . 24 „
Diese Abänderung tritt mit dem
Tage der Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, 30. Juli 1908.
Der Vorstand: H. Dertel, Vorf.
Genehmigt durch Beschluß vom
22. September 1908.
Der Bezirksausschuß zu Berlin,
Abteilung II.
(L. S.) Eiber.
II C. 91 08. 25105

Dankfagung.
Für die vielen Beweise inniger
Teilnahme und zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meiner
lieben Frau, unserer guten Mutter,
sagen wir allen Freunden und Be-
kannten sowie dem Gesangsverein
„Vorw.“ unseren herzlichsten Dank.
Cito Stegmann und Kinder.

Bekanntmachung
der
Gemeinsamen Orts-Krankenkasse
für
Mariendorf und Umgegend.
Am 9. November d. J., abends
7 1/2 Uhr, findet im Restaurant von
Purtsche, zu Mariendorf,
Ghauffestr. Nr. 304, die
Ordentl. General-Versammlung
der Kasse statt, zu der die Herren
Delegierten hierdurch eingeladen
werden. 277/17

Tages-Ordnung:
1. Neuwahl eines Arbeitgeber-
und zweier Arbeitnehmer-Dele-
gierten für den Vorhand zur Wahl-
periode für 1909-1911.
2. Wahl dreier Revisoren zur
Prüfung der Jahresrechnung für 1908.
3. Der mit einigen Veränderungen
genehmigte X. Nachtrag zum Statut.
4. Der mit Herrn Dr. Guttmann
vereinbarte Vertrag für 1909.
5. Antrag der Aufsichtsbörde um
Rückziehung des diesseitigen Antrages,
betreffend die Abweisung der Dis-
ziplinar-Bußden, Grob- und Klein-
strafen von dem diesseitigen Kas-
senbezirk.
6. Verlegung der Kassensunden für
die Werktage auf die Zeit von 8-2 Uhr.
7. Antrag zur namentlichen Befähigi-
gung der Arbeitgeber in den Jahres-
berichten der Kasse, bei denen die
Verbindungen zu den Forderungen der
Kasse fruchtlos ausfallen.
8. Antrag der Kassendeckelungen um Ge-
mäßigung von Beiträgen aus Kas-
senmitteln zur Pension- und Unfall-
versicherung.
9. Die gemeinschaftliche Errichtung
eines Genesungsheims durch Dis-
ziplinar-Kassen der südwestlichen Vor-
orte.
10. Verschiedenes,
Etwasige Anfragen und Beschwerden
oder dergl., zu denen die Einsichtnahme
der Geschäftsbörde erforderlich ist, sind
mindestens 3 Tage vorher schriftlich
einzureichen.

Mariendorf, den 25. Oktober 1908.
Der Vorstand.
P. Sandler, Fr. Fischer,
Schriftführer. Vorstehender.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Paul Neupert
am 29. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntags, den 31. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes in
Vigdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/14 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Kupfeler
August Mench
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 30. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, vom Kranen-
haus Friedhofsdamm aus nach
Richtberg, Krugstraße, statt.
Rege Beteiligung erwartet
124/6 Die Ortsverwaltung.

Am 29. Oktober 8 1/2 Uhr ver-
schied im 49. Lebensjahre mein
lieber Mann, der Vater
Paul Hellmich.
Die Beerdigung findet am
Sonntags, den 31. Oktober,
nachmittags 1 Uhr, vom Trauer-
haus Wanteuffelstr. 31 aus nach
dem Emmaus-Kirchhof statt.
Die trauernde Witwe
Berta Hellmich.

Nach langem, schwerem Leiden
entschied am Dienstag mein lieber
Mann, unser guter Vater,
Schwieger- und Großvater
Friedrich Strutz
im 74. Lebensjahre. 25060
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
H. v. Albert Worth.
Die Beerdigung findet am Son-
ntags, nachmittags 4 Uhr, von
der Leichenhalle des Helldorfs-
Kirchhofes, Plöthenstr., aus statt.

Wer - Stoff - hat
fertige Anzüge nach Maß 20 M.
Zackeliger Stoff, halbbare Futterlagen.
Bei Stofflieferung billigste Preise.
Frank, Adlerstraße 143,
44020 Ecke Invalidenstr.

Reste!
Damentuche, schwarz und farbig.
Costumes-Stoffe (neueste Muster,
zu jeder Saison), Astrachan,
Krimmer, Wolplüsch, Seldapüsch,
Velours du Nord, Sammet, Seide,
Velvet etc. 4147L

Confektion
Paletots, Jackets, Costumes und
Costumesröcke in großer Auswahl.
C. Pelz, Kottbusor 5.

**Charlottenburg, Coner-
Hygienische Milchwirtschaft**
Rob. Ansorge.
Empfehle mich zur Lieferung von
Milch frei Haus. Uebernehme Flächen-
milchlieferung f. Fabriken u. Kantinen.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint
BERLIN O.
Joachimstraße 11 C.
Nimmt Reparaturen,
auf Wunsch zugleich mit
vorigl. Tonverbesserung.
Spezialität:
Erzeugung des alt-
italienischen Timbred
für große Sellen an alten
u. neuen Geigen. =
Mäßiges Honorar. *

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 26. Oktober,
verstarb unser Mitglied, der
Arbeiter
Hermann Gohlke
Schwedensstraße 18 c.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntags, den 31. Oktober,
nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Schau-
haus (Hannoversche Straße) aus
nach dem Gaus-Kirchhof in
Plöthenstr. statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Tabakarbeiter-Verband.**
(Zahistelle Berlin.)
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Zigaretten-
arbeiter
Abraham Fiedler
nach langem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute,
Freitag, den 30. Oktober, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, auf dem Fried-
hof der Jüdischen Gemeinde in
Bethenstraße statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband deutscher
Brauerarbeiten**
Zahistelle Berlin. Section I.
Am 27. Oktober starb nach
langem Leiden unser Mitglied
und Kollege 44/5
Emil Voigt
(gute in Wilsdorf beschäftigt).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntags, den 31. d. Mts.,
nachmittags 3 Uhr, auf dem
Anstaltsfriedhofe in Buch statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Paul Neupert
am 29. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntags, den 31. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes in
Vigdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/14 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Kupfeler
August Mench
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 30. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, vom Kranen-
haus Friedhofsdamm aus nach
Richtberg, Krugstraße, statt.
Rege Beteiligung erwartet
124/6 Die Ortsverwaltung.

Am 29. Oktober 8 1/2 Uhr ver-
schied im 49. Lebensjahre mein
lieber Mann, der Vater
Paul Hellmich.
Die Beerdigung findet am
Sonntags, den 31. Oktober,
nachmittags 1 Uhr, vom Trauer-
haus Wanteuffelstr. 31 aus nach
dem Emmaus-Kirchhof statt.
Die trauernde Witwe
Berta Hellmich.

Nach langem, schwerem Leiden
entschied am Dienstag mein lieber
Mann, unser guter Vater,
Schwieger- und Großvater
Friedrich Strutz
im 74. Lebensjahre. 25060
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
H. v. Albert Worth.
Die Beerdigung findet am Son-
ntags, nachmittags 4 Uhr, von
der Leichenhalle des Helldorfs-
Kirchhofes, Plöthenstr., aus statt.

Wer - Stoff - hat
fertige Anzüge nach Maß 20 M.
Zackeliger Stoff, halbbare Futterlagen.
Bei Stofflieferung billigste Preise.
Frank, Adlerstraße 143,
44020 Ecke Invalidenstr.

Reste!
Damentuche, schwarz und farbig.
Costumes-Stoffe (neueste Muster,
zu jeder Saison), Astrachan,
Krimmer, Wolplüsch, Seldapüsch,
Velours du Nord, Sammet, Seide,
Velvet etc. 4147L

Confektion
Paletots, Jackets, Costumes und
Costumesröcke in großer Auswahl.
C. Pelz, Kottbusor 5.

**Charlottenburg, Coner-
Hygienische Milchwirtschaft**
Rob. Ansorge.
Empfehle mich zur Lieferung von
Milch frei Haus. Uebernehme Flächen-
milchlieferung f. Fabriken u. Kantinen.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint
BERLIN O.
Joachimstraße 11 C.
Nimmt Reparaturen,
auf Wunsch zugleich mit
vorigl. Tonverbesserung.
Spezialität:
Erzeugung des alt-
italienischen Timbred
für große Sellen an alten
u. neuen Geigen. =
Mäßiges Honorar. *

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Herbst-Neuheiten!
Paletots :: Ulster
in anerkannt guten Qualitäten
und modernsten Fassons.

Paletots aus Cheviot	M. 14.- 19.- 25.-
Paletots aus Eskimo	M. 32.- 37.50 45.-
Paletots dunkel gemustert	M. 17.- 27.50 42.-
Ulster Neuheiten	M. 21.- 30.- 39.-
Ulster modern gemustert	M. 25.- 34.- 42.-
Ulster Original englisch	M. 47.- 56.- 65.-

Spezial-Abteilung
Anfertigung nach Maß unter Lei-
tung erstklassiger Zuschnittler.

Julius Lindenbaum
Große Frankfurter Straße 141, Ecke Fruchtstr.
Größtes u. leistungsfähigstes Spezialhaus des Ostens, Nordostens u. Südostens für feine Herren- u. Damenmoden

HERMANN TIETZ

Frankfurter Allee

Freitag, den 30. Oktober

bleiben unsere Verkaufsräume geschlossen.

Eröffnung des Erweiterungs-Baues Sonntag früh 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Arbeiter finden für den Winter 49380*
gute und billige **Unterkleider** in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, jetzt Gelber Laden.

Frack-Verleih-Institut:
Friedrichstr. 1151, a. Crabb.
Tor. Weg. Stad. Gebro.
1,50, Hofe 1,00, Beste 50 Pf.
Hühner, Enten, Tauben,
jg. Gänse empfiehlt reich und billigst
Wegner, Berlin SO., Mariannenstr. 34.

**HERREN
KNABEN KLEIDUNG**
S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36

Geschäftseröffnung.

Allen Freunden, Bekannten und Genossen teile ich mit, daß ich bei
Bäckerstr. 22 zu Groß-Lichterfelde-W. belegene Restaurant mit Vereinszimmer,
Saal und großen Garten, übernommen habe. Es wird mein eifriges
Bestreben sein, die Zufriedenheit meiner werthen Gäste auch im neuen Lokal
zu erwerben, und in Küche und Keller stets das Beste zu bieten.
Hochachtungsvoll **Friedrich Wahrendorf,**
Groß-Lichterfelde-W., Bäckerstr. 22, Restaurant „Gesellschaftshaus“.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (festgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
(festgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen
für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Monatgarderobenhaus Unter-
drosselstr. 54. Elegante Monats-
anzüge, Winterpaletots, einzelne
Reiskleider, wenig getragen, für jede
Figur passend, sowie elegante neue
Herren- und Knabengarderobe zu
sehr billigen Preisen. Bitte beachten:
nur Unterdrosselstr. 54, zweites Haus
von der Markthalle. 12125*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Drüm, Dörfelstr.
14, Bahnhofstr. 264/11*

Gastronen, Petroleumkronen ohne
Anzahlung, Woche 1,00. Kleinfalger,
Louis-Bühler (selbst): Betriebsleitung
Borghamerstr. 32 (Bahnhof-
straße 81, Schönhauser Allee 79, Bad-
straße 8a, Rixdorf, Kaiser-Friedrich-
straße 247.

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig.
Bilder, Spiegel, Ferner: Möbel,
Kollertwaren, Teppiche, Gardinen,
Stoppdecken, Tischdecken, Bettzüge,
Portieren, Uhren, Gastronen, Herren-
garderobe, Weber, Prenzlauerstr. 49,
Dessau, eventuell Postkarte. 13778*

Wie wird die Staatsangehörigkeit
erworben? Ein Jaher durch das
Recht der Staats- und Reichs-
angehörigkeit, von G. Weiss. Preis
25 Pf. Expedition Lindenstraße 69,
Laden. 13858*

Stoppdecken spottbillig, Fabrik
Große Frankfurterstr. 50/51. 29938*

Federbetten, Stand 11,00, große
16,00. Einzelne Bettstühle, Bänke,
spottbillig. Handlungshaus, Rixdorf-
platz 7. 13483*

Teppiche, farbfehlerhaft, für balden
Wert. Vermittlungsstelle 5 Prozent
Erfahrung. Thomas, Dramen-
straße 160, Dramenplatz. 13518*

Herrenanzüge, Herrenpaletots,
gründgeleitet, aus feinsten Materialien
19 bis 28,00 täglich. Sonntagverkauf.
Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63,
1. Treppe. 13768*

Wanderverkauf! Hermandplatz 6.
Wanderverkauf! Baumendliche
Winterpaletots! Melanndwisch!
Badekleider! Strohanzüge! Herren-
hosen! Reistetaschen! Allerhand
Wanderverkauf! Gardinenverkauf!
Teppichverkauf! Stoppdecken! Brau-
gerichte! Wanduhren! Taschenrechner!
Bismarckmahl! Kettenschnitzerei!
Wanduhren! Stoppdecken! Käs-
macherei! Bekannt: Großberliner
Einlaufsportel! Hermandplatz 6,
Sonntag geöffnet. 1108*

Wiesensport Teppiche, Sofa- und
Salongröße, 4,50, 6,75, 10, 200 Mark.
Eine Partie mit feinen Webwaren
spottbillig. Teppichhaus Emil Felderer,
Dramenstraße 158. 11583*

Drehrollen, Handmangeln, Wasch-
maschinen, Bräunmaschinen, Berliner
Drehrollen-Fabrik, Rahmannstraße
Neumundwanzig. 12658*

Winterpaletots, Anzüge, Decken,
Uhren, verfallene Wänder spottbillig
Handlungshaus Rixdorfplatz 7.

Rahmannschen, Vergüte bis 20,00,
wer Zeitzahlung kauft oder nach-
weist. Sammlige Systeme. Brauer,
Frankfurter Allee 101, Rahmannschen-
Geschäft. 24468*

Monatanzüge und Winterpaletots,
Joppen von 5 Mark sowie Damen
von 1,50, Webpaletots von 12,00,
Fraus von 2,50, sowie für forpulten
Figuren. Neue Garderobe zu kaumend
billigen Preisen, aus Handlungen
verfallene Sachen kauft man am
billigsten bei Rak. Wulandstraße 14.

Wäsche- und Bräunmaschinen,
billige Preise, prima Qualität. Bei
Abzahlung größtes Entgegenkommen.
Bellmann, Goltzowstraße 26.

Wandlungshaus Schönhauser
Allee 110. Spottbilliger Verkauf ver-
fallener Wänder, Herrengarderobe,
Gardinen, Aussteuerstücke, Schmuck-
sachen, Betten, Teppiche, Uhren.

Gläser zu Hoes Glas und
Eisglaswerkzeugen. Die wahre Ge-
sundheit des Christentums, von August
Sebel. Preis 75 Pf. Billige Ausgabe
30 Pf. Expedition Lindenstraße 69,
Laden. 13858*

Damenhemden mit gestickter Baste
1,25, Herrenhemden 1,25, Bettbezug
nebst zwei Kissen 4,15, Bettläden
1,20. Normalwäsche, Arbeiterhemden
und elegante Reismäntel spottbillig.
Wäsche-Fabrik Salomonsthy, Dirschen-
straße 21, Alexanderplatz. 18875*

Schöne Blusen, Kostümröcke,
Kostüme aus Ia Stoffen, nicht
abgegebene Wägen kaumend billig.
Wittauer, Brunnenstraße 4 L. 25336

Total-Ausverkauf der Blum u.
Co. (siehe Konturmasse, Anzüge, Pa-
letots, zurückgebliebene Rohstoffe-
lieferungen für die Hälfte des sonstigen
Preises Friedrichstraße 212, 1 Treppe.

Winterpaletot, Anzug, mittlerer
Preis, fast neu. Witte Engelmann,
Rixd., Jahnstraße 72. 1108*

Kanarienvogel billigt Schelbe,
Zoffenerstraße 31, L. 25206

Geschäftsverkäufe.
Schnell, direkt verlaufen Ge-
schäfte, Grundstücke, Gornikeweg & Co.,
Dramenstraße 149. Telefon 4, 11611.

**Gutgehendes Müllgeschäft (Vor-
ort) krankheitshalber zu verkaufen.**
Offerten unter N. 5* Expedition
„Vorwärts“ 28256

Restaurant sofort zu verkaufen,
3 Vereine, Zahlstelle, 1800,00, Chorin-
straße 46/47. 777

Rehabilitation, alles Geschäft,
Zahlstelle, Drucker nebenan, ist bei
günstiger Zahlung sofort zu verkaufen.
„G. 25“ Postamt 95. 25118

Möbel.
Auf Teilzahlung, Möbelleistung,
Stühle und Küche, Anzahlung 15 Mark
an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark.
Verliehen genehmigte Möbel spottbillig.
„Berolina“, Kastanienallee 49. 20756*

Lesen Sie folgende Anzeigte von Hase-
manns Gelegenheits-Käufen in besseren
Möbeln und Teppichen, Lothringer-
straße 26, Schönhauser Tor. Fast keine
Möbelfirma ist imstande, diesen Monat
billiger zu verkaufen, als die obige!
Sogar reellen Leuten, welche größere
Anzahlungen leisten, gibt sie auch
Zahlungs-Erleichterung! 23415*

Speisezimmer, 6 Monate ge-
braucht, 530,- Lothringerstraße 26.*

Speisezimmer von Offizier, neun
Monate gebraucht, 700,- Lothringer-
straße 26. 23435*

Salon, wunderbar, 3 Monate alt,
625,- Lothringerstraße 26. 23445*

Herrenzimmer vom Ingenieur,
460,- Lothringerstraße 26. 23455*

Schlafzimmer, eiche mit drei-
teiligem Schrank, 450,- Lothringer-
straße 26. 23465*

Komplette Wohnungs-Einrichtung
mit moderner Küche, 250,- Loth-
ringerstraße 26. 23475*

Herrenzimmer, als Musterzimmer
gekauft, 750,- Lothringerstraße 26.

Schlafzimmer, hochmoderne Aus-
führung, mit Feuertablette und Um-
bau, gefolgt 2800,- jetzt 1650,-
Lothringerstraße 26. 23495*

Salon, kürzlich aufgelöst, wirk-
lich lebenswert, komplett 1300,- Loth-
ringerstraße 26. 23505*

Herrenzimmer, schwere Arbeit-
tische Teil verbleiben, 600, Lothring-
erstraße 26. 23515*

Teppiche, von vorjähriger Saison,
gute Muster, Tischdecken, Schafelongs-
decken, ganz billig. Lothringerstr. 26.

Ankleiderbrant, Blüschloß, Gar-
nituren, Bettstellen, Verklös, Kleider-
schränke, Ausziehtische, Ledersofa,
Alabaster, Büchse, Schreibstisch, Um-
bau, Chaiselongues, Gastronen,
Standuhren, Lederstühle, Säulen-
trumeaus, billiger wie überall.
Lothringerstraße 26. 23535*

Bestätigung in 6 Etagen mit
100 Kisternzimmer, für arm und reich,
wie in jeder gleich! Hasemanns
Gelegenheitskäufe in besseren Möbeln,
Teppichen, Tischdecken, Stoppdecken,
Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor.
Für diesen Monat solche Ausnahmepre-
ise! 23555*

Billige Möbel und Verzierungen
Ausführungen, Schränke, Verklös,
Tischentische 45,-, Büchse, Schreib-
stische 35,-, Sächerschränke 58,-, Bier-
zuchtische 68,-, Lederstühle 12,-,
Trumeaus 30,-, Verklös, Tisch,
Garnituren, bunte Küchen 55,-,
enorm große Auswahl kompletter
Wirtschaffen jeder Stilart, billiger als
überall. Alles Gelegenheitskäufe.
Dennert Möbelgeschäft, Lothring-
erstraße 55. 12708*

Möbel, große Auswahl, Gelegen-
heitskäufe: Kleiderschränke 15,00,
Wahntabletten 11,00, Küchenschränke
18,00, Studeneinrichtung 61,50,
Kabinettmöbel stets am Lager,
Büchse, Schreibtische 32,00, Sob-
mungsrichtung 158,00, Kastanien-
allee 56, Möbelgeschäft. 12116*

Moderne Wohnungs-Einrichtung
in nussbaum, große Auswahl, diesen
Monat ganz billig, Lothringer-
straße 26. 23545*

Umschaltbarer spottbillig, fast
neu: 2 Bettstellen mit Matrassen,
Kleiderbrant, Verklös, Trumeau,
Sofa, Tisch, sechs Stühle, Spiegeltisch,
Spiegel, Uhr, Bild, Gastrone,
komplette Küche. Köpferstraße 30,
Laden. 13878*

Fahrräder.
Fahrräder, Grammophone, Teil-
zahlungen, ohne Anzahlung, Loth-
ringerstraße 40. 6749*

Verschiedenes.

Violinunterricht (neu, doppelt
fördernde Methode bis zur Vollendung)
gibt erfahrener Künstler wöchentlich,
auf Wunsch auch nur eine Lektion
a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf.
Offerten unter D. 2 Expedition des
„Vorwärts“ zu richten.

Verstärkter Unterricht beherzigen
Erfolgreichen, leicht fasslichen Unterricht
in Part und Schriff der deutschen
Sprache erteilt Damen und Herren
(separat) auch abends ein tüchtiger
und gewissenhafter Privatlehrer. Die
Stunde kostet eine Mark. Eine Unter-
richtsstunde wöchentlich genügt Ge-
sellige Angebote sind unter G. 4 an
Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Patentanwalt Wegel, Schiller-
straße 94. 25556*

Kunstisoperett von Frau Kofoska,
Schlachter, Kurstraße 8, III.

Teilnehmer an einem englischen
Hotel (monatlich 4 Mark) werden ge-
sucht. Privatstunden für Anfänger
und Fortgeschrittene werden erteilt.
G. Spiewitz, Schöneberg, Sedan-
straße 57, III. 10038*

Wer Stoff hat? Fertige Herren-
anzüge 15,00, Wägen, Schneider-
meister, Lichterstraße 2. 115*

„Feldhaus“ Verkauf, Große Frank-
furterstraße 116, kauft, beliebt Herren-
garderobe, Goldwaren, Silberwaren,
Uhren, Bänke, Pelzwaren, Stoffe,
Nigarren, Fahrräder sowie jeden
Wertgegenstand. 13008*

Klavierkursus, Monatspreis 3,00,
Klavierstunden frei. 20 Klaviere,
Albrechts Musikakademie, Rixd.,
Dramenstraße 147. 11/10

Matina, Gold, Silber, Gebilde,
sowie sämtliche gold- und silber-
haltigen Rückstände kauft Goldschmelze
Köpenickerstraße 29. 11/11*

Wachhals Heinrich Kobell,
Köpenick, Köpenickerstraße 21. Bett-
wäsche, Bettwäsche, 3 Handtücher,
4 Tischentische 0,10. Abholung,
Lieferung Montags. 24995*

Bästige Haare entwertet sofort
schmerzlos unter Patentverfahren.
Preis 1,50. Chemische Fabrik Tellen,
Kurfürststraße 144. 25165

Armschuh, Verleberstraße 26,
Saal, 800 Verlenen fassend, zum
ersten Weihnachtseiertag an Vereine
zu vergeben. 1128

Möbliertes Zimmer (Bad-
benutzung) vermietet billig Eohn,
Große Frankfurterstraße 121, Quer-
gebäude I. 1119

Parteilose sucht Teilhaber
seines möblierten Zimmers. Denke,
Wilmersstraße 18, vorn III. 123

Heer findet bei Witwe (schon
möbliertes Heim Wendischstr. 15,
Seitenflügel IV rechts. 1127

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Vorder-
zimmer, separat, Derrn, Oranien-
weg 63, I. Riedel. 24706*

Möblierte Schlafstelle für zwei,
10,00, Stallerstraße 30, Quer-
gebäude I, Schulz. 24956*

Schlafstelle, 1-2 Herren Witwe
Wolke, Halberstraße 7, vorn II.

Möblierte Schlafstelle, Witwe
Waller, Kantenstraße 2, Quer-
gebäude IV. 1114

Möblierte Schlafstelle (Herren),
12,00 mit Kaffee, Neanderstraße 6,
vorn II, Gersonsdth. 1135

Freundliche Schlafstelle (Herren)
Neanderstraße 25, vorn IV, Weidig.

Schlafstelle, Derrn, vermietet
Renell, Kanteuffelstraße 6, vorn. 728

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Wasserleitung verlangt Derrn,
Stalauerstraße 3. 25215

Tüchtige Kochmädchen auf Gehalt
und Zeilenarbeit verlangt B. B.
Dennmann, Alexandrinenstraße 95/96.

Waisensöhne Bürgelweberinnen
suchen in und außer dem Hause dauernde,
lohnende Beschäftigung bei S. Ros-
bacher, Köpenickerstraße 109a, Rixden-
berg, Wagnerstraße 3, Friedrichs-
hagen, Kurzestraße 15. 24906*

Waisensöhne im Alter von 14 bis
16 Jahren aus achtbaren Familien
bei monatlicher Vergütung für unsere
familialen Geschäfte per sofort, auch
später gesucht. Meldungen nur in Be-
gehung der Eltern oder des Vor-
mundes mittags 1-2 oder abends
8-9. H. Jandorf u. Co., Belle-Alli-
ancestraße 1/2, Spittelmarkt 16/17,
Kottbuserdamm 1/2, Gr. Frankfurter-
straße 113, Brunnenstraße 19/21. *

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

**4 tüchtige
Hohlschleifer**

perfekt auf alte und neue Ma-
schin zu sofortigem Eintritt bei hohem
Lohnlohn gesucht. 45428*

**G. W. Raff, 97 Charlotte Street,
London W.**

Redakteurgesuch.

Für die „Tribüne“ in Erfurt wird zum 1. Januar 1909 ein
leitender politischer Redakteur
gesucht. Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse.
Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche sind bis zum 15. No-
vember zu richten an den Vorsitzenden der Prüfungskommission
292,2*
Herm. Rex, Erfurt, Johannesstr. 85.

Partei-Angelegenheiten.

Die Vortragsabende des Genossen Dr. Conrady über: „Die französische Revolution“ beginnen in den „Germania-Sälen“ am Montag, den 2. November, abends 8 Uhr; in Kellers Festsaal am Freitag, den 6. November, abends 8 Uhr. Billets für sechs Vortragsabende zum Preise von 60 Pf. sind in den Kreisen bei den Abteilungs- und Bezirksführern zu haben.

Zur Lokalkasse. Im IV. Kreis hat das Lokal „Köpenicker Hof“, Köpenickerstraße 174 den Inhaber gewechselt. Die jetzige Besitzerin, Frau Anna Eichler glaubt, auf den Besuch der Arbeiterkundschaft verzichten zu können und ist daher auch nicht gewillt, das Lokal der Arbeiterkundschaft zu Verfügung zu stellen. Wir ersuchen deshalb, vorstehendes zu beachten, speziell machen wir diejenigen Arbeitervereine, die dort vielleicht Vergünstigungen abgeschlossen haben, ganz besonders darauf aufmerksam. Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 1. November, abends 6 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (großer Saal) eine Versammlung für Männer und Frauen statt. Genosse Emil Dittmer spricht über „Darwinismus“. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein. Entree inklusive Garderobe 20 Pf. Tanz frei.

Lichtenberg. Heute abend im Lokal von Paul Schwarz, Dorffstraße, Vortrag in der Arbeiter-Bildungsschule über Nationalökonomie.

Die Wahlvereinsmitglieder haben hierzu nur einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von 25 Pf. zu entrichten. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Schneiders bei Königs-Wusterhausen. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Sonnabend, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokale von Otto Baetsch statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitage. Referent: Genosse Groger. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zur Brotpreisfrage.

Die Brotpreise und ihre Bewegung werden in Berlin, wie bekannt, vom Statistischen Amt der Stadt dauernd beobachtet. Unmonatlich zweimal wird in 40 Bäckereien Badwaren angekauft, ihr Gewicht ermittelt und danach der Preis pro Kilogramm berechnet. Hierbei ergibt sich nun regelmäßig, daß der Abstand zwischen dem Höchstpreis und dem Mindestpreis sehr erheblich ist.

Nehmen wir als Beispiel die Ermittlungen von Anfang Oktober 1908. Während als Durchschnitt aus 40 Bäckereien für das Kilogramm Roggenbrot ein Preis von 30 1/2 Pf. herauskam, war in einer Bäckerei der überhaupt niedrigste Preis 24 Pf. und in einer anderen Bäckerei der überhaupt höchste Preis 40 1/2 Pf. Dieser Unterschied ist so groß, daß mancher verwundert den Kopf dazu schütteln wird. Im fünfgrößten Brot bekam man in der einen Bäckerei fast 4 1/2 Pfund, in der anderen knapp 2 1/2 Pfund. Eine Familie, die in der ersterwähnten Bäckerei kauft und wöchentlich 7 Brote braucht, also volle 29 Pfund verzehrt, würde in der anderen Bäckerei mindestens 11 1/2 Brote kaufen müssen, um dasselbe Quantum zu bekommen. Die Mehrausgabe für 4 1/2 Brote pro Woche würde 2,25 M. betragen, macht im Jahre 117 Mark.

Angeichts so ungeheurer Preisunterschiede muß sich dem Käufer die Frage aufdrängen, aus welchen Ursachen er sie sich zu erklären hat. Daß Brot, das nicht genügend ausgebacken ist und daher noch viel Wasser enthält, durch Mehrgewicht den Käufer täuscht, ist bekannt. Aber kein Brot kann so mangelhaft ausgebacken sein, daß so bedeutende Gewichtsunterschiede herauskommen, wie wir sie oben angegeben haben. Auch die Unterschiede in den Herstellungskosten können unmöglich so groß sein, daß sie hinreichen, solche Ungleichheiten des Brotpreises zu erklären. Es ist richtig, daß der eine Bäcker das Wehl, die Hefe, die Feuerung usw. billiger als ein anderer einzukaufen in der Lage ist, richtig auch, daß der eine für seine Bäckerei nebst Verkaufsräumen usw. weniger Miete als ein anderer zu zahlen braucht, richtig ferner, daß der eine an den Löhnen noch mehr als der andere zu sparen versteht. Aber zu all dem kommt als das vermutlich Wichtigste und Ausschlaggebende der Profit, den der Bäckermeister beansprucht. Man muß annehmen, daß auch in diesem Punkte sehr erhebliche Unterschiede bestehen, und daß die Preisdifferenzen zu einem großen Teile aus der Höhe des Profites zu erklären sind.

Interessant ist übrigens, daß der Abstand zwischen den Höchst- und den Mindestpreisen im Laufe der letzten Jahre immer größer geworden ist. Von Anfang Oktober 1904 bis Anfang Oktober 1908 stieg beim Roggenbrot der Mindestpreis pro Kilogramm von 19 Pf. auf 24 Pf., d. h. um etwas mehr als ein Viertel des früheren Preises, aber der Höchstpreis pro Kilogramm von 27 1/2 Pf. auf 40 1/2 Pf., d. h. um annähernd die Hälfte des früheren Preises. Wer kann sagen, wie das zu erklären ist? Hier wird die Brotpreisfrage schon mehr zu einer Brotpreisfrage.

Ueber die Unfallstation am Mariannenufer teilten wir vor einiger Zeit mit, daß dort die pflichtgemäßen Vorkehrungen, den Hilfesuchenden die Auffindung der Unfallstation zu erleichtern, verabsäumt worden seien. Diese Unfallstation ist untergebracht nicht an der Straße im Vorderhause, sondern auf dem Hofe im Quergebäude und zwar im ersten Stockwerk. Da auf demselben Grundstück ein Restaurant sich befindet, so bleibt bis etwa im Mitternacht die Haustür offen. Hilfesuchende können dann, ohne erst eine an der Straßenfront des Vorderhauses angebrachte Klingel benutzen zu müssen, über den Hof in das Quergebäude gelangen. Nun hatte man lange Zeit hindurch es für überflüssig gehalten, den Treppenaufgang zur Unfallstation in den Nachtstunden dauernd zu beleuchten. Es scheint, daß jedesmal erst in dem Augenblick, wo von der Straße aus die Alarmglocke gezogen wurde, das Personal der Unfallstation die Treppe für kurze Zeit beleuchtete. Wenn aber ein Verletzter ahnungslos durch die offene Haustür den Hof betrat und selber den Weg zur Unfallstation suchte, so mußte er die dunkle Treppe hinaufsteigen. Ein bestimmter Fall solcher Art, den man uns gemeldet hatte, war uns Veranlassung, diesen skandalösen Zustand öffentlich zu besprechen. Personen, die einen schwerverletzten Mann zur Unfallstation brachten, waren genötigt, ihn im Dunkeln die Treppe hinaufzuschleppen und im Dunkeln auf dem Treppensurvor der verschlossenen Tür der Unfallstation lange zu warten, ehe sie sich Zutritt verschaffen konnten. Wir schilderten dieses Verkommen und fügten hinzu, es fehle auch dem Klingelknopf an der Straßenfront ein Hinweisschild darauf, daß die Klingel zur Unfallstation führt, und obenein bleibe die Transparentlaterne die Nacht hindurch unzerleuchtet. Unser Artikel hatte einen schnelleren Erfolg, als wir selber zu hoffen gewagt hatten. Noch an demselben Tage, wo er veröffentlicht worden war, wurde die Laterne gereinigt, was ihr lange nicht mehr passiert war. Am Abend wurden in ihr die Gasflammen angezündet, seit langer Zeit zum erstenmal wieder, und von nun an beläuft auch der Treppenaufgang dauernde Beleuchtung für

die ganze Nacht. Außerdem wurde die Klingelleitung untersucht und anscheinend eine Reparatur an ihr vorgenommen, und es wurde unter dem Klingelknopf an der Straßenfront ein besonderer Hinweis auf die Unfallstation angebracht. So schien alles in Ordnung zu sein, und wir freuten uns der rasch eingetretenen, durch uns herbeigeführten Besserung. Leider hat aber diese Besserung nicht lange vorgehalten. Neuerdings ist uns mitgeteilt worden, schon bleibe wieder in der Nacht der Treppenaufgang unzerleuchtet, sodas Verletzte bezw. ihre Begleiter Mühe haben, die Unfallstation zu finden. Wir haben daraufhin in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch das Grundstück aufgesucht, durch die noch offene Tür den Hof betreten und im Quergebäude uns selber davon überzeugt, daß die Treppe in der Tat unbelichtet war. Zwar gelangte von den auf dem Hofe befindlichen noch brennenden Laternen des Restaurants ein Lichtschein durch Tür und Fenster des Quergebäudes bis zu dem Treppenaufgang. Aber beim Transport brennender Kerzen besteht in dem auf Treppe und Treppenhalle herrschenden Halbdunkel die Gefahr eines erneuten Unfalles. Es ist geradezu unbegreiflich, warum die Beleuchtung der Treppe wieder unterbleibt. Eine gewöhnliche Gasflamme würde in acht Nachtstunden etwa ein Kubikmeter Gas verbrauchen, wofür 12 1/2 Pf. zu zahlen wären. Hat das Kuratorium der Unfallstation angeordnet, daß die paar Pfennige gespart werden sollen? Oder hat die Zeitung der Unfallstation am Mariannenufer selbstherrlich dekretiert, daß die dauernde Beleuchtung der Treppe überflüssig sei? Angeichts solcher Zustände kann man sich wirklich nicht wundern, wenn die Bevölkerung den Unfallstationen den letzten Rest des Vertrauens entzieht, daß sie zu ihnen geschäftig hat.

Die Berliner Markthallen, die Schmerzenskinder von Berlin, wie sie der Stadtkämmerer nannte, dürfen in nächster Zeit erhebliche Veränderungen erfahren.

Bereits im April 1907 hat die Markthallen-Deputation einen Antrag unserer Genossen Hingje und Schubert angenommen, den Engrosmarkt für Fleisch in die Nähe des Schlacht- und Viehhofes zu verlegen. Auf dem großen Terrain zwischen Landsberger Allee, Kniprodstraße und Ringbahn sollen 5 Hallen für den Fleischmarkt und eine Kälthalle errichtet werden, deren Kosten auf zirka acht Millionen Mark veranschlagt werden. Welche bedeutende Entwidlung der Fleischgroßhandel genommen hat, beweisen folgende Zahlen: An Standplätzen waren vergeben

Table with 2 columns: Year and Area in square meters. Data: 1898: 1440, 1896: 1769, 1900: 1921, 1903: 2404.

Es waren also im Jahre 1903 956 Quadratmeter oder 66 Proz. mehr belegt wie im Jahre 1893 bei Eröffnung der Zentralhalle 1A. Eine weitere Ausdehnung ist seitdem unmöglich, da weitere Räume nicht zu beschaffen sind.

Auch der Handel mit Wild, Geflügel und Fischen hat sich stark entwickelt.

Im vorigen Jahre wurden allein durch die städtischen Verkaufsberechtigten: Rothwild 19 008, Damwild 3098, Rotwild 5790, Schwarzwild 1511, Hasen 175 922, Kaninchen (wild) 136 605, Kalbner 42 905, Rebhühner 193 476, lebende Fühner 100 354, Enten 14 847, geschlachtete Gänse 371 220, geschlachtete Hühner 471 884, geschlachtete Enten 82 257; zusammen 1 622 812 Stück, während im Jahre 1906 diese Zahl noch um 200 000 Stück übertroffen wurde.

Der Jahresumsatz in lebenden und toten Fischen durch die Fischauktionen belief sich auf 29 076 Zentner, wovon 13 087 Zentner auf lebende und 15 989 Zentner auf tote, d. h. Seefische entfielen.

Eine ganz kolossale Entwicklung seit Eröffnung der Zentralhallen aber hat der Handel mit Obst, Früchten, Gemüse, Karloffeln, Mäckerwaren usw. genommen; allein auf der Eisenbahnanlage der Zentralmarkthallen wurden ein- resp. ausgeführt:

Table with 3 columns: Year, Imported (in 1000 kg), Exported (in 1000 kg). Data: 1886: 4, 0.5; 1887: 12, 2.2; 1888: 29.2, 4.0; 1893: 53.8, 4.2; 1898: 71.7, 4.2; 1903: 96, 6.1; 1907: 118.5, 5.

Während sich die Ausfuhr stets in bescheidenen Grenzen gehalten, hat sich die Einfuhr von 4 Millionen Kilogramm im Jahre 1886 auf 118.5 Millionen Kilogramm, also um das 29fache gesteigert. Eine weitere Entwicklung aber ist auch hier ausgeschlossen, da die Eisenbahnanlagen, auf welchen 50 Waggons gleichzeitig ausgeladen werden können, nicht mehr erweiterungsfähig sind; denn die Kosten dieser Erweiterungsanlagen würden Millionen verschlingen und doch nur notdürftige Abhilfe schaffen.

Geradezu lebensgefährliche Zustände zeigen sich in den Morgen- und Vormittagsstunden in den in der Nähe der Hallen belegenen Straßen. Die Kaiser-Wilhelm-Straße, Dirdensstraße, Contard- und Ponoramstraße, Neue Friedländerstraße, Kochstraße, Königsgraben usw. sind mit Fuhrwerken aller Art auf beiden Straßenseiten besetzt; mehr denn 1600 Schlächter- und Gemüswagen suchen hier ihre Waren aus- und einzuladen. Es kann täglich beobachtet werden, daß nicht nur Marktwagen, sondern auch Privatfuhrwerk und Automobile über die Bürgersteige fahren und das Publikum gefährden. Aus diesem Grunde erklärte das Polizeipräsidium schon im Jahre 1901, als es die Einrichtung der Stadtbahnböden 133/135 für den Fleischgroßhandel genehmigte, daß die Erlaubnis zu einer weiteren Vergrößerung der Zentralmarkthallen an der bisherigen Stelle nicht erteilt werden könne. Es müssen also auch für Großhandel mit Obst, Früchten, Gemüse usw. andere Räume beschafft werden. Die Markthallen-Deputation hat zu diesem Zweck das 65 000 Quadratmeter große Terrain des alten Lehrers Güterbahnhofs in Aussicht genommen. Dieses Terrain dürfte sich für diesen Zweck ganz vorzüglich eignen, da die Zufuhr sowohl durch Eisenbahn wie auch durch Wasserverehr genügend gesichert ist. Auf diesem Terrain sollen zunächst vier Pavillons mit Galerien und vier ohne Galerien errichtet werden. Die Kosten dieser Anlage sind ganz erheblich; für den Grundwerb werden verlangt 7 500 000 M., für die Erbauung der 8 Pavillons sind 8 200 000 M. und für die Verzinsung des Kapitals während der Bauzeit 600 000 M. in Ansatz gebracht, so daß sich der Gesamtbetrag auf 16 1/2 Millionen stellt, während die Erbauung unserer jetzigen beiden Zentralhallen nur 10 Millionen Mark kostete.

An eine Verzinsung des Kapitals dürfte vorläufig nicht zu denken sein, und so dürfte der Herr Kämmerer seine Sorgen um die Zukunft der Markthallen einstweilen noch nicht lösen werden.

Geradezu trostlos sieht es nun aber in einigen unserer Detailhallen aus. Während die Halle 12 auf dem Gesundbrunnen bereits 1898 geschlossen wurde, da der Verkehr gleich Null war, werden jährlich die Leberschiffe der Zentralhallen dazu verwandt, um eine Schließung der verkehrslosen Hallen zu vermeiden. In der Halle 3, Mauerstraße, sind zurzeit besetzt 25 Proz. der Stände, in der Halle 4, Dorotheenstraße, 89 Proz., in der Halle 11, Wartheinseleplatz, 33 Proz., in der Halle 10, Arminiusplatz, 28 Proz., und in der Halle 13, Wörtherstraße, 10 Proz. aller Stände. Die Verwaltung dürfte ernstlich daran zu denken haben, eine Schließung dieser Hallen vorzunehmen, da an eine Besserung dieser Verhältnisse nicht zu denken ist. Diese Hallen sind eben an zu verkehrslosen Straßen und Plätzen errichtet, daß sie vom kaufenden Publikum nicht aufgesucht werden. In Betracht zu ziehen ist auch die Einrichtung der Warenhäuser, die Errichtung großer Spezialgeschäfte, welche oft weit größere Umsätze machen und ihre Waren zu Preisen anbieten, die in unseren Detailhallen nicht möglich sind; hinzu kommt ferner die Eröffnung von Wochenmärkten in den Vororten und Privatmärkten in Berlin; auch die Konkurrenz des Straßenhandels ist eine ganz erhebliche. Mit

der Frage der Schließung dieser Hallen hat sich, wie wir gestern berichteten, die Markthallen-Deputation bereits beschäftigt, ein definitiver Beschluß liegt noch aus. An der Verlegung des Engrosmarktes muß jedenfalls mit allen Kräften gearbeitet werden.

Die Gesellschaft „Einflüchens“, deren Einrichtung der „Vorwärts“ vor kurzem geschildert hat, läßt neuerdings in der Rumpfscher Straße in Charlottenburg ein weiteres Gebäude aufführen, bei dessen Ausführung für die Arbeiter manches zu wünschen übrig bleibt. Ueber die hier herrschende Arbeitsmethode geht uns folgender Bericht zu: „Schon an dem ersten Gebäude kam an Stelle des verdienten Lohnes am 10. Oktober ein Brief an, nach dessen Inhalt der betreffende bauausführende Unternehmer Lohn nicht zahlen konnte, da er von der Gesellschaft kein Geld bekommen hätte. Endlich am 18. Oktober wurden die Arbeiter ausgelohnt; bis dahin hatte die Arbeit geruht.“

Am 17. Oktober haperte es von neuem mit der Lohnzahlung. Der Unternehmer erklärte, er habe nur 400 M. zum Lohnauszahlung für die Arbeiter erhalten; es erhielt jeder Beschäftigte nur einen Teil des Lohnes, der Rest folgte erst später. Wiederrum hatte die Arbeit zwei Tage geruht. Am folgenden Sonnabend, den 24. Oktober, ging die Geschichte wieder los. Schon im Laufe des Tages merkte man auf dem Bau, daß etwas nicht stimmte; endlich sprach es sich herum, daß Geld zum Auszahlen des Lohnes nicht vorhanden wäre. — Nach Schluß der Arbeit erluchte einer der Herren Gesellschafter den Bauunternehmer G. telefonisch doch sofort nach dem „Café Wismar“ am Charlottenburger Knie zu kommen. Da die Arbeiter mittraulich geworden waren, begleiteten sie ihn dorthin und überführten sich persönlich, daß ihm von einem der Herren Gesellschafter 400 M. ausgehändigt wurden und wieder mußten der Maurerpolier und einige Maurer und Arbeiter ohne Lohn ihre Wohnung aufsuchen.

Auch das zu verarbeitende Material ist nicht von einwandfreier Beschaffenheit. Die Ziegelsteine ähneln in der Qualität denen, die an dem Unglücksbau am Königsberg verhandelt wurden. Der Zement hat mehr die Eigenschaften des Frankfurter Schwarz, er kann wohl als Farbe-, nicht aber als Bindemittel in Frage kommen. Die mit diesem Material hergestellten Pfeiler lassen in den Mauerfugen nach zehn Tagen noch den Grad der Härte vermissen, der eigentlich vorhanden sein müßte. Die Baupolizei hat deshalb auch die Weiterarbeit inhibiert und an die Bauleitung die Forderung gestellt, daß zunächst die mit diesem Zement hergestellten Tragepfeiler entfernt und durch andere aus besserem Material hergestellte ersetzt werden; so daß wieder die Arbeit stockt. Nebenbei sei bemerkt, daß bei der Ingebrauchnahme des ersten Gebäudes dieses noch einen ziemlich unfertigen Charakter hatte, Treppengeländer vermissen ließ usw.

Die Gesellschaft müßte es sich doch zur Aufgabe machen, erst die notwendigen Kapitalien zu sammeln, um nicht die Arbeiter, die sie beschäftigt, in steter Angst um ihren Lohn leben zu lassen.

Aus der Glendachronik. Auf dem Wannseebahnhof erschossen hat sich gestern abend der wohnungslose 24 Jahre alte Kaufmann Walter Wartelt. Der Lebensmüde hat die Tat wegen Nahrungsorgen begangen. Seit längerer Zeit stellunglos war es ihm nicht gelungen, wieder Beschäftigung zu erhalten und die Nahrungsorgen nahmen von Tag zu Tag immer mehr bei dem Vermisten zu. In der Bergweisung griff W. zum Revolver; er jagte sich gestern abend auf dem Wannseebahnhof eine Kugel in die Brust und wurde sterbend nach der Charité gebracht.

Im städtischen Obdach in der Fröbelstraße ist gestern die wohnungslose 60 Jahre alte Witwe Betty Pitting vom Tode überrascht worden. Sie brach kurz vor dem Schlafengehen plötzlich leblos zusammen und war auf der Stelle tot; ein Herzschlag hätte ihrem Leben ein jähes Ende bereitet.

Gegen die kleinen Weihnachtskinder

richtig folgende Bekanntmachung des hiesigen Polizeipräsidenten: „Nach §§ 42b Absatz 5, 148 Nr. 5 und 148 Nr. 7d der Reichsgewerbeordnung dürfen Kinder unter 14 Jahren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an öffentlichen Orten (einschließlich Schankwirtschaften) oder ohne vorgängige Bestellung von Haus zu Haus Gegenstände nicht feilbieten; ebenso dürfen Eltern, Erzieher oder Dritte Kinder unter 14 Jahren zu solchem Feilbieten nicht zuschicken oder anleiten, widrigenfalls Geldstrafe bis zu 150 M., im Unvermögensfalle Haft bis zu 4 Wochen verhängt ist.“

Da die bei Anwendung dieser Vorschriften während der Weihnachtszeit in Berlin bisher polizeilicherseits geübte Nachsicht vielfach zu ernstlichen Mißständen geführt hat, so kann künftig auch zur Weihnachtszeit ein solches Feilbieten durch Kinder unter 14 Jahren nicht mehr zugelassen werden.

Für die diesjährige Weihnachtszeit, und zwar für die Zeit vom 11. bis einschließlich 24. Dezember wird ich jedoch auf Grund des § 42b Abs. 5 der Gewerbeordnung noch einmal ausnahmsweise ein solches Feilbieten durch Kinder gestattet, jedoch nur für Kinder über 12 Jahre und nur an Verlagsnachmittagen zwischen 5 und 8 Uhr. Auch muß jedes solche Kind eine von dem Rektor seiner Gemeindefschule vorgelegene Ausweiskarte bei sich führen und den Polizeibeamten auf Verlangen vorweisen. Kinder, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden fortgewiesen. Übertretungen werden nach den eingangs angezogenen Vorschriften geahndet.“

Zwei und dreiviertel Jahr unterwegs war eine Postkarte, die uns dieser Tage vorgelegt wurde. Diese lange Zeit hat es bedurft, bis die Karte von Hamburg bis Berlin gelangte. Die Karte wurde am 31. Dezember 1905 in Hamburg zur Post gegeben und entfiel Neujahrswünsche an eine Berliner Familie. In Berlin wurde die Karte bestetzt am 21. Oktober 1908, wie der Poststempel aufweist. Wo mag die Karte so lange gefleht haben?

Die Postkassette Riegelstraße 2 ist wieder eröffnet. Augenfranke werden daselbst werktäglich von 10 1/2 bis 12 Uhr unentgeltlich behandelt.

Schon wieder eine Verkehrsstörung. Aus Anlaß der am 31. d. M. vormittags 11 Uhr im Lustgarten stattfindenden Rekruteneidung werden von 10 Uhr vormittags ab bis nach beendetem Feiern der Lustgarten, die Schloßfreiheit, die Schloß- und Kaiser-Wilhelm-Brücke für jeden Verkehr gesperrt.

„Freiheit“. Die Besprechung des kürzlich im Luisen-Theater aufgeführten politischen Schauspiel „Freiheit“ von Karl Vöttcher hat den Autor veranlaßt, uns mitzuteilen, daß er Anstoß nehme an dem darin ausgesprochenen Zweifel an seiner Ueberzeugung, die tief und kräftig in der Arbeiterkundschaft wurzeln, da er selbst aus dem arbeitenden Volke komme. Speziell empfinde er die Worte: „er mache in Salmi-Sozialismus“ als eine persönliche Ehrenkränkung. Wollte er aus Gesellschaftern in politischen Anschauungen „machen“, so würde er nicht Stücke schreiben, denen wegen ihrer Tendenz die bestzahlenden Hoftheater von vornherein verschlossen seien, wie „Ausgewiesen“, das zuerst über ein Jahrzehnt verboten war und noch jetzt der liebevollen Verfolgung seitens der Polizei ausgesetzt sei, oder wie „Freiheit“.

Wir können Herrn Vöttcher nicht zustimmen, daß in den oben angezogenen Worten eine persönliche Kränkung des Autors liege. Es hat dem Verfasser jener Besprechung und auch uns vollkommen ferngelegen, Herrn Vöttcher persönlich zu kränken.

Feuerwehrbericht. Der erste Zug der Berliner Feuerwehr wurde wegen eines Brandes, der in einer Manjardwohnung des Seitenflügels Rauschstraße 12 ausgebrochen war, alarmiert. Dort brannten die Schokolade, Kleider, Möbel u. a. Der fünfte Zug hatte in der Köpenicker Straße 42 zu tun, wo das Tischgebäl in Brand geraten war und ausgelesen werden mußte. Werkstoffbrände beschütigen bis

Wohnung in der Friedrichsberger Straße 2, auf dem Nordbahnhof und an anderen Stellen. Mit einem kleinen Wohnungsbrand in der Inmannstraße 29 wurde die Feuerwehre schnell fertig. Ferner leitete die Wehr in der Siegauer Straße 41 mit einem Sauerstoffapparat Hilfe. — Die Schützenberger Feuerwehre löschte einen Zimmerbrand in der Speyerer Straße 29 und einen Pfeifkohlenbrand auf dem Bahnhof Friedenau-Wilmersdorf.

Vorort-Nachrichten.

Nizdorf.

Äußerst rühmliche Ansichten bereitet die Armenkommission bei Befragung von Ehrenämtern in den Armen- und Waisenkassen. Daß die dritte Abteilung im Prinzip davon ausgeschlossen wird, war man seit Jahren gewöhnt, daß aber Frauen, die doch auch vom Magistrat seit langer Zeit zur Armen- und Waisensorge als ebenso geeignet wie notwendig anerkannt werden, nicht die Gnade der Majorität dieser Deputation finden, ist ein starkes Stück. In der letzten Sitzung wurde eine Fiskalfrau für eine Armenkommission vorgeschlagen; der betreffende Armenvorsteher hat hierauf in einem Schreiben, die Deputation möge von der Wahl Abstand nehmen. Gründe: Mit dem Einziehen der „Damen“ in die Kommission sei in Zukunft der Friede gestört, und mit der Eintracht und dem harmonischen Zusammenarbeiten in der Kommission sei es vorüber. Der Herr Armenvorsteher fürchtet, daß die übrigen Kommissionsmitglieder dann ihre Tätigkeit einstellen würden. Diese Gründe waren für die Majorität der Deputation durchschlagend, trotzdem von sozialdemokratischer Seite hiergegen Widerspruch erhoben und gesagt wurde, daß dieser Auffassung und Begründung für die Ablehnung jede Beweiskraft fehle. Die wahre Ursache, die politische Stellung der Fiskalfrau wurde zurückgewiesen. Würde die Frau eines Doktors, eines Hauswirts oder eines Beamten in Vorschlag gebracht, so hätte man solche Gründe sicher nicht angeführt. Gewiß, die Drohung, daß die Kommission ihre Tätigkeit wegen der Fiskalfrau einstellen könnte, wirkte, — man wählte die Frau nicht. — Ein Streifzug mit der Großen Berliner Straßenbahn soll gerichtlich zum Austrag gebracht werden. Die Berliner Straßenbahn ist vertraglich verpflichtet, für jeden Unglücksfall die Kosten zu tragen. Da zwei Unglücksfälle zurzeit vorliegen und die Berliner Straßenbahn sich weigert zu zahlen, wird dementsprechend beschloffen. Der wirtschaftliche Niedergang hat es mit sich gebracht, daß der Armenrat für Vorkostung und Naturalien stark überfordert wurde. Da die Hauptausgaben noch bedürftig, wurde beschloffen, bei der Stadtverordnetenversammlung zu diesem Zweck 2000 Mark zu beantragen, desgleichen beim Etat Geburts-Hilfe 1825 Mark. Der Magistrat hält es für notwendig, da in dem Etat 1000 Mark für Hauspflege eingestellt sind, dieselbe jetzt zur Anwendung zu bringen. Die kirchlichen Hauspfleger — es sind sieben Schwelger — sind so überlastet, daß es ihnen unmöglich ist, auf diesen Gebiete noch mehr zu übernehmen; deshalb macht es sich notwendig, die Hauspflege in städtischer Regie weiter zu entwickeln. Zu diesem Zwecke sollen aber noch „milde Gaben der Großindustriellen“ in Anspruch genommen werden. Die Landesversicherungsanstalten Brandenburg und Berlin und Oriskassen sollen ersucht werden, Beiträge zu leisten. Ein Stadtverordneter I. Klasse konnte es nicht über sein christliches Herz bringen, dagegen Sturm zu laufen. Werde erst so etwas angefangen, meine der Herr, dann gehe ein Tausend nach dem anderen zum Teufel. Um alle Ausgaben zu decken, werde man eine Erhöhung des Kommunalsteuerzuschlages von 100 auf 120 Prozent vornehmen müssen. Von unserer Seite wurde dem Herrn durch verschiedene Beispiele entgegengehalten, daß er sich bei patriotischen Festen nicht so knauserig zeige. Außerdem sei die Hauptfrage eine Vorbeugungsmaßregel, um den Armenrat zu entlasten. Denn wenn die Frau im Hause krank niedersiege, seien die Kinder sich oft selbst überlassen, was den Mann häufig zwingt, der Arbeit fern zu bleiben. Dadurch werde der Mann nicht selten arbeitslos. Auf die Majorität waren diese Argumente von überlegendem Einfluß. Zum Schluß wurde einem Antrage zugestimmt, für jede Waisenkolonie nur einen Waisenzug zu beschaffen, die Behandlung der Waisenkinder zu übertragen. Pro Kopf und Jahr sind 4 M. ausgesetzt.

Krankenkassenwahlen in Nizdorf!

Alle Mitglieder der hiesigen Oriskrankenkassen werden hierdurch aufgefordert, sich an dem am Sonntag, den 1. November, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags stattfindenden Wahl der Delegierten der Arbeitnehmer zu beteiligen. Gewählt wird im Klassenlokal „Ideal“ Passage 12, I. Eingang von der Weichselstr. 8 aus 2 Hof, von Fußstr. 55/58 aus 3 Hof. Als Legitimation gilt das abgestempelte Quittungsbuch, welches sich die Mitglieder zum Arbeitgeber ausshändigen lassen müssen.

Die Arbeitgeber wählen am Montag, den 2. November, von abends 6 1/2 bis 9 1/2 Uhr, ebenfalls im Klassenlokal. Als Legitimation gilt die letzte quittierte Beitragsrechnung. Im Tertium zu vermeiden bemerken wir, daß die Arbeitgeberliste mit dem Namen G. Gollasch beginnt und mit Hoppe endet. Wir ersuchen die Arbeiter und Parteigenossen, sich recht zahlreich an beiden Tagen zur Beteiligung zu stellen. Treffpunkt: Weichselstr. 8.

Die Gewerkschaftskommission.

„Die Forderungen der Sozialdemokratie in der Kommune“ war das Thema, das in drei öffentlichen Versammlungen am Dienstag behandelt wurde. Im Hoppeschen Lokal sprach Genosse Dr. Silberstein, bei Thiel Genosse Wuylich und bei Feisch Genosse Pagels.

Bezugnehmend auf die Ende November dieses Jahres stattfindenden Stadtverordnetenwahlen wiesen die Redner darauf hin, daß jetzt die bürgerlichen Parteien wieder um die Gunst namentlich der unangeführten Arbeiterklasse buhlen. Es sei daher dringend notwendig, die Taten der bürgerlichen Vertreter zu beleuchten. Eines der wichtigsten Gebiete sei die Volksschule. Zwar habe der frühere Stadtrat Weintreich, jetzige zweite Bürgermeister, gesagt: „Wir sind stolz auf unsere Volksschule,“ doch sei noch immer eine Klassenfrequenz von 65—68 Schülern vorhanden. Durch wiederholtes ländliches Drängen der sozialdemokratischen Fraktion sei es gelungen, daß jetzt die erste Schule (Wobbinstraße) über Brausebäder verfügt. Die Schulfrage werde zur reinen Komödie, wenn man berechnet, daß auf mehr als 80 000 Kinder seit kaum einem Jahre ein einziger Arzt angestellt sei, während mindestens zehn Ärzte vorhanden sein müßten. In der Schuldeputation sei kein Arbeitervertreter, dafür aber außer dem Dezenten und Bürgermeister Weintreich sei ein Geistlicher der katholischen und evangelischen Kirche, ein ehemaliger Gastwirt, ein Kollereibesitzer usw. Diese Herren besäßen indes kein Rückgrat, erklärten sie doch bei Befragung der Schuldeputation, unsere Genossen würden, falls sie gewählt werden, von der Regierung doch nicht befristet. Durch unermüdliches Eintreten der Arbeitervertreter sei es erst möglich gewesen, das Gewerbe-Schulwesen obligatorisch einzuführen. Ebenso tröstlos sei es mit der Armen- und Waisensorge bestellt. Eine Witwe werde gezwungen, mit 5 M. Pflegegeld pro Kind auszukommen, seien 5—6 Kinder vorhanden, dann müsse ein davon selbst ernährt werden.

Niel Elend könnte befristet werden, aber für die Armen der Armen, für die Obdachlosen habe man keine Mittel übrig. Werden in dieser Hinsicht irgendwelche Verbesserungsanträge seitens unserer Vertreter gestellt, so stünne man geschlossen gegen dieselben. Den Geist in dieser Körperlichkeit charakterisiere so recht der Ausdruck eines Mitgliedes: „Es gibt Arme, es gibt verhärmte Arme, aber es gibt auch unverhärmte.“ Der Antrag unserer Genossen, für die 3000 Mark, welche zur Einweihung des neuen Rathauses eingesetzt sind, lieber hungerige Schulkinder zu speisen, wurde glatt abgelehnt. Die Fraktion werde aber nicht verschlafen, bei passender Gelegenheit energischen Protest zu erheben gegen die Art der Verschwendung kommunaler Mittel. Von den Nizdorfer städtischen Betrieben läme man sicher nicht behaupten, sie seien Kutterbetriebe, da noch Arbeitszeiten von 10—12 Stunden

in den Arbeitsordnungen enthalten seien und die Löhne der Verbesserung bedürfen.

Wirkliche Fortschritte in der Kommunalpolitik seien nur von den Vertretern der dritten Klasse zu erwarten. Die Sozialdemokratie fordere auf Grund ihres Programms: Weltlichkeit der Schule, obligatorischen Schulunterricht, unentgeltliche Lieferung aller Lehrmittel, Schulärzte die auch behandeln sollen. Wäber, Schulkantinen zur Speisung von Kindern usw. Zur Erreichung aller dieser Forderungen müsse mit Nachdruck die Einführung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Kommune verlangt werden. Die Referenten ernteten für ihre Ausführungen reichen Beifall. In der Diskussion meldeten Gegner sich nicht zum Wort; sie zogen es vor, nicht zu erscheinen. Die Vorsitzenden der drei Versammlungen forderten zum Schluß alle Anwesenden auf, sich tatkräftig an den Wahlarbeiten zu beteiligen und immer wieder neue Anhänger für unsere Ideen zu werden.

Die Schule im Dienste der Kirche. Unsere heutigen Schulen, vor allem die Volksschule, stehen stark im kirchlichen Banne. Eine ganze Anzahl Stunden sind wöchentlich der Pflege der Religion gewidmet. Die Kinder werden mit Bibeldrücken vollgepfropft und dadurch ihr Denken erheblich beeinträchtigt. Das scheint aber den Kirchengemeinden noch nicht zu genügen, sie wollen am liebsten die sämtlichen Schulkinder gleich in der Kirche haben. Das bezweckt ein Einladungsgezetel, den dieser Tage eine Schülerin in der Gemeindegasse in der Prinz-Handjery-Straße von ihrer Handarbeitslehrerin bekam und den Eltern überbrachte. Nach diesem Zettel laßt im Namen der evangelischen Kirchengemeinden Deutsch-Nizdorfs der erste Pfarrer (Voigt) zur Reformationsfeier zu Sonnabend, den 31. Oktober, vormittags 8 und 10 Uhr, zum Kindergottesdienst an verschiedenen Predigtstätten ein. Den Kindern ist gesagt worden, sie sollten sich Sonnabend in der Schule versammeln, um von da gemeinschaftlich nach der Kirche zu gehen. Wie kommt die Lehrerin zu dieser Anordnung? Wer hat diese Bestimmung getroffen? Der Kirchenschatz ist ein freiwilliger, niemand kann hierzu gezwungen werden. Selbst die Schulbehörde kann rechtlich eine solche Verfügung nicht erlassen. Kirchenschatz gehört nicht zum Schulunterricht. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Schulbehörde hierzu äußert.

Groß-Lichterfelde.

Au Sonntag, den 1. November, findet eine Beschäftigung der Arbeiter-Wohlfahrts-Ausstellung in Charlottenburg statt. Der Sammelpunkt ist Chausseest. 104, Restaurant Richter. Der Abmarsch pünktlich um 1 1/2 Uhr. Die Beschäftigung ist unentgeltlich. Die Genossen werden um rege Beteiligung ersucht.

Schöneberg.

Bei den Delegiertenwahlen der Arbeitnehmer für die Oriskrankenkasse wurde die Liste der von der Gewerkschaftskommission aufgestellten Vertreter mit 2291 Stimmen gewählt. Die Beteiligung an der Wahl war eine schwache. Bei der Wahl der Arbeitgeber, die einige Tage vorher stattfand, war eine äußerst schwache Beteiligung zu verzeichnen. Von 8000 Arbeitgebern beteiligten sich nur 44, etwas über 10 Proz. Der Liste des Handwerkervereins stand eine andere Liste nicht gegenüber. Daher der wohlfeile Sieg.

Weißensee.

Bei den Delegiertenwahlen zur hiesigen Oriskrankenkasse wurde die Liste des Gewerkschaftsstellens der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber einstimmig gewählt. Für die Arbeitnehmer waren 858 Stimmen abgegeben, für die Arbeitgeber 55. Sonderbarerweise sind die bürgerlichen Arbeitgeber insgesamt der Wahl ferngeblieben. Es ist dies wohl ein Beweis, daß diese Herren das Interesse an der Krankenkasse verloren haben.

Ober-Schöneweide.

Kirchentag und Steuerzahler. In einer außerordentlich stark besuchten Volksversammlung protestierte die hiesige Arbeiterschaft gegen die Verwendung von Gemeindegeldern zum Bau und der bevorstehenden Einweihung der evangelischen Kirche. Der Referent, Genosse Rebalter Bloch, schilderte unter dem Beifall der Versammlung das widersinnige Verhältnis zwischen Staat und Kirche. In der äußerst regen Diskussion wurde das Verhalten der hiesigen Geistlichkeit scharf kritisiert unterzogen. Eine Resolution, welche die Bewilligung von Gemeindegeldern beurteilt, fand einstimmige Annahme.

Eine ganze Anzahl Austrittserklärungen aus der Kirche war der Erfolg der Versammlung. Weitere Austrittserklärungen werden überall bei bekannten Parteigenossen entgegengenommen.

Neuenhagen (Orisk.).

Der Wahlverein hielt vor einigen Tagen seine Generalversammlung ab. Abgehalten wurden im letzten Quartal eine Mitglieder- und eine Volksversammlung. Der Kassierbericht weist eine Einnahme von 157,08 M., eine Ausgabe von 125,40 M. auf. Als Expediteur für Neuenhagen wurde J. Häbcher gewählt. Allgemeine Anerkennung fanden die durch die neuerrichtete Expedition für Petershagen und Friedersdorf gewonnenen 81 „Vortwärts“-Abonnenten; mögen dieselben unserer Sache treu bleiben und weiter für die Verbreitung des Blattes agitieren. Die Errichtung der Expedition wurde einstimmig sanktioniert und die Genossen Hölzbar, Stünning und Schwarzdörfer als Zeitungskommission gewählt.

Vermischtes.

Die gestrige Zeppelinfahrt.

Friedrichshafen, 29. Oktober, nachmittags. Die heutige Fahrt des Grafen Zeppelin mit dem Herzog Albrecht von Württemberg an Bord wurde zu einer Rundfahrt über Land. Sie führte von Friedrichshafen über Zellmang, Ravensburg, Weingarten, Baiersfurt, Nohberg, Wolfegg, Niblegg, Wangen, Neu-Ravensburg, Gergah nach Lindau, von wo das Schiff dann über den See in die Richtung auf Friedrichshafen fuhr. Hier herrschte wieder dichter Nebel, der die Landung erschwerte. Die Nebel sind so dicht, daß die schwimmende Gasse und die Extradampfer vom Ufer aus nur noch in schwachen Umrissen zu erkennen sind und den Wäldern zeitweilig ganz entschwunden. Es dunkelt. Unausführlich erklingen die Rebellhörner und Glockensignale. Die Fabriken lassen ihre Dampfpfeifen ertönen. Bis 5 Uhr 10 Minuten war das Luftschiff noch nicht gelandet.

Friedrichshafen, 29. Oktober. Um 5 Uhr 35 Minuten hörte man deutlich das Surren des Luftschiffes, das am Ufer bei Friedrichshafen entlang auf den Schlosspark und Wangen zufliegt. Um 6 Uhr ist das Luftschiff nach dreieinhalbstündiger Fahrt glücklich gelandet.

Explosion in einer Pulverfabrik. Wie die „Schlesische Zeitung“ aus Hynik mitteilt, fand in der Pulverfabrik in Kriewald heute früh eine Explosion statt. Drei Arbeiterinnen wurden getötet und vier schwer verletzt.

Eine Feuerbrunst, die durch elektrischen Kurzschluß verursacht worden war, richtete nach einer Meldung aus Bloemfontein dort eine Anzahl von Regierungsgebäuden ein. Der Schaden wird auf achtzig- bis hunderttausend Pfund Sterling geschätzt.

Weber des Bankraub in Neu-West erhielt einer Meldung aus Budapest zufolge die dortige Polizei die Mitteilung, daß eine der Personen, welche die Kommerzbank beraubt hatten, auf der Bahnstation Biskereme in der Nähe von Budapest verhaftet wurde.

Die Köpenickade im Pfarrhof. Der Einkreher, der vor einigen Tagen in einem Automobil vor dem Pfarrhof in Unterbach im Rheinland vorfuhr und in Abwesenheit des Pfarrers eine Kaffeete mit 5000 M. an sich nahm, ist, wie gemeldet wird, vorgefunden von der Düsseldorf-Polizei verhaftet worden. Er nennt sich Racl Uthoff und will aus Hattingen stammen. Das geraubte Geld hatte er noch vollständig bei sich.

Baunfall. Lübeck, 29. Oktober. In einem Neubau der Rebenhäuser der Firma L. Hoffel u. Co. ist eine Eisenbetondecke eingestürzt, wodurch ein Arbeiter schwer verletzt und zwei Arbeiter getötet wurden.

Zugzusammenstoß. Aus Hamburg wird vom gestrigen Tage berichtet: Heute mittag stieß der einlaufende Lübecker Zug auf dem Hauptbahnhof auf den 12 Uhr 32 Minuten auslaufenden Berliner Schnellzug. Der Lübecker Zug, der eine Weiche überfahren hatte, stieß fortwährend auf den vorderen Teil des Schnellzuges. Der überlaufene Personenzug steht gegenwärtig (1 Uhr 40 Min. nachm.) schräg auf der Weiche. Das Gleis ist gesperrt.

Amlich wird hierüber mitgeteilt: Heute mittag bei Ausfahrt des Berliner Schnellzuges D 5 erfolgte in unmittelbarer Nähe des Stellwerkes H. O. ein Zusammenstoß mit dem einfahrenden Lübecker Personenzug 25. Grund: Ueberfahren des Einfahrtsignals durch den Lübecker Personenzug. Leicht verletzt sind: Willy Diederich, Hamburg, Kaufmann Hans Rahmder-Karlshorst bei Berlin, Dorotheenstr. 32. Der Stadtbahnverkehr zwischen Berlin- und Hauptbahnhof ist einseitig aufgehoben. Die Berliner Züge fahren zwischen Berlin- und Hauptbahnhof über die Stadtbahngleise, die Lübecker Züge fahren zwischen Wandsbeck und Hauptbahnhof einseitig. Materialschaden nicht erheblich. Voraussichtliche Beilegung der Störung 5 Uhr nachmittag.

Den Leichnam eines Matrosen aufgefischt. Aus Smeernek wird berichtet: Das englische Kriegsschiff „Blake“ meldet, daß es auf seiner Fahrt von Schottland her gestern in der Nordsee den Leichnam eines Matrosen aufgefischt, der einen Rettungsgürtel mit dem Aufdruck „Barnmouth“ trug.

Eine Meldung aus London, die anscheinend mit diesem Fund in Verbindung zu bringen ist, besagt: Nach einem drahtlosen Telegramm von einem Dampfer, der auf die Suche nach dem seit seiner Abfahrt von Hoel van Holland vermissten Frachtdampfer „Harmouth“ ausgesandt war, sind Trümmer eines Wracks aufgefischt worden, die anscheinend zur „Harmouth“, die 23 Mann Besatzung hatte, gehören. Zur Fracht der „Harmouth“ gehörten auch, wie verkantet, drei Möbelwagen mit Möbeln, die Eigentum eines Votchschafters, zweifelslos des früheren Berliner Votchschafters Sir Frank Lascelles waren.

Der Flug durch die Lüste. Nach einer Meldung aus Paris machte der Luftschiffer Fernan vorgestern mit seinem Aeroplan im Lager bei Châlons bei festigem Winde mehrere Flüge, darunter einen 1000 Meter Flug mit dem Matematiker und Mitglied des Instituts Pasteur, sodann einen längeren Flug in einer Höhe von 35—50 Meter, schließlich einen fünf Kilometer langen Flug in gerader Linie über hügeliges Gelände in solcher Geschwindigkeit, daß er den Wäldern der ihm nachgaloppierenden Offiziere entzweigte.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 5. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Epiphonen. — Offener Brief an den Genossen Kuntzsch. Von Max Kautzsch. — Der Parteitag in Florenz. Von Oda Ulberg (Rom). — Die öffentliche Arbeitlosenfrage in der Schweiz. Von Alois Zimmer. — Literarische Rundschau: Adolf Redhahn, Briefe Adolf Dieckmwegs. Von Heinrich Schulz. Dr. August Engel, Handwerkerfragen. Von Gustav Hoch. Danau a. M. Ute Cronbach. Das landwirtschaftliche Betriebsproblem in der deutschen Nationalökonomie bis zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts. Von J. Karsch. — Zeitschriftenkunde.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Prodrummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist soeben Nr. 2 des 19. Jahrgangs eingegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Der Reformschwund der Stützprojektionsentwürfe. I. Von H. B. — Die Frau im 18. Jahrhundert. II. Von Hermann Wendel. — Die Gewerbaufsichtsbeamten in Sachsen über die Frauenarbeit in den Fabriken. Von G. — Der Bund deutscher Frauenvereine und die Dienstbotenfrage. — Fortschritte der sozialistischen Frauenbewegung in Österreich. Von A. P. — Krise und Frauenarbeit. Von W. D. — Herzenslauden und Herzensprose. Eine kulturhistorische Skizze von Anna Blas. — Resolutionen und Beschlüsse des Parteitages zu Nürnberg. — Aus der Bewegung: Von den Organisationen. — Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Leipzig. — Parteitag der niederrheinischen Sozialdemokratie. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. P. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Kulturg.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Das Stammeln und Hüpfeln bei Kindern. II. Von Otto Kühle. — Abend auf dem Flug von Lahn So-Su. Aus dem Chinesischen von Hans Böhme. — Die Unnatur der modernen Erziehung. Von R. G. Dage. — Die Mutter als Erzieherin. — Heulketten: Hymne an die geistige Schönheit. Von Percy Bysshe Shelley. — Der Hofel Josef. Von Ludwig Angenruder. (Fortsetzung.)

Für unsere Kinder: Herbstnacht. Von Gottfried Keller. (Gebicht.) — Norderne Gedemnt. Von Brand. — An meinen Sohn. Von Percy Bysshe Shelley. (Gebicht.) — Meister Lampe's Weisheit. — Zwei Reibhühnerpflanzen. Von Hebe. — Herbst. Von Robert Reinold. (Gebicht.) — Die sieben Schwaben. Von Grimm. (Schluß.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Antlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr stark, Geschäft flau, Preise für Kalb- und Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Bild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Weisheit: Zufuhr reichlich, Geschäft ziemlich reger, Preise betriebigen. Milch: Zufuhr mäßig, Geschäft mäßig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süssrübe: Zufuhr genügend, Geschäft flau, Preise gedrückt.

Witterungsbericht vom 29. Oktober 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (mm am)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. g. (Celsius u. g.)	Stationen	Barometer (mm am)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. g. (Celsius u. g.)
Schwetende	772,5	SW	2	Dunst	6	Waparanda	762,0	RD	2	Nebel	3
Hamburg	772,5	SW	2	mollig	10	Wetersburg	768,5	SW	2	bedeckt	3
Berlin	773,0	S	1	mollig	4	Sieditz	764,5	SD	3	bedeckt	14
Frankf. a. M.	774,0	N	1	Nebel	2	Wittenberg	764,5	SW	1	heiter	7
München	776,0	D	3	Nebel	-2	Wetzlar	770,5	SW	1	wolkig	5
Wien	775,5	SW	1	wolkig	8						

Wetterprognose für Freitag, den 30. Oktober 1908.

Trocken und vielfach heiter, am Tage mild bei ziemlich schwachen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 28.10.	seit am 27.10.	Wasserstand	am 28.10.	seit am 27.10.
Remel, Mühl	116	+2	Saale, Grossh.	68	0
Bregel, Ankerburg	-26	-3	Havel, Spandau	33	0
Weißel, Thom	52	0	Havel, Rathenow	22	-1
Ober, Rathor	91	-1	Spree, Spremberg	72	-2
Krofen	68	+1	Bestow	68	0
Frankfurt	79	0	Sejer, Witten	-98	+4
Saalfeld, Schimm	22	+4	Witten	-38	-5
Saalfeld, Landsberg	2	0	Rhein, Rheinmündung	318	0
Reye, Vorbanu	-10	-2	Rhein, Köln	110	-3
Elbe, Zeitz	-73	0	Rhein, Bonn	84	-2
Bresden	-190	0	Rhein, Bielefeld	34	-1
Barby	28	0	Rhein, Weiskam	99	-2
Magdeburg	47	-3	Weser, Teich	-	-

+) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterbeagl.